

Was uns bewegt.

VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT 2011.



VBL

Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

Auf der Innenseite finden Sie „**VBL** auf einen Blick“.

Was uns bewegt.

VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT 2011.



VBL

Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

VBL auf einen Blick. Gesamtübersicht. Stand 31.12.2011.

Beteiligte	2007	2008	2009	2010	2011	10/11	07/11
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Bund und beteiligte Länder	15	15	15	15	15	0,0	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.709	1.680	1.671	1.673	1.661	-0,7	-2,8
Träger der Sozialversicherung	87	85	83	76	74	-2,6	-14,9
sonstige Arbeitgeber	3.631	3.626	3.581	3.587	3.584	-0,1	-1,3
Teilbeteiligte*	44	44	44	44	44	0,0	0,0
	5.486	5.450	5.394	5.395	5.378	-0,3	-2,0

Versicherte	2007	2008	2009	2010	2011	10/11	07/11
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Pflichtversicherte							
Bund	154.592	151.155	147.474	134.543	142.106	+5,6	-8,1
Länder	678.706	665.439	674.257	674.804	674.010	-0,1	-0,7
kommunale Arbeitgeber	197.270	198.052	191.676	192.649	193.999	+0,7	-1,7
Träger der Sozialversicherung	86.092	84.570	83.371	83.374	83.478	+0,1	-3,0
sonstige Arbeitgeber	683.663	697.012	731.299	743.739	745.949	+0,3	+9,1
Gesamt	1.800.323	1.796.228	1.828.077	1.829.109	1.839.542	+0,6	+2,2
Beitragsfrei Versicherte	2.289.140	2.332.376	2.357.534	2.400.973	2.446.998	+1,9	+6,9
Verträge freiwillige Versicherung	160.089	189.288	215.890	243.037	275.314	+13,3	+72,0

Betriebsrenten	2007	2008	2009	2010	2011	10/11	07/11
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Aus aktiver Versicherung	948.852	966.469	977.579	988.786	994.578	+0,6	+4,8
Aus beitragsfreier Versicherung	126.604	137.261	146.337	154.753	161.889	+4,6	+27,9
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	26.478	26.731	26.626	26.500	26.352	-0,6	-0,5
Aus Pflichtversicherung gesamt	1.101.934	1.130.461	1.150.542	1.170.039	1.182.819	+1,1	+7,3
Aus freiwilliger Versicherung	664	1.018	2.029	3.817	5.740	+50,4	+764,5

Erträge und Aufwendungen	2007	2008	2009	2010	2011	10/11	07/11
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Erträge							
Umlageaufkommen ¹	4.378,9	4.823,8	5.065,3	5.311,6	5.454,1	+2,7	+24,6
Kapitalerträge	562,3	613,4	824,1	945,2	759,8	-19,6	+35,1
Summe	4.941,2	5.437,2	5.889,4	6.256,8	6.213,9	-0,7	+25,8
Aufwendungen							
Leistungen ²	4.246,7	4.333,6	4.409,7	4.488,2	4.540,6	+1,2	+6,9
Kapitalaufwendungen	180,4	380,7	320,7	293,5	300,6	+2,4	+66,6
Summe	4.427,1	4.714,3	4.730,4	4.781,7	4.841,2	+1,2	+9,4
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-327,1	-526,0	-564,7	-855,7	-918,9	+7,4	+180,9

Vermögen	2007	2008	2009	2010	2011	10/11	07/11
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Anlagevermögen ³	9.298,0	10.010,6	10.961,7	12.227,4	13.769,4	+12,6	+48,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.903,5	3.948,3	4.100,0	4.212,5	4.035,5	-4,2	+3,4
Bilanzsumme	13.201,5	13.958,9	15.061,7	16.439,9	17.804,9	+8,3	+34,9

* Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

¹ einschließlich „Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge“ sowie „Überleitungen“

² Zahlungen für Leistungen einschließlich „Überleitungen“

³ einschließlich „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern“

Pflichtversicherung nach umlagefinanzierten Abrechnungsverbänden. Stand 31.12.2011.

Beteiligte	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2010	2011	10/11	2010	2011	10/11
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bund und beteiligte Länder	10	10	0,0	5	5	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.673	1.661	-0,7	-	-	
Träger der Sozialversicherung	67	66	-1,5	9	8	-11,1
sonstige Arbeitgeber	3.306	3.303	-0,1	281	281	0,0
Teilbeteiligte*	44	44		-	-	
Beteiligte gesamt	5.100	5.084	-0,3	295	294	-0,3

Pflichtversicherung	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2010	2011	10/11	2010	2011	10/11
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aktiv Versicherte						
Bund	107.718	115.629	+7,3	26.825	26.477	-1,3
Länder	467.400	469.729	+0,5	207.404	204.281	-1,5
kommunale Arbeitgeber	192.644	193.994	+0,7	5	5	0,0
Träger der Sozialversicherung	64.991	65.148	+0,2	18.383	18.330	-0,3
sonstige Arbeitgeber	634.955	638.736	+0,6	108.784	107.213	-1,4
Gesamt	1.467.708	1.483.236	+1,1	361.401	356.306	-1,4
Beitragsfrei Versicherte	2.186.038	2.219.233	+1,5	214.935	227.765	+6,0

Betriebsrenten	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2010	2011	10/11	2010	2011	10/11
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aus aktiver Versicherung	899.192	897.745	-0,2	89.594	96.833	+8,1
Aus beitragsfreier Versicherung	143.962	150.076	+4,2	10.791	11.813	+9,5
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	204	202	-1,0	26.296	26.150	-0,6
Gesamt	1.043.358	1.048.023	+0,4	126.681	134.796	+6,4
Verhältnis aktiv Versicherte zu Renten gesamt	1,41:1	1,42:1		2,9:1	2,6:1	

Erträge und Aufwendungen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2010	2011	10/11	2010	2011	10/11
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Erträge						
Umlageaufkommen ¹	4.447,7	4.560,7	+2,5	175,3	178,7	+1,9
Kapitalerträge	530,6	399,2	-24,8	131,9	102,8	-22,1
Summe	4.978,3	4.959,9	-0,4	307,2	281,5	-8,4
Aufwendungen						
Anstaltsleistungen ²	4.248,2	4.274,3	+0,6	146,5	156,5	+6,8
Kapitalaufwendungen	213,7	267,8	+25,3	0,7	0,8	+14,3
Summe	4.461,9	4.542,1	+1,8	147,2	157,3	+6,9
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-90,1	-98,0	+8,8	-8,7	-12,7	+46,0

Verfügbares Vermögen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2010	2011	10/11	2010	2011	10/11
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Rückstellung für Pflichtleistungen	7.659,7	7.978,4	+4,2	2.052,4	2.164,0	+5,4

Vorwort der Verwaltungsratsvorsitzenden zum Geschäftsbericht 2011.



【 Cornelia Rogall-Grothe 】

Vorsitzende des Verwaltungsrats der VBL

Sehr geehrte Damen und Herren,

im März dieses Jahres wurde ich zur neuen amtierenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats der VBL gewählt. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bin ich sehr dankbar. Die VBL und ihre Bedeutung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind mir nicht zuletzt durch meine Tätigkeit als Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern lange bekannt und vertraut. Es ist für mich deshalb Freude und Verantwortung zugleich, mich für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst einsetzen zu können.

Die Diskussionen zum demografischen Wandel beherrschen derzeit die gesellschaftspolitische Debatte einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, geeignete Nachwuchskräfte zu rekrutieren. Eine zuverlässige und attraktive betriebliche Altersversorgung kann hier eine Lösung für beide Probleme sein: Zum einen ist sie ein gutes Argument, um als Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich zu sein.

Zum anderen stellt sie eine wichtige Säule der späteren Altersversorgung dar. Denn für viele Beschäftigte ist die Zusatzversorgung unverzichtbar, wenn sie im Alter ihren bisherigen Lebensstandard aufrechterhalten wollen.

Es gibt aber auch eine große Anzahl von Beschäftigten, die darüber hinaus noch mit eigenen Beiträgen vorsorgen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Der Informationsbedarf der Beschäftigten zur Rente insgesamt und zur zusätzlichen freiwilligen Versicherung ist nach wie vor groß. Die VBL hat ihre Informations- und Beratungsangebote seit Jahren verstärkt und dabei auch das Internet eingesetzt. Zukünftig wird dieses Medium eine immer größere Rolle in der Kommunikation spielen. Im Rahmen von E-Government und internetbasierter, rechtssicherer Kommunikation können die Anfragen der Kunden und die Versicherungsverwaltung zukünftig deutlich schneller, effizienter und bürokratieärmer bearbeitet werden. Ich freue mich deshalb, dass die VBL sich auch hier als moderne Versicherungseinrichtung zeigt und in Zusammenarbeit mit dem BMI ihre internetbasierten Prozesse weiter ausbauen wird.

Ich bin sicher, die VBL wird sich weiter verändern und dabei doch ihren Charakter als verlässlicher Partner bei der Altersversorgung behalten. Dies wäre ohne den unermüdlichen und engagierten Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL nicht möglich. Vielen Dank dafür.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Rogall-Grothe". The signature is fluid and cursive.

Cornelia Rogall-Grothe
Vorsitzende des Verwaltungsrats der VBL

Vorwort des Präsidenten zum Geschäftsbericht 2011.



Richard Peters

Präsident und Vorsitzender
des Vorstands der VBL

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. April 2012 habe ich das Amt des Präsidenten der VBL übernommen. In vierzehn Jahren als hauptamtliches Vorstandsmitglied habe ich alle Geschäftsbereiche der VBL kennengelernt und konnte den Umbau von einer Versorgungsanstalt zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen aktiv begleiten. Doch auch wenn wir hier schon viel erreicht haben, habe ich mir für meine Amtszeit einiges vorgenommen.

Gerade in den Zeiten der Finanz- und Eurokrise, die allgemein durch ein Empfinden von Unsicherheit geprägt ist, ist die Zusatzversorgung mit der VBL eine verlässliche Größe. Wir stehen für Sicherheit, Vertrauen und Beständigkeit. Das ist ein hoher Anspruch, den wir immer wieder rechtfertigen müssen. Ganz konkret wollen wir durch unser ausgefeiltes und sehr professionelles Anlagemanagement weiterhin eine gute Performance erreichen. Dabei versuchen wir wie gewohnt mit kluger Vorsicht und Effizienz auch in der anhaltenden Niedrigzinsphase das Machbare herauszuholen.

Indem wir durch eine gute Personalentwicklung mehr eigenes Know-how aufbauen und die Anzahl der externen Berater reduzieren, können wir Kosten sparen. Dabei sollen die unterschiedlichen Talente unserer Mitarbeiter ebenso genutzt werden wie die wertvollen Erfahrungen unserer älteren Kollegen. Das stärkt die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wichtig ist zudem der Ausbau der Kundenkommunikation über das Internet. Allerdings werden wir nicht jedem kurzfristigen Trend hinterherlaufen. Dort wo es sinnvoll ist, werden wir als Vorreiter fungieren. Im Austausch mit den Arbeitgebern, Versicherten sowie Rentnerinnen und Rentnern wollen wir die Werte, für die wir stehen, Verlässlichkeit und Sicherheit, noch besser transportieren, aber auch zeigen, dass wir dabei modern und innovativ arbeiten. Schließlich wird sich die VBL als größte Zusatzversorgungseinrichtung im öffentlichen Dienst zusammen mit anderen Altersversorgungseinrichtungen auf nationaler und europäischer Ebene für die gemeinsamen Ziele einsetzen, etwa in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (aba) und im Europäischen Verband der Versorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes (EAPSPI). Dies hilft uns dabei, mit Kreativität und Weitsicht zu erkennen, was die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft sind und rechtzeitig die Weichen dafür zu stellen.

Das alles kann uns nur im Team gelingen. Aber ich bin mir sicher: Wir sind ein gutes Team und das wird auch in Zukunft so bleiben zum Wohl aller, die auf uns vertrauen!

Mit freundlichen Grüßen

Richard Peters

Präsident und Vorsitzender des Vorstands der VBL



SEITE 8

Die jungen Wilden.

Was bewegt Frauen und Männer in den 20ern?



SEITE 12

Die Patchworker.

Was bewegt Frauen und Männer in den 30ern?



SEITE 16

Die Midlifer.

Was bewegt Frauen und Männer in den 40ern?



SEITE 20

Die Neustarter.

Was bewegt Frauen und Männer in den 50ern?



SEITE 24

Die Selbstbestimmten.

Was bewegt Frauen und Männer in den 60ern?



SEITE 28

Die Genießer.

Was bewegt Frauen und Männer ab den 70ern?

Inhaltsverzeichnis.

Geschäftstätigkeit.

SEITE 32

Lagebericht.

SEITE 36

Jahresabschluss 2011.

SEITE 74

Anhang.

SEITE 80

Beschlüsse der Organe.

SEITE 140

Schiedsgerichtsbarkeit.

SEITE 144



VON DER ZUKUNFT TRÄUMEN

// Wie die Zwanziger denken und was ihnen wirklich wichtig ist.

Die Ziele, die sich junge Menschen heute für ihr Leben und ihre Zukunft setzen, sind anders als die früherer Generationen – gerade der Wunsch nach Individualisierung, neue Kommunikationsformen und eine zunehmende Zahl an Singles verändern das Lebensumfeld nachhaltig.

Die jungen Wilden. Was bewegt Frauen und Männer in den 20ern?

Wird nur noch gepostet, gemalt und gesimst?
Ist Reden längst out?



LEBENSZIELE

93 % Gesundheit und WOHLBEFINDEN
89 % Gute FREUNDE UND BEKANNTE

Quelle: Zukunftsinstitut, 2011



88 % der Leute zwischen 20 und 30 wünschen sich einen festen Partner.
82 % sind eine Ausbildung und der Beruf wichtig.

Quelle: mpfs, 2011

„Jeder Dritte WILL AUSWANDERN!“

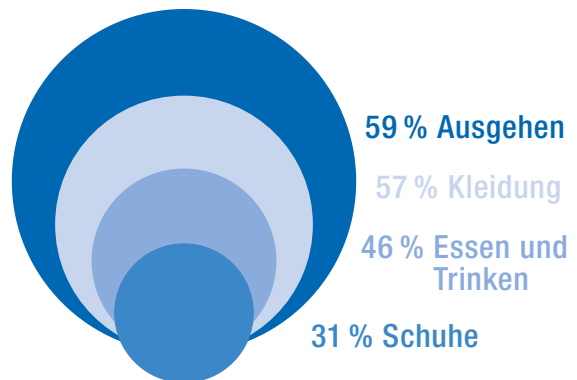
Quelle: Ipsos, Mai 2010/Statista

75 %

aller Jugendlichen wohnen noch bei ihren Eltern – insbesondere weil es kostengünstig und bequem ist.

Quelle: Shell-Studie, 2010

WOFÜR GEBEN JUNGE LEUTE IHR GELD AUS?



Fällt Altersvorsorge zwischen Shopping und Lifestyle einfach aus?

Quelle: Youngcom!, 2008

Wie die **VBL** Zukunftsträume unterstützt und langfristig dabei hilft, Rentenlücken zu schließen. **Die Zwanziger.**

„Unabhängigkeit, sein Leben selbst bestimmen zu können“ und „Spaß zu haben und das Leben genießen“

– das wünschen sich 88 Prozent der jungen Frauen und Männer von heute. Zwischen 20 und 30 befinden sie sich in einer Art verlängerten Jugend: Postadoleszenz nennen Experten das Phänomen. Man beschäftigt sich mit Nahelegendem: wie man mit der direkten Umgebung klarkommt und dem eigenen Körper. Schön und gesund sein ist in! Genauso wichtig: Freundschaft, Familie und der Berufseinstieg.

Heute sorgt oft ein später Arbeitseinstieg durch Praktika, befristete Jobverträge, Auslandsaufenthalte, Projektarbeit und Freiberuflichkeit für einen Zustand von Mobilität, Umorientierung und Selbstfindung. Und bei finanziellen Engpässen springen in diesem Alter oft noch Eltern und Großeltern ein. Mit anderen Worten: ein Leben im Dazwischen mit einer ständigen Veränderung der eigenen Position. Aber die junge Generation findet das: „Voll okay“.

Wie kommuniziert man miteinander? Ist Reden längst out? Im Alltag wird die Internet- und Social-Network-Welt immer wichtiger. Bis zu 92 Prozent der 20- bis 30-Jährigen sind bereits Mitglied in einer oder mehreren Online-Communities. Jeder Zweite in dieser Altersgruppe hat ein Smartphone in der Tasche. Übrigens wurden 2011 in Deutschland circa 1.300 SMS pro Sekunde verschickt. Federführend: klar die unter 30-Jährigen.

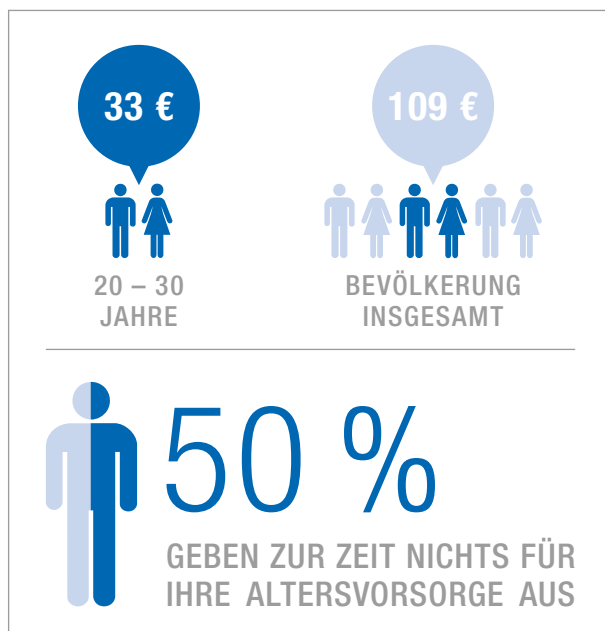


Und wie sieht es mit der Vorsorge aus? Gedanken an später kommen bei den Jüngeren immer wieder auf, aber schwierige Themen wie Alter und die drohende Rentenlücke werden noch gerne verdrängt. Private Investitionen in die Altersvorsorge sind gering – im Schnitt geben die unter 30-Jährigen 33 Euro pro Monat dafür aus. Interessanterweise schätzen 61 Prozent der unter 30-Jährigen ihr Engagement in Hinblick auf die Vorsorge für unzureichend ein. Doch wie lässt sich diese Diskrepanz zwischen Wissen und Wirklichkeit auflösen?

Was können wir von der VBL für die Zwanziger tun?

Die Versicherten zwischen 20 und 30 Jahren haben über die **VBL**klassik bereits eine Grundabsicherung, die zum großen Teil arbeitgeberfinanziert ist. Zusätzlich zahlen circa 9 Prozent der Frauen und Männer in eine freiwillige Versicherung ein. Die Anzahl wird von den geringen finanziellen Möglichkeiten und dem häufig späten Jobeinstieg bestimmt. Darüber hinaus ist das Alter für sie gedanklich noch sehr weit weg. Und eine Rentenversicherung ist nicht so emotional aufgeladen wie ein neues Handy oder ein schöner Urlaub, sondern bedeutet aktuellen Konsumverzicht. Aber wir haben eine überzeugende Botschaft: Früh mit der freiwilligen Altersvorsorge anzufangen, lohnt sich. Schon kleinste Beträge summieren sich und bei Bedarf kann die Zahlung auch wieder ruhen. Ganz flexibel. Unsere Aufgabe ist es, das in dieser Altersgruppe überzeugend und mit einem langen Atem zu vermitteln.

Investitionen in die Altersvorsorge.



Quelle: Allensbacher Archiv/lfd-Umfrage 10073, 2012

Durchstarten mit dem Berufseinsteigerbonus.

Als Berufseinsteiger sind 200 Euro zusätzlich bei Riesterförderung drin! Diesen zusätzlichen Betrag kann sich unsere Zielgruppe mit einer freiwilligen Altersvorsorge sichern: Dabei gibt es die Wahl zwischen der ausgezeichneten **VBL**extra oder der fondsbasierten **VBL**dynamik, die gerade jüngeren Versicherten empfohlen wird.

Entgeltumwandlung – sich richtig was sparen.

Die Entgeltumwandlung über den Arbeitgeber lohnt sich für junge Versicherte auch bei geringen Einzahlungen. Denn mit jedem bei der VBL angesparten Euro sparen sie sich zugleich Steuern und Sozialabgaben, auch dann, wenn die Fördergrenzen nicht erreicht werden.

Ein Jahr beim Wehrdienst – die Altersvorsorge läuft weiter.

Veränderungen bestimmen das Leben: Deshalb brauchen wir bei der Altersvorsorge neue flexible Lösungen. Was passiert beispielsweise, wenn die freiwillige Altersvorsorge bereits abgeschlossen ist und sich die junge Frau oder der junge Mann für den freiwilligen Wehrdienst entscheidet? Dann zahlt der Arbeitgeber die Altersvorsorge der VBL weiter – ohne Wenn und Aber.

Auf Augenhöhe kommunizieren.

Die Erstversichertenberatung ist da sicher nur eine Möglichkeit unter vielen, um ins Gespräch zu kommen. Online ist ein großes Thema in der Zielgruppe – daher wird unser Web-Auftritt ständig weiterentwickelt. Dazu gehört auch das Thema Online-Abschluss. Zusätzlich ist eine App für die junge Zielgruppe angedacht.

A photograph of a family of four sitting on a light-colored sofa. From left to right: a young boy with blonde hair, a man with short brown hair, a woman with blonde hair, and a young girl with long brown hair. They are all smiling and looking towards the camera. The man is holding the boy, and the woman is holding the girl. They are dressed in casual, light-colored clothing. The background is a bright, modern interior with a white bookshelf.

ZWISCHEN KARRIERE,
KINDER
& KAUFEN ...

// Wie die Dreißiger auf das Thema Familie zusteuern und was ihnen jetzt wichtig ist.

In den 30ern tauchen neue Ziele am Horizont auf: Es gilt, berufliches Engagement und private Familienplanung unter einen Hut zu bekommen. Das „Wir“ bekommt eine neue Bedeutung – auch bei der Vorsorge. Jetzt befinden wir uns in der sogenannten „Rushhour“ des Lebens, in der laut Experten alle Baustellen gleichzeitig bearbeitet werden.

Die Patchworker. Was bewegt Frauen und Männer in den 30ern?

ALTERSVORSORGE

NUR
37 PROZENT

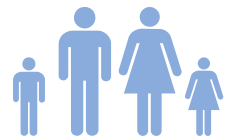


DER 30- BIS 39-JÄHRIGEN FÜHLEN SICH IM ALTER GUT ABGESICHERT.

Quelle: ZDF Politbarometer/Statista 2012

SIND KINDER EIN THEMA?

81 %



möchten bis spätestens 35 Jahre Kinder haben.

Quelle: Continental AG/Statista Juni 2008

33 Prozent
DER INTERNETNUTZER ZWISCHEN
30 UND 39 JAHREN NUTZEN PER
HANDY DAS MOBILE INTERNET.

Quelle: AccentureAugust 2011/Statista 2012

WIE HOCH IST DIE WAHRSCHEINLICHKEIT
BEI DEN 30ERN, BIS ZUR ALTERSRENTE
BERUFUNFÄHIG ZU WERDEN?

41 %

37 %

Quelle: Focus Juli 2009/Statista 2012

WAS IST IM BERUFSLEBEN WICHTIG?



KARRIERE
MACHEN

WEITERBILDUNG
ABWECHSLUNGSREICH
KREATIVITÄT

Quelle: TdW 2012 III

Wie die **VBL** ihre Zielgruppe im Lebensalltag zwischen Kinderbetreuung und Jobplanung erreicht – und im Fall der Fälle Hinterbliebene absichert. **Die Dreißiger.**

„Mich bewegt meine berufliche Entwicklung und eine Familie zu gründen“

– so könnte man die zwei großen Wunschkpole der Frauen und Männer dieser Altersgruppe beschreiben. Aber was heißt das für die 30er bis 40er – also für 13 Prozent der Gesamtbevölkerung? Vollzeitjob in einem Unternehmen, Selbstständigkeit, befristete Stelle, Jobwechsel oder Elternzeit? Erst das eine, dann das andere? Eine durchgängige Erwerbsbiographie wird laut Statistik immer seltener, was sich natürlich auch auf Themen wie die betriebliche Altersvorsorge auswirkt. Flexibilität ist daher von Seiten der VBL mehr als je zuvor gefragt.

Und wie sieht es mit der Familiengründung aus? Ganz oben auf der Wunschliste der Altersgruppe steht eine stabile Partnerschaft. Auch wenn die Gesellschaft immer mehr zu Zweit- und Patch-Work-Familien tendiert. Wird es eine Mia oder ein Ben? Eine Hannah oder ein Leon? 2011 sind das laut Statistik die beliebtesten Babynamen in Deutschland. 81 Prozent der Befragten wünschen sich Kinder – die meisten immer noch zwei davon. Laut Statistischem Bundesamt werden pro Kind und Monat durchschnittlich 526 Euro ausgegeben. Kein wirklich kleiner Betrag für eine Familie – vor allem wenn man sich und seine Lieben auch noch absichern muss.

Aber wie sieht es konkret mit der Altersvorsorge bei den 30ern aus? Das durchschnittliche Eintrittsalter der VBL-Versicherten aus dem öffentlichen Dienst liegt momentan bei 30 Jahren – mit anderen Worten ein später Beginn für die betriebliche Altersvorsorge.

Darüber hinaus werden laut Allensbacher Archiv durchschnittlich nur 108 Euro im Monat von der Altersgruppe 30 bis 40 privat über die staatliche Vorsorge hinaus investiert – während gleichzeitig 45 Prozent von ihnen bewusst ist, dass die eigene Vorsorge „nicht ausreichen“ wird. Wer beruflich vorankommt, steckt das steigende Einkommen vor allem in die Bereiche Wohnen, Mobilität und Reisen. Größere Investments werden möglich. Jetzt treten auch die Häuslebauer in Aktion. Denn die 30er-Zielgruppe baut auf sich, ihre Arbeitskraft und ihre Kinder.



Die Frauen und Männer in den 30ern haben wenig Zeit – sie sind mit Karriere und Familie beschäftigt. Da ist es an uns, Botschaften so einfach und überzeugend zu formulieren, dass man sie ohne Zeitverlust verstehen kann. Und über Themen zu reden, die zwischen 30 und 40 wirklich interessieren – wie die Portabilität, die Hinterbliebenen-Versicherung, den Mutterschutz bei der Pflichtversicherung, Riester mit Kind oder dass Erwerbsminderung ohne Gesundheitsprüfung zusätzlich mitversichert werden kann.



Jobwechsel leicht gemacht.

Heute München. Morgen Hamburg. Übermorgen Berlin. Eine durchgängige Erwerbsbiographie wird immer seltener. Gerade zwischen 30 und 40 Jahren gehören Jobwechsel zum Alltag, auch im öffentlichen Dienst. Und später muss dann bei allen früheren Arbeitgebern die betriebliche Altersversorgung gesondert beantragt werden? Nein: Denn das bisher in der freiwilligen Versicherung angesparte Vorsorgevermögen kann bei einem Arbeitgeberwechsel einfach in die betriebliche Altersversorgung beim neuen Arbeitgeber übertragen werden. Wie das funktioniert und ob sich das wirklich lohnt, klärt die VBL auf Wunsch in jedem Einzelfall ganz individuell.

Und für die **VBL**klassik können sich die Kunden ihre Versicherungszeiten bei den verschiedenen Zusatzversicherungskassen anerkennen lassen. Insbesondere für Wissenschaftler mit verschiedenen Stationen im Ausland suchen wir in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung und im Europäischen Verband der Versorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes nach kundenfreundlichen Lösungen.

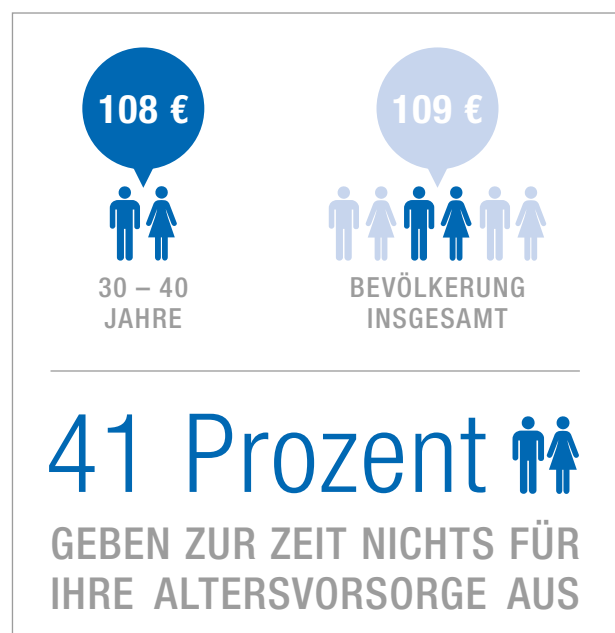
Hinterbliebenenschutz ist drin.

Kein Thema, über das man gerne spricht. Aber für die Familiengründer in den 30ern einfach unverzichtbar. Damit die Familie oder die eingetragene Lebenspartnerschaft auch im Fall der Fälle abgesichert ist. Der Hinterbliebenenschutz ist Teil unserer betrieblichen Altersvorsorge **VBL**klassik und kann auch in der **VBL**extra und in der **VBL**dynamik mitversichert werden.

Der Nachwuchs wird gefördert.

Familien in den 30ern haben bereits Kinder oder wünschen sich welche. Laut Statistischem Bundesamt sind verheiratete Frauen heute bei der Geburt des ersten Kindes 30,1 Jahre alt. Gut, dass die Familiengründung besonders gefördert wird. Auch ohne Einzahlungen erhalten Pflichtversicherte in der Elternzeit Versorgungspunkte. Darüber hinaus können Eltern, die eine freiwillige Versicherung abgeschlossen haben, bis zu 300 Euro Riesterförderung pro Kind bekommen. Beiträge, auf die junge Familien nicht verzichten sollten.

Investitionen in die Altersvorsorge.



Quelle: Allensbacher Archiv/Ifd-Umfrage 10073, 2012



IN DER MITTE ANGEKOMMEN

// Was in den 40ern zählt und wie es von da aus weitergehen soll.

Welche Ziele bewegen die Frauen und Männer in den 40ern? Immer noch sind Familie und Freunde der Fokus – aber zwischen Wohlstandsmehrung und Krisenbewältigung bringt die Mitte des Lebens oft Veränderungen mit sich.

Die Midlifer. Was bewegt Frauen und Männer in den 40ern?

REISETRENDS

21 % 

Der Urlaub ist komplett auf Kinder und Familie abgestimmt.

Quelle: lastminute.de, GfK, Januar 2011/Statista 2012

DIE GRÖSSTEN ÄNGSTE:

63 % sagen: „Ich habe große Angst davor, dass die Lebenshaltungskosten stark steigen.“

Quelle: R+V Versicherung, September 2011/Statista 2012

SICHERE VORSORGE?

51 % der 40- bis 49-Jährigen fühlen sich für das Alter gut abgesichert.

Quelle: ZDF Politbarometer/Statista 2012

40 Prozent

SIND MIT IHRER BERUFLICHEN TÄTIGKEIT SEHR ZUFRIEDEN.

Quelle: Stern/Statista 2012

AUSSAGEN ZUM LEBENSGEFÜHL DER GENERATION 40 PLUS

Weiß heute besser, was ich will. **84 %**

Bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden. **83 %**

Möchte nicht nochmal 20 sein. **79 %**

Verzeihe mir Fehler eher als in jungen Jahren. **65 %**

Quelle: Forsa, August 2008/Statista 2012

WAS SIND DIE LEBENSZIELE DER 40ER?



Gesundheit **Wohlstand**
Selbstverwirklichung **Sicherheit**

Quelle: TdW 2012 III

Wie die **VBL** auf Veränderungen reagieren kann – auch wenn es um das Thema Erwerbsminderung geht. **Die Vierziger.**

Die 40er bewegt „Wie sie ihr Leben genießen und die Familie absichern können“.

Aber auch Kritisches tritt zu Tage: „War das schon alles?“ und „Wie geht's weiter?“ denken viele. Bei circa 40 Prozent der Frauen und Männer kommt es beruflich und privat zu größeren Veränderungen. Dabei stehen immer noch Familie, Freunde, Hobbys und Reisen ganz vorne auf der Themenliste des Lebens. Das Haus muss weiter abbezahlt und Vorsorge für die Familie getroffen werden. Gleichzeitig gibt es zwischen Rushhour-Phase und Selbstverwirklichung auch Gedanken, wie eine vernünftige Work-Life-Balance ausschaun kann. Schließlich müssen die Gesundheit und die Arbeitskraft noch lange erhalten bleiben.

Gibt es so etwas wie eine Midlife-Krise? Zumindest ist sie als Begriff in aller Munde und findet laut verschiedenen Studien eindeutig zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr statt. Kein Wunder, bis circa 40 werden gesellschaftliche Vorgaben abgearbeitet: Ausbildung, Job, Familie, Wohlstandsmehrung, Hausbau. Die Kinder werden größer und sind vielleicht schon auf dem Sprung in Ausbildung oder Studium. Ab der Lebensmitte geht es um das innere Wachstum. Es geht um Werte wie Glück, seelische Balance und Sinnfragen: „Wie möchte ich bis ins hohe Alter leben?“



Und wie sieht es konkret mit der Altersvorsorge aus? Geld wird bei den 40ern gerne für „Gutes Essen“, „das Haus/die Wohnung“ und „Reisen“ ausgegeben. Über 30 Prozent der Altersgruppe sind bereit, mehr für die Altersvorsorge zu investieren. Bis 44 Jahre sind das statistisch gesehen 108 Euro pro Kopf und Monat. Zwischen 45 und 50 steigert sich das Investment auf 140 Euro. Immer noch denken 32 Prozent, dass sie zu wenig für Altersvorsorge tun. Gleichzeitig sinkt seit Jahren das generelle Vertrauen der Versicherten in Institutionen wie die Riester-Rente – hier besteht sicher erhöhter Aufklärungsbedarf.

Wie können wir die Frauen und Männer zwischen 40 und 50 konkret unterstützen? Die Altersgruppe ist im Umbruch – da müssen Themen wie die Berufsunfähigkeit, die Erwerbsminderung oder steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung besprochen werden. Nach der Riesterförderung mit dem Kindervorteil tritt jetzt die Entgeltumwandlung in den Fokus des Interesses. Hier ist Flexibilität von Seiten des Versicherers gefragt, deshalb ist nach einer gründlichen Bestandsaufnahme zwischen VBL-Mitarbeiter und Kunde auch ein Umwandeln des Förderwegs beziehungsweise des Tarifs möglich.

Mit der Entgeltumwandlung noch mehr Steuern sparen.

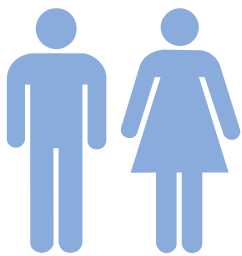
Viele 40er können jetzt von einer Finanzoptimierung profitieren. So kann mit der Entgeltumwandlung – also der Entnahme der Vorsorgebeträge aus dem Bruttoeinkommen – nicht nur ein großer Anteil an Sozialabgaben eingespart werden. Vor allem bei der Besteuerung werden die Versicherten auf diesem Wege maßgeblich zugunsten der betrieblichen Altersversorgung entlastet. Und das mit erheblichen jährlichen Fördergrenzbeträgen von bis zu 4.488 Euro (Wert für 2012).

Auf Nummer sicher gehen für den Fall einer Erwerbsminderung.

Unfall, Krankheit, Erschöpfung – glücklicherweise ist bereits mit der **VBL**klassik eine teilweise oder vollständige Erwerbsminderung abgesichert. Durch eine Zusatzoption bei der freiwilligen Altersvorsorge **VBL**extra ist eine weitere Absicherung der Erwerbsminderung möglich. Und das ohne Gesundheitsprüfung.

Eine Beitragserhöhung ist sinnvoll.

Die Frage nach der drohenden Rentenlücke ist auch in den 40ern weiter aktuell. Schließlich sollte der bereits erreichte Lebensstandard später keinesfalls absinken. Aus unserer Sicht könnte eine Erhöhung der Beiträge beziehungsweise Zusatzbeiträge angeraten sein. Wir empfehlen unseren Kunden Einzelberatungen – entweder per Telefon oder persönlich vor Ort bei unseren Fachleuten.



15,6 Millionen

der Deutschen hatten bis zum 2. Quartal 2012
einen **RIESTER-VERTRAG** abgeschlossen.

Quelle: BMAS August 2012/Statista



NOCH MAL VON VORN ...

// Wie die 50er ihre Zukunft planen und das Leben genießen.

Es gibt viele Namen für die Generation 50 plus: Best Ager, Silver Generation, Golden Oldies, Neue Alte, Baby Boomer oder Woopies (well-off older person). Dabei liegen die 50- bis 60-Jährigen noch am unteren Altersrand dieser medial neu entdeckten und besonders kaufkräftigen Altersgruppe.

Die Neustarter. Was bewegt Frauen und Männer in den 50ern?

DIE ANGST VOR LANGEWEILE LIEGT DURCHSCHNITTLLICH UND ANNÄHERND EINKOMMENSUNABHÄNGIG BEI NUR

12 Prozent

Quelle: forsa Umfrage „Altern in Deutschland“, März 2012

WAS SIND DIE INTERESSEN?



GENUSS
KULTUR

NEUE HOBBYS
FAMILIE UND FREUNDE

Quelle: Zukunftsinstitut, 2011



199 Minuten

täglich schauen die Frauen und Männer in den 50ern fern.

Quelle: AGF/GfK Fernsehforschung, 16. Oktober 2012

FINANZEN

„DER GENUSS DES LEBENS IST NUR MIT VIEL GELD MÖGLICH.“

52 %

der Befragten stimmen dieser Aussage zu.

Quelle: Outfit 6, April 2007/Statista 2012

WAS SIND DIE HERAUSFORDERUNGEN DER PERSONEN IN DEN 50ERN?



Quelle: TdW 2012 III

Wie die **VBL** mit den Frauen und Männern spricht und was sie für Späteinsteiger tun kann. **Die Fünfziger.**

Die 50er bewegt „die sinnvolle und aktive Gestaltung ihres Lebens – neben dem Beruf“.

Bereits jetzt haben fast 32 Millionen Deutsche (39 Prozent) das fünfzigste Lebensjahr überschritten. Sie gehören zu den „Best Ager“: Denn die Frauen und Männer dieser Altersgruppe sind laut Umfragen „jünger als je zuvor“, „kaufkräftig“ und „konsumbereit“. In den 50ern lebt man als Paar zusammen – auch wenn die Kinder inzwischen flügge sind oder das Haus bereits verlassen haben. Laut Statistik gibt es in dieser Altersgruppe weniger Singles als in allen anderen. Nur noch 9,4 Prozent aller Frauen und Männer leben ohne Partner.

Für ihr weiteres Leben wünschen sich die 50er eine aktive und sinnvolle Gestaltung neben dem Beruf. Die Karriere ist bei vielen nicht mehr so wichtig. Sie wollen: „Gesundheit“, „langes Leben“ und „aktiv bleiben“ und dafür machen die Best Ager eine ganze Menge. Sie treten in Fitnessclubs ein, arbeiten an ihrer Attraktivität, und für den Sinn im Leben sorgen neue Hobbys und kulturelle Aktivitäten. Auch in Sachen Urlaub sind die Frauen und Männer absolut führend – die Urlaubsreisequoten in der Altersgruppe liegen laut der Stiftung für Zukunftsfragen bei 73 Prozent.

Übrigens sind Menschen zwischen 58 und 77 Jahren am glücklichsten. Die 50er können sich also statistisch auf die glücklichste Zeit in ihrem Leben freuen. Neuigkeiten kommen bei ihnen aus dem Fernseher oder der Tageszeitung, 84 Prozent greifen mindestens einmal pro Woche zu gedruckten Informationen – aber das Internet holt auf.



Doch wie sieht es mit der Altersvorsorge aus? 54 Prozent der 50- bis 60-Jährigen halten ihre Ausgaben für ausreichend. Und wie steht es mit der anderen Hälfte? Wer auf die Idee kommt, jetzt schnell fürs Alter vorzusorgen, ist spät dran: Nur hohe zusätzliche Eigenbeiträge können jetzt noch eine spürbare Rentenaufstockung ermöglichen und das am besten über die betriebliche Altersvorsorge.

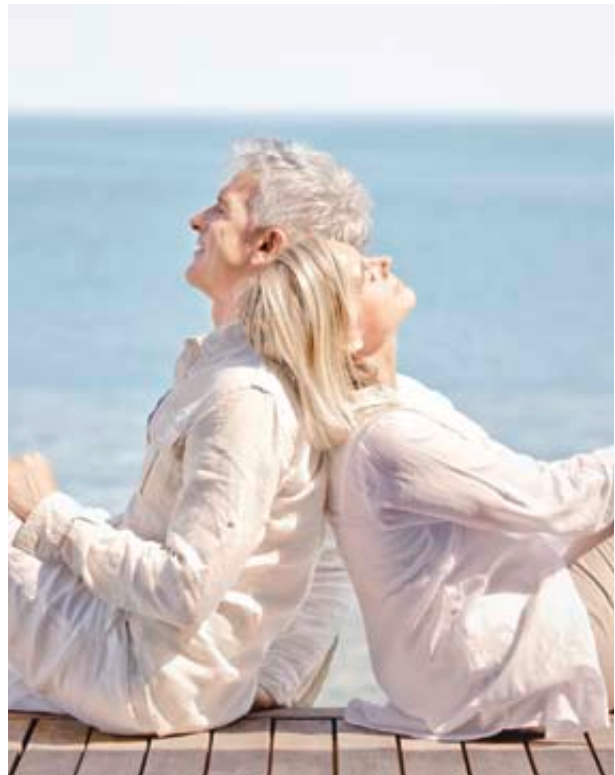
Was für Antworten haben wir für die Zielgruppe der 50er? Eine gute Partnerschaft ist wichtig – nicht nur im Privatleben. Beim Thema Altersvorsorge sind wir ein verlässlicher und dauerhafter Partner, der auch noch mit sehr guten Renditen aufwarten kann. Das eingezahlte Kapital der Versicherten ist dabei absolut sicher, vor allem durch unsere sicherheitsorientierte Anlagestrategie. Bisher haben die 50er mit der Grundabsicherung **VBL**klassik und den freiwilligen Versicherungen **VBL**extra und **VBL**dynamik also alles richtig gemacht.

Arbeiten bis zum Schluss?

Oder ist schon früher ein Ende in Sicht? Dann sollte der Vorruhestand Teil einer persönlichen Beratung sein. Denn hier sind die Experten der VBL gefragt, um den Frauen und Männern die finanziellen Vor- und Nachteile für die Altersvorsorge zu erläutern. Auch Altersteilzeit ist ein Thema, das sich unmittelbar auswirkt. Hier können wir unseren Versicherten mit einfachen Rechenmodellen zeigen, was auf sie zukommt.

Zielgruppenorientierte Kommunikation.

Gedruckte Informationen sind in dieser Altersgruppe immer noch am beliebtesten. Online-Kommunikation ist wichtig und das Medium der Zukunft, aber gerade im Hinblick auf unsere Versicherten 50 plus eben nur ein Teil unserer Kommunikationsmaßnahmen.



Späteinsteiger bei der Altersvorsorge.

Ja, es ist spät, aber noch nicht zu spät. Versicherte können versuchen, Versäumnisse der Vergangenheit mit höheren Einzahlungen bei der betrieblichen Altersvorsorge einzuholen. Aber für Späteinsteiger zählt jeder Tag. Die VBL berät sie in diesen Fragen gerne.

212
EURO

sind laut Statistik aus Sicht der Bevölkerung als Einsatz pro Monat für die freiwillige Altersvorsorge wünschenswert.

140
EURO

Im Alter von 50 bis 60 liegen die statistischen Zahlen bei 140 Euro pro Kopf und Monat.

Quelle: Allensbacher Archiv/lfd-Umfrage 10073, 2012



GESUNDHEIT, ENGAGEMENT

& LANGES LEBEN

// Wie die 60er auf die Rente zusteuern und warum sie auch sonst immer häufiger am Start sind.

Für manche ist es das Ziel, der zweite Aufbruch oder der Start in die dritte Familie. Die meisten 60er wollen aber an einem aktiven Lebensabend arbeiten, sich weiter engagieren und viel Zeit für sich haben.

Die Selbstbestimmten.

Was bewegt Frauen und Männer in den 60ern?

DIE WICHTIGSTEN WÜNSCHE IM ALTER:

Gesundheit und Fitness	87 %
Mobilität und Reisen	35 %
Geselligkeit	31 %

Quelle: forsa Umfrage „Altern in Deutschland“ April 2009/Statista 2012

WIE VIELE SENIOREN SIND MIT HANDY UND SMARTPHONES AUSGESTATTET?

61 %	6 %
HANDYS	SMARTPHONES

TENDENZ STEIGEND

Quelle: BITKOM, November 2010/Statista 2012

IN WELCHER HINSICHT UNTERSTÜTZEN SIE IHRE KINDER UND ENKELKINDER?

47 %	Tatkräftige und finanzielle Unterstützung.
30 %	Hilfe im Haushalt und bei der Kinderbetreuung.
22 %	Rein finanzielle Unterstützung z. B. durch Geldgeschenke.

Quelle: Stern, Dezember 2009/Statista 2012

„Viel Zeit FÜR SICH!“

INWIEWEIT SORGEN SIE BEREITS FÜR DEN PFLEGEFALL VOR?

40 %

tun dies lediglich mit der **GESETZLICHEN PFLEGEVERSICHERUNG.**

Quelle: MVV, Januar 2009/Statista 2012

Wie die **VBL** Frauen und Männer erreicht und wie sie ihnen beim Renteneintritt unter die Arme greift. **Die Sechziger.**

„**Mich bewegt, wie ich mein Leben weiterhin selbstbestimmt gestalten kann.**“

Für die neuen 60er von heute sind Themen wie Familie, Wellness und Ernährung wichtig. Sie achten auf ihre Gesundheit, um noch möglichst lange fit zu bleiben und nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Und haben Spaß am Kaufen. 65- bis 70-Jährige investieren durchschnittlich bis zu 86 Prozent des Einkommens in den Konsum – das wird nur noch von den unter 25-Jährigen getoppt. Finanziell ist die Gruppe der heutigen 60er sehr gut aufgestellt – eine stabile Basis, um beruhigt in Richtung Rente zu schauen.

Und mit Mitte 60 ist dann wirklich Schluss? Viele freuen sich auf die anstehende Rente. Aber für viele ist der Rentenbeginn oft auch ein echter Schock. Plötzlich hört die gesamte Routine auf, die jahrzehntelang den Alltag bestimmte. Schleichende Gefühle von Langeweile kommen auf. Für eine ganze Gruppe von Menschen endet das Erwerbsleben zu früh. Wer rastet der rostet und heute circa 25 Jahre ohne die Herausforderung eines Jobs zu verbringen, erscheint für einige nicht wirklich reizvoll. In Dänemark gibt es im Hinblick darauf inzwischen die Rente mit 74. Wer möchte, darf einfach weitermachen.

Wie sieht es mit der Freizeitgestaltung in den nächsten 10 Jahren aus? Die überwiegende Mehrheit der 60-jährigen Frauen und Männer möchte mehr Zeit mit den eigenen Hobbys und anderen Menschen verbringen. Fast die Hälfte der 45- bis 65-Jährigen plant ehrenamtlich tätig zu werden. Und auch „lebenslanges Lernen“ findet Anhänger: Zwei Fünftel der 56- bis 65-Jährigen möchten die künftige Freizeit dazu nutzen, sich intensiv fortzubilden und/oder eine Fremdsprache zu erlernen (TNS Emnid).

Jetzt kommen wir zur Altersvorsorge: Die 60-Jährigen investieren im Schnitt 163 Euro in ihre Altersvorsorge und 60 Prozent von ihnen halten das auch für ausreichend. Allerdings ergeben sich bei Rentenanstritt oft Veränderungen: Zurückgelegte Gelder, freigewordene Lebensversicherungen oder auch Erbschaften wollen angelegt werden. Dafür müssen neue altersgerechte Finanzkonzepte auch im Sinne der Altersvorsorge entwickelt werden.

Wie können wir die Frauen und Männer zwischen 60 und 70 unterstützen? Die Rente steht kurz bevor. Aber bevor es mit 63 oder 65 Jahren (und später für die jüngeren Generationen ab 67) losgeht, bietet die VBL eine umfassende Beratung zu finanziellen Aspekten an. Damit können alle bürokratischen Hürden für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner ganz einfach genommen werden. Auch für den Arbeitgeber kann die VBL beim Renteneintritt der Beschäftigten aktiv werden. Sie klärt auftretende Fragen oder unterstützt beim Ausfüllen der Formulare.

Rente heute und morgen?

Jetzt macht es sich bemerkbar, wenn neben der Pflichtversicherung auch noch eine freiwillige Rentenversicherung abgeschlossen wurde. Die **VBL**extra und die **VBL**dynamik sind ein gutes zusätzliches Polster, um die eigene Rentenlücke zu schließen.



163 EURO

investierten Versicherte
ab 60 Jahre in die Rente.

Und damit liegen sie im Vergleich mit
anderen Altersgruppen ganz vorne.

Quelle: Allensbacher Archiv/Ifd-Umfrage 10073, 2012

Altersteilzeit als Einstieg in die Rente.

Wer keinen abrupten Übergang in die Rente möchte oder gesundheitlich etwas kürzer treten muss, für den bietet sich die Altersteilzeit als sanfter Übergang an. Die VBL informiert über alles, was dabei für die Versicherten wichtig ist.

Kapitalauszahlung im Rentenfall.

Wenn die Versicherten eine Kapitalauszahlung im Rentenfall wünschen, ist auch das bei der freiwilligen Versicherung der VBL möglich. Anstelle einer monatlichen Rentenzahlung erhalten sie dann einen Einmalkapitalbetrag ausgezahlt. Die Versicherten können sich aber auch entscheiden, nur einen Teilbetrag als Einmalzahlung zu erhalten und das verbleibende Restkapital weiterhin für eine monatliche Rente zu verwenden.



**ENDLICH
AM ZIEL**

**// Was die 70er mit ihrer
Freiheit und Freizeit anfangen.**

Endlich können die Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend genießen. Viele entspannen sich vor dem Fernseher, in ihren Familien oder im eigenen Garten – aber es gibt auch eine ganze Reihe, die sich immer noch engagieren oder zu neuen Zielen aufbrechen.

Die Genießer.

Was bewegt Frauen und Männer ab den 70ern?

INTERESSEN



der Generation 70 plus sind online.

Diese Altersgruppe weist die größte Zuwachsrate in der Nutzung des Internets auf.

Quelle: (N)ONLINER Atlas 2012 – Basiszahlen für Deutschland



Über die Hälfte von ihnen möchte mehr reisen, entspannen und sich den eigenen Hobbys widmen.

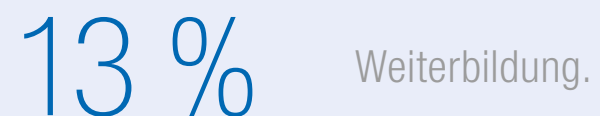
Quelle: forsa Umfrage „Altern in Deutschland“, März 2012



haben das Gefühl, von der Gesellschaft noch gebraucht zu werden.

Quelle: forsa Umfrage „Altern in Deutschland“, März 2012

WÜNSCHE FÜR DIE ZEIT IM ALTER:



Quelle: forsa Umfrage „Altern in Deutschland“, März 2012

Was die **VBL** für ihre Rentnerinnen und Rentner tun kann. **Die Siebziger.**

„Älter werden ist wie auf einen Berg steigen; je höher man kommt, um so mehr Kräfte sind verbraucht, aber um so weiter sieht man.“

– so beschreibt zumindest der Regisseur Ingmar Bergmann das Alter. Ganz objektiv gesehen war die Zeit „nach der Arbeit“ noch nie so bequem wie heute. Nie zuvor hatten die Menschen so viel Zeit und Muße zum Altwerden. Um ganze 30 Jahre ist die Lebenserwartung in einem Jahrhundert gestiegen und momentan gewinnen wir zwischen 1,5 und 3,5 Jahre jede Dekade dazu.*

Dabei sind die Deutschen im europäischen Vergleich bei der Lebenserwartung noch nicht mal Spitze, sondern die Franzosen. Eines ist klar, Menschen leben gesundheitsbewusster als vor 50 Jahren: Sie bewegen sich mehr, rauchen und trinken weniger. Das sind lebensverlängernde Aspekte – die allerdings durch Stress und den zunehmenden Trend zur Fettleibigkeit und den entsprechenden Folgekrankheiten ausgebremst werden. Dabei finden 74 Prozent der 70-Jährigen ihren Gesundheits- und Geisteszustand gut oder sehr gut.

Senioren sind heute mobiler als je zuvor: Nach einer Untersuchung des Meyer-Hentschel-Instituts setzt sich jeder dritte 75- bis 79-Jährige noch hinter Steuer, unter den über 80-Jährigen fährt noch jeder fünfte Auto. Manche 70er plus golfen mit Begeisterung, absolvieren Seniorenstudien und bekleiden Ehrenämter. „Aber die gute Beziehung zu den nachwachsenden Generationen bleibt erhalten.“, sagt der Soziologe Martin Kohli, der in Florenz über das Altern forscht. „Es sei ein Mythos, dass sich die



Familienbanden auflösen.“ Man wohnt zwar nicht mehr zusammen – aber man telefoniert, man sieht sich, tauscht Mails aus und passt auf die Enkelkinder auf.

Und wie sieht es mit der Altersvorsorge aus? Sie wird ausgezahlt. Damit können die Versicherten in vollem Umfang von der großen Versicherungsgemeinschaft in der Zusatzversorgung profitieren. Und bei der längeren Lebenserwartung in den meisten Fällen über eine erfreulich lange Zeit.

* Quelle: Frankfurter Allgemeine Wirtschaft 24.04.2011

Was können die Rentnerinnen und Rentner von uns erwarten? In der Hauptsache eine pünktliche und sichere Auszahlung ihrer Rente – natürlich ein Leben lang. Durchschnittlich liegt die Höhe der betrieblichen Rente aus der Pflichtversicherung **VBL**klassik bei 319 Euro. Und eines ist klar: Wir sind von Anfang an dauerhaft für die Belange unserer Versicherten da.

Die VBL-Rente kommt pünktlich – überall.

Die VBL betreut zur Zeit 1,2 Millionen Rentner in Deutschland. Dazu gehören auch Frauen und Männer, die ihren Lebensabend lieber auf Mallorca oder in anderen ausländischen Gefilden verbringen möchten. Die Zahlung der Betriebsrente erfolgt immer durch den Rentenservice der Deutschen Post AG – grundsätzlich im Voraus.

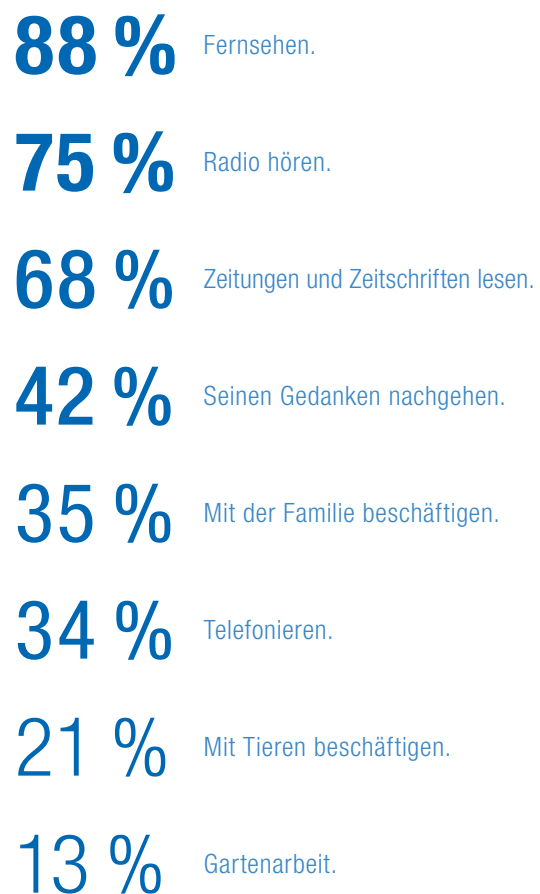
Eine gute Beratung zählt.

Und falls doch mal Fragen beispielsweise zur Absicherung von Hinterbliebenen aufkommen? Die VBL ist für ihre Versicherten und Rentner per Telefonberatung erreichbar. Gerade auch wenn es um schwierige Themen wie die seit 2008 gesetzlich vorgeschriebene Leistungsermittlung zur Einkommensteuererklärung für Rentner geht.

Rentner online.

Beim Thema Online steigt die Anzahl der älteren Nutzer. Deshalb gibt es auf der Internetseite der VBL auch eine Extra-Rubrik für Rentnerinnen und Rentner. Hier können im Downloadcenter wichtige Informationen heruntergeladen oder nachgelesen werden. Ebenso finden sich schnell alle Kontaktadressen und der kostenlose Rückrufservice.

DIE WICHTIGSTEN TÄGLICHEN AKTIVITÄTEN VON RENTNERN



Quelle: Stiftung für Zukunftsfragen, Februar 2009



VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT

Geschäftstätigkeit.

2011

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

Was wir tun

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist die größte Zusatzversorgungskasse Deutschlands. Durch ihre hochwertige Altersversorgung verhilft sie Millionen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einer besseren Lebensqualität im Alter, bei Erwerbsminderung und für Hinterbliebene. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt. Zusätzlich zu der Basisversicherung **VBL**klassik bietet die VBL zwei weitere, steuerlich förderfähige Produkte der betrieblichen Altersversorgung an: eine Rentenversicherung in Anlehnung an die Basisversicherung, die **VBL**extra, und eine fondsgebundene Rentenversicherung, die **VBL**dynamik. Damit können Versicherte durch ihre eigenen Beiträge ihren Lebensstandard im Alter noch besser absichern.

Wer wir sind

Die VBL ist eine von Bund und Ländern getragene Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Seit über achtzig Jahren vertrauen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes der VBL die betriebliche Altersversorgung ihrer nicht beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Aktuell führt die VBL für annähernd 5.400 beteiligte Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung durch. Neben den zahlreichen Kommunen und kommunalen Einrichtungen handelt es sich hierbei beispielsweise um Kliniken, Universitäten und Altenheime sowie weitere Organisationen, die im weitesten Sinn Aufgaben für die Allgemeinheit wahrnehmen. Die betriebliche Altersversorgung ist für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig ist sie ein Vorteil, mit dem die Arbeitgeber kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können. Organisation und Finanzierung der VBL sowie Arbeitgeberbeteiligung und Versicherung sind in der VBL-Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen geregelt.

Unsere Versicherten und Rentner

Die **VBL**klassik nehmen rund vier Millionen Versicherte in Anspruch. Über eine Million erhalten Rentenleistungen von der VBL. Das zukünftige allgemeine Rentenniveau der heutigen Erwerbstätigen wird nicht mehr mit dem bisherigen Niveau standhalten können. Deshalb ist neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der **VBL**klassik eine zusätzliche Vorsorge für die

meisten Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes wichtig. Durch die staatliche Förderung ist die freiwillige Versicherung der VBL auch sehr attraktiv. Doch das Thema Rente ist komplex geworden. Hier sind kompetente Aufklärung und Information gefragt. Die VBL versteht sich als Dienstleister und Partner in Sachen Altersvorsorge und bietet gute und umfassende Beratungsleistungen an.

Die Aufsicht über die VBL als Einrichtung und die **VBL**klassik führt das Bundesministerium der Finanzen (BMF). Die freiwillige Versicherung mit ihren Produkten **VBL**extra und **VBL**dynamik beaufsichtigt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Unsere Aufsichtsbehörden

Die laufenden Geschäfte der VBL führen die drei hauptamtlichen Vorstandsmitglieder: der Präsident und Vorstandsvorsitzende Richard Peters, Georg Geenen als Finanz- und IT-Vorstand und Thomas Kersting, zuständig für unser Kerngeschäft Versicherung und Leistung.

Der Vorstand

Der gesamte Vorstand besteht aus 17 Mitgliedern. Er führt die Geschäfte, soweit sie über die laufende Geschäftsführung hinausgehen. Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder sowie sechs weitere Arbeitgebervertreter werden von der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder ernannt. Die anderen acht Mitglieder, die Versichertenvertreter, ernennt der Verwaltungsrat nach dem Vorschlag der Gewerkschaften.

Das satzungsgebende Organ der VBL ist der paritätisch besetzte Verwaltungsrat, der aus 38 Mitgliedern besteht. Jeweils die Hälfte der Mitglieder wird von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Bundes und der Länder sowie auf Vorschlag der Gewerkschaften berufen. Die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden ernennt die jeweilige Gruppe der Arbeitgebervertreter und der Versichertenvertreter aus ihrer Mitte. Sie führen den Vorsitz des Verwaltungsrats im jährlichen Wechsel.

Der Verwaltungsrat



VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT

Lagebericht.

2011

Die zuverlässige, betriebliche Altersvorsorge der VBL ist ein fester Bestandteil in der umfassenden Lebens- und Zukunftsplanung aller VBL-Versicherten. Denn auf die VBL ist Verlass: Ob Anpassungen an technische Fortschritte oder komplexe, gesetzliche Vorgaben – die VBL hält Schritt, ganz im Sinne der Versorgungsberechtigten.

Einblicke.

Personelle Veränderungen innerhalb der Organe

Zu Beginn des Jahres 2012 haben sich bedeutende personelle Veränderungen ergeben. Nach 10-jähriger Amtszeit ist Wolf R. Thiel als Präsident der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zum 31. März 2012 aus Altersgründen in den Ruhestand getreten. Richard Peters übernahm ab 1. April 2012 die Nachfolge im Amt des Präsidenten. Richard Peters war zuvor bereits seit insgesamt rund 14 Jahren hauptamtliches Mitglied des Vorstands. Er war zunächst 10 Jahre lang verantwortlich für die Geschäftsbereiche Vermögensverwaltung, Risikomanagement, Organisation und Datenverarbeitung sowie freiwillige Versicherung. Nach einer Umstrukturierung im Jahr 2008 verantwortete er das Kerngeschäft – Vertrags- und Leistungsmanagement, Kundenmanagement, Rechtsprozesse, Beteiligungsmanagement sowie interner Service – und war offizieller Vertreter des Präsidenten. Die Nachfolge von Richard Peters tritt ab 1. Mai 2012 Thomas Kersting an, der zuvor beim Bundesministerium der Finanzen tätig war. Damit werden die laufenden Geschäfte der VBL seit dem Frühjahr 2012 von Richard Peters, Georg Geenen und Thomas Kersting geführt.

Einen Wechsel gab es auch an der Spitze des Verwaltungsrats der VBL. Die beiden Vorsitzenden des Verwaltungsrats sind nach jahrelanger Tätigkeit aus ihrem Amt bei der VBL ausgeschieden. Der Verwaltungsrat der VBL wird im kalenderjährlichen Wechsel von zwei Vorsitzenden geführt. Die Nachfolge von Kurt Martin trat Erhard Ott an, der Mitglied des Bundesvorstands der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist. Erhard Ott wurde am 14. März 2012 aus dem Kreis der Versichertenvertreter im Verwaltungsrat zum Vorsitzenden bestimmt. Hartmut Möllring, Finanzminister des Landes Niedersachsen, schied zum 31. März 2012 aus dem Verwaltungsrat aus. Seinen Verwaltungsratsvorsitz aus dem Kreis der Beteiligten übernimmt ab 1. April 2012 Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern.

Seit einigen Jahren überzeugt die VBL mit einer exzellenten Performance ihrer Kapitalanlage. Dies belegen auch die am Ende des Jahres 2011 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlichten Kennzahlen der Pensionskassen 2010. Die VBL hob sich mit ihrem Kapitalanlageergebnis erneut deutlich von anderen Pensionskassen ab.

Kapitalanlage

Dank dieser erfolgreichen Anlagepolitik konnte die VBL für das Jahr 2011 erneut Bewertungsreserven zuteilen. Zusätzlich haben wir Ende 2011 trotz verhältnismäßig hoher Garantiezusagen in den Tarifen **VBL**extra 02 und **VBL**dynamik 01 und 02 an unsere Kunden Überschüsse weitergegeben.

Am 31. Dezember 2011 aktiv und beitragsfrei Versicherte des Tarifs **VBL**extra 02 erhalten über Bonuspunkte eine Erhöhung ihrer garantierten Anwartschaften in Höhe von 1 Prozent ihrer bis zum 31. Dezember 2010 erworbenen Versorgungspunkte. Betriebsrentenberechtigten des gleichen Tarifs leisten wir – zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2013 – einen Gewinnzuschlag in Höhe von 20 Prozent auf ihre jeweilige Betriebsrente.

Ende 2011 aktiv und beitragsfrei Versicherte der **VBL**dynamik erhalten Anteile an den beiden Spezialfonds, dem Aktienfonds Chance A und dem Rentenfonds Chance R von Metzler. Für Versicherte des Tarifs **VBL**dynamik 01 erhöhen wir die Fondsanteile um 1,5 Prozent und für Versicherte des Tarifs **VBL**dynamik 02 um 0,9 Prozent ihrer jeweiligen Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2010.

Wichtige Änderungen für die Pflichtversicherung **VBL**klassik brachten der 5. und 6. Änderungsstarifvertrag zum Tarifvertrag Altersversorgung vom 30. Mai 2011 und 24. November 2011. Die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes einigten sich nach langen Verhandlungen auf geänderte Regelungen zur Berechnung von Startgutschriften für rentenferne und beitragsfrei Versicherte und auf eine verbesserte Bewertung von Zeiten des

Änderungsstarifvertrag Nr. 5 und 6 zum Tarifvertrag Altersversorgung

gesetzlichen Mutterschutzes in der Zusatzversorgung. Der Verwaltungsrat der VBL hat mit der 17. Satzungsänderung vom 30. November 2011 die tarifvertraglichen Änderungen in die VBL-Satzung übertragen.

Den Änderungen waren mehrere höchstrichterliche Entscheidungen vorausgegangen. Der Bundesgerichtshof hatte bei den Übergangsregelungen zur Berechnung der Startgutschriften Nachbesserungen gefordert, um eine Benachteiligung von Späteinsteigern auszuräumen. Die Nichtberücksichtigung von Mutterschutzzeiten in der Zusatzversorgung hatten das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof in zwei Fällen beanstandet. Mit dem 5. und 6. Änderungstarifvertrag haben sich die Tarifvertragsparteien auf die notwendigen Änderungen verständigt.

Die VBL wird in der Folge in diesem Jahr die betroffenen Startgutschriften auf der Grundlage der geänderten Regelungen überprüfen. Die neuen Mutterschutz-Regelungen finden ab 2012 Anwendung. Da auch die Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten vor 2012 beantragt werden kann, stellen wir uns auf eine große Zahl von entsprechenden Anträgen versicherter Frauen ein.

Neues Serviceangebot und Projekte der **VBL**.

„Find your pension“ – Infoportal für mobile Wissenschaftler im Aufbau

„Sorry, I do not really understand if VBL is a part of the first pillar or a private pension system“. Mit diesem Satz endete die Anfrage einer Wissenschaftlerin, die bereits in drei europäischen Mitgliedstaaten gearbeitet hatte und sich Sorgen um ihre spätere Rente machte. Diese und viele ähnliche Anschreiben machen die Situation mobiler Forscherinnen und Forscher deutlich, die jeweils in kurzzeitigen Projekten arbeiten und dabei quer durch Europa ziehen. Die VBL hat im Jahr 2011 ein Projekt aufgesetzt, das sich mit der Problematik der internationalen Forschermobilität in Bezug auf die europäischen betrieblichen Altersversorgungssysteme beschäftigt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert.

Teil des Projektes ist die Entwicklung eines Informationsportals für Forscherinnen und Forscher an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen zum Thema Rente. Mit dem Portal sollen die Betroffenen selbst ihren Karriereweg hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Rentensystemen in Europa nachvollziehen können. Sie erfahren in drei Schritten, welche staatlichen und betrieblichen Renteneinrichtungen für sie zuständig sind und in einem kurzen und verständlichen Factsheet, was sie über das jeweilige System wissen müssen. Auf diese Art erhalten die Nutzer auch die richtigen Ansprechpartner bei den Versorgungsträgern oder den potenziellen Arbeitgebern, für die sie sich interessieren.

Um die Qualität und die Aktualität der Informationen sicherzustellen, sollen diese nicht allein von der VBL in das Portal eingestellt und aktualisiert werden. Die Informationen werden vielmehr in Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Versorgungsträgern und Arbeitgebern eingestellt und gewartet. Bei der Jahreskonferenz des Verbandes der europäischen Versorgungsträger des öffentlichen Sektors (EAPSPI) haben wir das Konzept vorgestellt und die europäischen Kollegen zur Mitarbeit eingeladen. Das Konzept fand großen Anklang, da es ein vergleichbares Wissenssystem für Versorgungsträger in ganz Europa bisher nicht gibt. Es bringt nicht nur den wissenschaftlich Beschäftigten Vorteile, sondern auch den Arbeitgebern und Versorgungsträgern. Schließlich schafft es eine direkte Verbindung zu den mobilen Wissenschaftlern, um sie mit wichtigen Informationen zu versorgen.

Den Versorgungsträgern kann das System auch in der Kundenbetreuung helfen, da auch die Beraterinnen und Berater hier wertvolle Informationen gewinnen können. So wird mit relativ wenig Aufwand ein Ergebnis erzielt, das für alle Beteiligten Vorteile bringt. Das Portal wird derzeit aufgebaut und mit den notwendigen Informationen ausgestattet. Im Laufe des Jahres 2012 soll es in Forscherkreise eingeführt werden.

Zu einer optimalen Betreuung gehört auch der persönliche Kundenkontakt. Um unsere persönliche Kundenbetreuung auszubauen, bieten wir seit April 2011 eine Beratung zu allen VBL-Produkten durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort an. Die VBL verfügt über keine Außenstellen. Durch die Zusammenarbeit mit der BBBank eG können wir unsere Versicherten und Rentenberechtigten in den Räumlichkeiten der Bank persönlich und individuell beraten. Termine und Ort der Beratung richten sich nach den Bedürfnissen unserer Kunden. Über die eigens dafür entwickelte Online-Plattform www.vblvorort.de buchen die Kunden die Termine bei unseren Beratern und können schon vorab ihr konkretes Anliegen mitteilen. Das erleichtert die zielgenaue Beratung.

Kundenbetreuung vor Ort

Die Nachfrage nach unseren Beratungsterminen vor Ort ist sehr groß. Das Interesse an Beratungen zu den Produkten der VBL besteht über alle Lebensphasen hinweg. Sowohl Rentnerinnen und Rentner als auch Versicherte aller Altersgruppen nehmen den neuen Service gerne in Anspruch.

Die Kunden bewerten unsere Beratungen vor Ort sehr positiv. Oft wünschen sie sich ein regelmäßiges Beratungsangebot. Nachdem unsere Kunden das Angebot in der ersten Testphase in drei Bankfilialen in Berlin und

Potsdam so positiv angenommen hatten, erweiterten wir im Oktober 2011 in einer zweiten Testphase unser Beratungsangebot vor Ort auf die Bankfilialen der BBBank in Bonn, Düsseldorf, Sankt Augustin, Wiesbaden und Hamburg. Im April 2012 folgten die Filialen in Kiel, Dresden, Köln, Mainz und München.

Versichertenumfrage

Altersvorsorge ist auf eine langfristige Planung angelegt. Unsere Kunden erwarten zu Recht, dass wir sie über verschiedene Lebensphasen hinweg optimal beraten und betreuen. Wir interessieren uns deshalb sehr dafür, wie unsere Kunden die VBL, unseren Service und unsere Produkte wahrnehmen und was sie sich zusätzlich von uns wünschen. Dadurch können wir Leistungen und Prozesse im Sinne der Kundenzufriedenheit laufend optimieren und zielgerichtet auf Wünsche unserer Kunden eingehen. Dazu führen wir in regelmäßigen Abständen eine repräsentative Befragung unter Versicherten und Beteiligten durch. Im Jahr 2011 stand die vierte Versichertenbefragung an.

Mit 90 Prozent Gesamtzufriedenheit der Versicherten bewegt sich die VBL weiterhin auf sehr hohem Niveau. Damit haben wir den hervorragenden Wert der vorhergehenden Versichertenbefragung aus dem Jahr 2009 gehalten. Gesteigert haben wir uns in der Erledigung von Anliegen am Telefon und im Erscheinungsbild unserer Kommunikationsmittel. Unsere Kunden bestätigten, mit der VBL den richtigen Partner für ihre zusätzliche Altersvorsorge gefunden zu haben. Sie fühlen sich bei der VBL gut aufgehoben. Gerne gehen wir auf den Wunsch unserer Versicherten ein, von der VBL mehr Informationen zum Thema Altersvorsorge zu bekommen.

E-Government

Die Versichertenumfrage hat wiederholt gezeigt, dass das Internet für unsere Versicherten in Bezug auf Nutzung und Wichtigkeit mindestens den gleichen Stellenwert hat wie der klassische schriftliche Kundenkontakt. Das Internet genießt hohe Akzeptanz und die Nutzungshäufigkeit steigt stetig. Speziell zum Sonderthema E-Government der diesjährigen Versichertenbefragung haben die Versicherten sich positiv geäußert. Immer mehr unserer Kunden äußern den Bedarf nach mehr Online-Funktionen und Online-Service.

Letztes Jahr haben wir auch unser Kommunikationsangebot für unsere beteiligten Arbeitgeber optimiert. Mittels eines Online-Konferenz-Tools bieten wir interaktive Veranstaltungen an. Der entscheidende Vorteil liegt in der Zeit- und Kostenersparnis. Denn bei einem Onlineseminar entfallen Reisezeit sowie die Reise- und Unterbringungskosten etc. Die ersten VBL-Onlineseminare, die die VBL durchgeführt hat, sind durchgehend positiv bewertet worden. Durchschnittlich nahmen rund 45 Teilnehmer

aus ganz Deutschland an den ca. 30-minütigen VBL-Onlineseminaren teil. Aufgrund der großen Nachfrage sind weitere VBL-Onlineseminare in Vorbereitung.

Im Projekt „E-Government“ erarbeiten wir weitere neue Konzepte, um den Kontakt mit unseren Kunden zu optimieren und die Leistungsfähigkeit der VBL noch mehr zu erhöhen. Eines dieser Konzepte ist die Einführung eines Online-Rentenantrags, der von unseren Kunden – vergleichbar mit dem allgemein bekannten ELSTER-Verfahren der Finanzverwaltung – am Computer ausgefüllt und online an die VBL übermittelt werden kann. Die online zugegangenen Rentenanträge können dann automatisiert bei der VBL bearbeitet werden. Auf diese Weise möchten wir die Abläufe in der VBL beschleunigen und die Verwaltungskosten weiter reduzieren. Dies wird unseren Kunden zugutekommen.

Aktuelles zum Leistungsrecht.

VBLklassik.

Die Berechnung der Startgutschriften war eines der zentralen Themen der Reform der Zusatzversorgung im Jahr 2002. Mit den Startgutschriften wurden die bis zum Übergang auf das Versorgungspunktemodell erworbenen Anwartschaften zum 31. Dezember 2001 berechnet.

Startgutschriften für rentenferne und beitragsfrei Versicherte

Nach der Systemumstellung wurde in vielen Gerichtsverfahren die Rechtmäßigkeit überprüft. Kern der Auseinandersetzungen waren vor allem die Übergangsregelungen zu den Startgutschriften. Nach den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs mussten die Tarifvertragsparteien die Übergangsregelungen zu den Startgutschriften für rentenferne Pflichtversicherte und beitragsfrei Versicherte nachbessern (Urteile vom 14. November 2007, Az.: IV ZR 74/06 und vom 29. September 2010, Az.: IV ZR 8/10). Die vom Bundesgerichtshof festgestellte Benachteiligung von Späteinsteigern durch die Berechnung nach § 18 Betriebsrentengesetz war zu beseitigen.

Mit dem 5. Änderungsarbeitsvertrag zum Tarifvertrag Altersversorgung vom 30. Mai 2011 haben sich die Tarifvertragsparteien mit dem sogenannten „Vergleichsmodell“ auf die notwendigen Änderungen bei den Übergangsregelungen verständigt. Die bisherige Startgutschrift wird mit der Anwartschaft verglichen, die sich aufgrund einer modifizierten Berechnung nach § 18 Betriebsrentengesetz ergibt. Ist die Anwartschaft nach dem Vergleichsmodell höher als die bisherige Startgutschrift, erhalten die Beschäftigten einen Zuschlag zur Startgutschrift in Höhe der Differenz. Andernfalls verbleibt es bei der bisherigen Startgutschrift.

Die Tarifeinigung führt dazu, dass wir insgesamt mehr als 1,7 Millionen Startgutschriften auf der Grundlage des Vergleichsmodells überprüfen werden. Davon erhalten über 30.000 Versicherte bereits Rentenleistungen. Von der Überprüfung sind die Startgutschriften für rentenferne Pflichtversicherte betroffen – das sind in der Regel Pflichtversicherte, die am 1. Januar 2002 das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten oder erst seit Einführung der Zusatzversorgung im Tarifgebiet Ost im Jahr 1997 bei der VBL pflichtversichert sind. Hinzu kommt noch ein kleinerer Teil von beitragsfrei Versicherten – rund 55.000 –, die die gesetzlichen Voraussetzungen des § 18 Betriebsrentengesetz erfüllt haben und deren Startgutschrift ebenfalls nach dieser Regelung berechnet worden ist.

Die Überprüfung der Startgutschriften soll mit dem Versand des Versicherungsnachweises in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2012 weitgehend abgeschlossen werden. Rentenfälle werden wir dann im Anschluss an den Versand des Versicherungsnachweises zügig abarbeiten.

Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten

Ein weiteres großes Thema, das uns vor eine große technische und organisatorische Herausforderung stellen wird, sind die tarifvertraglichen Änderungen zur Bewertung von Zeiten des gesetzlichen Mutterschutzes in der Zusatzversorgung.

Die Tarifpartner hatten sich mit dem 5. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Altersversorgung vom 30. Mai 2011 zunächst auf eine verbesserte Bewertung von Mutterschutzzeiten ab dem 18. Mai 1990 verständigt. Damit kamen die Tarifpartner einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs nach, der aufgrund eines Verstoßes gegen europäisches Recht eine Änderung für Mutterschutzzeiten ab diesem Zeitpunkt gefordert hatte (Urteil vom 1. Juni 2005, Az.: IV ZR 100/02). Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mussten die Mutterschutz-Regelungen erweitert werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte in der Nichtberücksichtigung von Mutterschutzzeiten vor dem 18. Mai 1990 eine geschlechtsbezogene Diskriminierung festgestellt (Beschluss vom 28. April 2011, Az.: 1 BvR 1409/10). Mit dem 6. Änderungstarifvertrag vom 24. November 2011 haben die Tarifpartner die neuen Regelungen daher auf Mutterschutzzeiten vor dem 18. Mai 1990 erweitert.

Die VBL bewertet künftig sämtliche Mutterschutzzeiten, die eine Versicherte während ihrer Pflichtversicherung ab 2012 zurückgelegt hat, als Umlage-/ Beitragsmonate mit entsprechendem Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt. Versicherte Frauen werden in der Zusatzversorgung damit so gestellt, als wären sie unter Fortzahlung des Entgelts wegen Urlaubs oder Krankheit

weiter beschäftigt gewesen. Umlagen und Beiträge müssen für diese Zeiten in der Pflichtversicherung nicht an die VBL geleistet werden. Bei der Erfüllung der Wartezeit werden die Mutterschutzzeiten trotzdem angerechnet.

Mutterschutzzeiten vor 2012 werden ebenfalls als Umlage- oder Beitragsmonate mit entsprechendem Entgelt berücksichtigt. Da den Zusatzversorgungskassen in der Regel keine weiteren Informationen darüber vorliegen, wann das Arbeitsverhältnis wegen des gesetzlichen Mutterschutzes geruht hat, haben die Tarifvertragsparteien die Berücksichtigung der Mutterschutzzeiten von einem schriftlichen Antrag der Versicherten und der Vorlage geeigneter Nachweise abhängig gemacht. Das zusatzversorgungspflichtige Entgelt, das der Mutterschutzzeit fiktiv zugrunde gelegt wird, wird durch die Zusatzversorgungskassen selbst aus vorhandenen Entgeltdaten errechnet.

Die Resonanz auf diese Änderungen war erwartungsgemäß sehr hoch. Bereits jetzt haben viele versicherte Frauen die Berücksichtigung ihrer vor dem Jahr 2012 liegenden Mutterschutzzeiten bei der VBL beantragt. Um die Beantragung zu erleichtern, haben wir ausführliche Informationen zur Verfügung gestellt. Viele Versicherte nutzen die Möglichkeit, die Einbeziehung der Mutterschutzzeiten über das im Internet bereitgestellte Antragsformular zu beantragen. Darüber hinaus werden wir unsere Versicherten und Rentenberechtigten mit einer Sonderaktion gezielt über die Möglichkeit der Antragstellung informieren.

Organisatorisch wird die Verarbeitung der Anträge für uns eine große Herausforderung. Nach ersten Schätzungen könnten weit über 500.000 versicherte Frauen einen entsprechenden Antrag stellen. Wir stellen uns deshalb darauf ein, dass wir eine sechsstellige Zahl von Anträgen prüfen und verarbeiten müssen. Die Bearbeitung der Anträge wird auch weitere Folgeprozesse auslösen. Die Änderung der Versicherungsverläufe ist dabei nur ein Baustein. In der Folge müssen das Versorgungskonto und die Versicherungsnachweise berichtigt, Startgutschriften neu festgestellt und gegebenenfalls Renten neu berechnet werden – alles in einer Zeit, in der die Versicherten auch über ihre neue Startgutschrift informiert werden.

Eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs löste einige Änderungen bei der steuerlichen Behandlung der Arbeitnehmerbeiträge in den neuen Bundesländern aus.

[Steuerfreiheit des Arbeitnehmerbeitrags in den neuen Bundesländern](#)

In den neuen Bundesländern erheben wir von den beteiligten Arbeitgebern neben der Umlage einen Beitrag zur Kapitaldeckung in Höhe von 4 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts, welchen die Arbeitgeber an die

VBL abführen. Die Beschäftigten tragen im Innenverhältnis die Hälfte dieses Gesamtbeitrags (sogenannter Arbeitnehmeranteil). Der Arbeitnehmeranteil wurde bisher aus individuell versteuertem Einkommen an die VBL geleistet. Die Beschäftigten konnten für den Arbeitnehmeranteil gegebenenfalls die „Riester-Förderung“ nach § 10a, Abschnitt XI EStG beantragen.

Ende 2010 entschied der Bundesfinanzhof, dass die Arbeitnehmeranteile, die im vom Arbeitgeber geschuldeten Gesamtbeitrag zum Aufbau einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung enthalten sind, nach § 3 Nr. 63 Einkommensteuergesetz steuerfrei sind (Urteil vom 9. Dezember 2010, Az.: VI R 57/08). Zur Umsetzung dieses Urteils legte das Bundesfinanzministerium in zwei Rundschreiben vom 28. Juli 2011 und vom 25. November 2011 das Verfahren zur Berücksichtigung der Steuerfreiheit – auch für vorangegangene Jahre – fest. Die Beschäftigten haben nun die Wahl, ob sie die Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 Einkommensteuergesetz für ihren Arbeitnehmeranteil in Anspruch nehmen oder auf die Steuerfreiheit verzichten und stattdessen die „Riester-Förderung“ in Anspruch nehmen, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen.

Aufgrund der komplexen steuerlichen Materie und den unterschiedlichen Auswirkungen im Einzelfall besteht für unsere Versicherten und beteiligten Arbeitgeber hoher Beratungsbedarf. Unser Kundenservice steht hier beratend zur Seite. Unser Informationsangebot haben wir deshalb ausgebaut. Auf unserer Internetseite haben wir Antworten auf „Häufige Fragen zur Steuerfreiheit des Arbeitnehmerbeitrags“ sowie weitere Informationen zusammengestellt, um den Beschäftigten die Entscheidung für die richtige steuerliche Förderung ihres Arbeitnehmeranteils zu erleichtern.

VBLextra und **VBL**dynamik.

Neue Tarife in der freiwilligen Versicherung

Auch in der freiwilligen Versicherung gibt es wichtige Veränderungen. Zum 1. Januar 2012 wurden in der freiwilligen Versicherung zwei neue Tarife aufgelegt – **VBL**extra 03 und **VBL**dynamik 03. Die neuen Tarife gelten für alle Vertragsabschlüsse ab dem 1. Januar 2012. Die Neufassung war notwendig, um Neukunden in der freiwilligen Versicherung weiterhin steuerlich förderfähige Tarife anbieten zu können. Hierfür musste nach den Vorgaben der Finanzverwaltung nach der stufenweisen Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf das 67. Lebensjahr das Mindestalter für den frühesten Beginn einer Altersrente auf das 62. Lebensjahr angehoben werden.

Darüber hinaus wurden für die neuen Tarife die biometrischen Rechnungsgrundlagen angepasst. Die neuen VBL spezifischen Periodentafeln bilden die längere Lebenserwartung gegenüber den bisher verwendeten Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck wesentlich besser ab. Sie sind zudem geschlechtsneutral („unisex“) ausgestaltet.

Die neuen Tarife sind nach den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit einem Rechnungszins von 1,75 Prozent kalkuliert worden. Für die VBL galt insoweit der Auslegungshinweis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 10. Mai 2011, nachdem ab diesem Zeitpunkt für regulierte Pensionskassen keine neuen Tarife mit einem über 1,75 Prozent hinausgehenden Rechnungszins mehr genehmigt werden.

Am 25. Mai 2011 wurde der „Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung für die Beschäftigten des Bundes und der Länder (TV-EntgeltU-B/L)“ vereinbart. Danach haben nun auch die Beschäftigten des Bundes erstmals ab dem 1. August 2011 die Möglichkeit zur ergänzenden betrieblichen Altersversorgung im Wege der Entgeltumwandlung. Für die Beschäftigten der Länder bestand diese Möglichkeit nach einem eigenen Tarifvertrag bereits seit dem 1. November 2006. Mit dem TV-EntgeltU-B/L wird die Entgeltumwandlung für die Beschäftigten von Bund und Ländern nun einheitlich in einem gemeinsamen Tarifvertrag geregelt.

Entgeltumwandlung

Unsere IT-Landschaft.

Durch das Engagement vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir bei der Umgestaltung unserer IT-Landschaft im Rahmen des Projekts Phoenix im Jahr 2011 eine Reihe wichtiger Meilensteine erreicht.

Aktuelles zum Projekt Phoenix

So konnten wir im Frühjahr 2011 die Verarbeitung der Eingangspost für die meisten Dokumente auf eine elektronische Aktenverarbeitung umstellen. Seit diesem Zeitpunkt wird der größte Teil der Eingangspost, insbesondere auch die jährlich eingehenden rund 70.000 Rentenanträge samt Anlagen, eingescannt. Ende des Jahres 2011 wurde der Umstieg auf die elektronische Akte im Leistungsmanagement vervollständigt. Dabei wurden rund 1,3 Millionen Papier-Rentenakten ausgelagert. Im Bedarfsfall werden die einzelnen Akten auf Anforderung der Sachbearbeiter extern eingescannt und in die vorhandenen elektronischen Akten in SAP übertragen.

Mitte des Jahres 2011 ging die Erstbearbeitung von Rentenanträgen der **VBL**klassik in Produktion. Die Berechnung von Renten unseres Kernprodukts erfolgt seither – wie bereits für die freiwillige Versicherung – in der neuen IT-Systemlandschaft. Ein weiterer Meilenstein war die erfolgreiche Produktivsetzung der ersten Stufe der Meldungsverarbeitung. Mit diesem im Rahmen von Phoenix bisher größten „Go-Live“ werden alle Daten, die uns unsere beteiligten Arbeitgeber übermitteln, in SAP verarbeitet. Seitdem ist SAP in der Pflichtversicherung nun das führende System.

Der Umgestaltungsprozess, der nahezu die gesamte VBL betrifft, hat im Jahr 2011 zu einem erheblichen Bearbeitungsrückstand im Bereich des Vertrags- und Leistungsmanagements geführt. Wir haben hier bereits organisatorische Maßnahmen getroffen, um die Arbeitssituation Schritt für Schritt zu verbessern. Eine weitere Normalisierung wird sich ergeben, wenn sich die Arbeitsabläufe im neuen IT-System eingespielt haben und weiter optimiert worden sind.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Personalzahlen

Die VBL beschäftigte zum Jahresende 955 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 170 Teilzeitkräfte und 93 Altersteilzeitbeschäftigte. Bei Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitstellen ergibt sich eine Anzahl von 827 Vollzeitstellen. 140 Beschäftigte befanden sich in einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis.

Personalplanung

Um eine ausgewogene Altersstruktur sicherzustellen, führen wir die im Jahr 2008 begonnene Ausbildungsstrategie fort. Deshalb haben wir auch im Jahr 2011 sowohl den Ausbildungsberuf „Kauffrau/-mann für Dialogmarketing“ angeboten als auch die Praxisphasen im Rahmen von Dualen Studiengängen in den Fachrichtungen BWL-Versicherung und Wirtschaftsinformatik durchgeführt. Im August 2011 hat der erste Jahrgang seine Ausbildung „Kauffrau/-mann für Dialogmarketing“ erfolgreich abgeschlossen.

SAP-Kompetenzaufbau

Mithilfe zielgruppenspezifischer Schulungen und Workshops möchten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die neue IT-Systemlandschaft einführen. Hinsichtlich des SAP-Kompetenzaufbaus wurden im vergangenen Jahr zunächst unsere IT-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter geschult. In diesem Jahr finden weitere Schulungsmaßnahmen statt, die sich an unsere Sachbearbeiter richten.

Im vergangenen Jahr berichteten wir über die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements. Das Gesundheitsmanagement wurde ins Leben gerufen, da bei einigen unserer Beschäftigten erhöhte Risikofaktoren im Bereich Herz-Kreislauf festgestellt wurden. Gemeinsam mit Experten des betriebsärztlichen Dienstes haben wir daher ein gezieltes Programm zur Herz-/Kreislaufprävention entwickelt. Die teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden über einen längeren, vom betriebsärztlichen Dienst begleiteten Zeitraum an einen gesundheitsbewussteren Lebensstil herangeführt. Der individuelle Erfolg der Maßnahmen wird in persönlichen Abschlussgesprächen analysiert.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Aufgrund der sehr positiven Resonanz und der hohen Anzahl von interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir im ersten Halbjahr 2012 das Programm „Gewichtsmanagement“ angeboten. Unter dem Motto: „Besser essen, mehr bewegen, leichter leben!“ werden die Teilnehmer Schritt für Schritt individuell und gezielt an einen bewussten Lebensstil herangeführt und auf dem Weg zum Wunschgewicht begleitet.

Aus der Rechtsprechung.

Die Erhebung von Sanierungsgeldern ist seit einiger Zeit Gegenstand von verschiedenen Klageverfahren. Erstmals hat sich im vergangenen Jahr der Bundesgerichtshof mit dieser für die Finanzierung der VBL wichtigen Thematik befassen müssen.

Sanierungsgeld

Seit dem Übergang auf das Versorgungspunktemodell im Jahr 2002 erhebt die VBL von den beteiligten Arbeitgebern im Abrechnungsverband West Sanierungsgelder. Mit den Sanierungsgeldern wird der zusätzliche Finanzierungsbedarf für Ansprüche und Anwartschaften gedeckt, die bis zur Systemumstellung in der Zusatzversorgung entstanden sind. Mit der 7. und 9. Satzungsänderung wurde die Berechnung der Sanierungsgelder zum 1. Januar 2006 nochmals geändert.

Der Bundesgerichtshof hat nun in drei Urteilen die Erhebung von Sanierungsgeldern für die Jahre 2002 und 2003 für rechtmäßig erklärt (Urteile vom 20. Juli 2011, Az.: IV ZR 46/09, IV ZR 68/09 und IV ZR 76/09). In den vorliegenden Entscheidungen hat sich der Bundesgerichtshof mit der ab dem Jahr 2002 eingeführten Grundregelung zur Berechnung der Sanierungsgelder nach § 65 VBLS auseinandergesetzt, also der Fassung vor Einführung der Umverteilungsregelung mit der 7. und 9. Satzungsänderung.

Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs beruht die Satzungsregelung zum Sanierungsgeld auf einer maßgeblichen Grundentscheidung der Tarifpartner, bei deren Umsetzung und inhaltlicher Ausgestaltung der Satzungsgeber weitgehende Gestaltungsfreiheit genießt. Damit beschränke sich die Kontrollbefugnis der Gerichte auf mögliche Verstöße gegen die Verfassung oder das Recht der Europäischen Union. § 65 VBLS sei sowohl mit dem Grundgesetz als auch mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar.

In weiteren Gerichtsverfahren ist Streitgegenstand die mit der 7. und 9. Satzungsänderung mit Wirkung zum 1. Januar 2006 neu geregelte Umverteilung der Sanierungsgelder nach § 65 Absatz 5a VBLS und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen. Hier steht noch die Entscheidung des Bundesgerichtshofs aus. Ein Musterprozessverfahren, dem sich zahlreiche beteiligte Arbeitgeber angeschlossen haben, befindet sich derzeit in zweiter Instanz beim Oberlandesgericht Karlsruhe.

Unsere Kunden: Arbeitgeber, Versicherte und Rentenberechtigte.

Geschäftsentwicklung.

VBLklassik.

Zum Ende des Jahres 2011 haben 5.378 Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung für ihre Beschäftigten über die VBL durchgeführt. Sie setzen sich aus dem Bund, den Ländern (mit Ausnahme Hamburgs und des Saarlandes) sowie 1.661 kommunalen Arbeitgebern, 74 Trägern der Sozialversicherung und 3.584 sonstigen Arbeitgebern zusammen.

Beteiligte	2011	2010	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West*	5.084	5.100	-0,3 %
Abrechnungsverband Ost	294	295	-0,3 %
Gesamt	5.378	5.395	-0,3 %

* Einschließlich 44 Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

Beteiligte Arbeitgeber

Den 51 neu abgeschlossenen Beteiligungsvereinbarungen stehen 68 beendete Beteiligungen gegenüber. Die Beendigungen waren überwiegend im gegenseitigen Einvernehmen oder durch Fusionen und Auflösungen bedingt. Bei den neuen Beteiligten handelt es sich vorwiegend um neu gegründete juristische Personen, die aus beteiligten Arbeitgebern entstanden sind.

Im Jahr 2011 betreute die VBL 4,3 Millionen aktiv und beitragsfrei Versicherte. Dies entspricht einer Erhöhung des Versichertenbestandes um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Versicherte

Die Zahl der aktiv Versicherten blieb nahezu konstant. Die Zahl der beitragsfrei Versicherten erhöhte sich um 1,9 Prozent. Eine beitragsfreie Versicherung entsteht, wenn die Pflichtversicherung eines Beschäftigten endet, ohne dass ein Anspruch auf Betriebsrente besteht.

Versicherte	2011 Anzahl	2010 Anzahl	Veränderung
Abrechnungsverband West			
Aktiv Versicherte	1.483.236	1.467.708	+1,1 %
Beitragsfrei Versicherte	2.219.233	2.186.038	+1,5 %
	3.702.469	3.653.746	+1,3 %
Abrechnungsverband Ost			
Aktiv Versicherte	356.306	361.401	-1,4 %
Beitragsfrei Versicherte	227.765	214.935	+6,0 %
	584.071	576.336	+1,3 %
VBL – gesamt			
Aktiv Versicherte	1.839.542	1.829.109	+0,6 %
Beitragsfrei Versicherte	2.446.998	2.400.973	+1,9 %
Gesamt	4.286.540	4.230.082	+1,3 %

Im Jahr 2011 betrug das Durchschnittsalter aller Versicherten 45,7 Jahre (Vorjahr: 45,5 Jahre).

Rentenberechtigte

Rund 1,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner erhielten im Jahr 2011 eine Rente aus der **VBL**klassik. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Rentenberechtigten um 1,1 Prozent. Die Rentenzugänge sind im Abrechnungsverband Ost prozentual gesehen wesentlich höher als im Abrechnungsverband West. Diese Entwicklung wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifgebiet Ost konnten erst ab dem Jahr 1997 versichert werden. Der Rentenbestand im Abrechnungsverband Ost befindet sich daher noch im Aufbau.

Rentner	2011	2010	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West	1.048.023	1.043.358	+0,5 %
Abrechnungsverband Ost	134.796	126.681	+6,4 %
Gesamt	1.182.819	1.170.039	+1,1 %

Das durchschnittliche Rentenzugangsalter lag im Jahr 2011 nahezu unverändert bei 61,4 Jahren. Das Zugangsalter der Altersrentenberechtigten lag im Schnitt bei 62,9 Jahren, das der Erwerbsminderungsrentenberechtigten bei 51,4 Jahren.

Zugangsalter	2011			2010		
	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt
Altersrenten	62,44	63,65	62,90	62,37	63,54	62,82
Renten wegen Erwerbsminderung	51,04	52,20	51,39	51,91	50,52	50,94
Gesamt	60,79	62,48	61,43	60,61	62,3	61,25

Leistungen

Die VBL zahlte im Jahr 2011 über 4,5 Milliarden Euro an laufenden Renten aus. Die erbrachten laufenden Rentenleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent. Die Erhöhung ist auf die höhere Zahl an Rentenberechtigten und die jährliche Rentenanpassung zurückzuführen. Die in der Satzung jeweils zum 1. Juli eines Jahres vorgesehene Anpassung der Betriebsrenten um 1 Prozent hat im Geschäftsjahr 2011 zu einer Erhöhung der monatlichen Auszahlungen um rund 3,6 Millionen Euro geführt.

Rentenleistungen	2011	2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Versorgungskonto I			
Abrechnungsverband West	4.262,6	4.236,2	+0,6 %
Abrechnungsverband Ost	156,5	146,4	+6,9 %
Versorgungskonto II			
Abrechnungsverband Beitrag	10,8	10,0	+8,0 %
Abrechnungsverband Gegenwerte	96,2	81,5	+18,0 %
Gesamt	4.526,1	4.474,1	+1,2 %

Unsere Leistungsberechtigten erhielten eine durchschnittliche Rente in Höhe von 319 Euro (Vorjahr: 319 Euro).

VBLextra und VBLdynamik.

Der Bestand aktiver Versicherungsverträge in der freiwilligen Versicherung stieg im Jahr 2011 um 9,6 Prozent. Die Zunahme der beitragsfrei gestellten Versicherungen um 27,4 Prozent betraf insbesondere die Versicherungen von wissenschaftlich Beschäftigten mit einer befristeten Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie Versicherungen von Höherverdienern (§ 82 Absatz 1 VBLS). Auf Antrag können beitragsfrei Versicherte ihre Versicherung für die Zukunft wieder aufleben lassen.

Versicherte

Verträge	2011	2010	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
aktive Verträge	211.628	193.030	+9,6 %
beitragsfrei gestellte Verträge	63.686	50.007	+27,4 %
Gesamt	275.314	243.037	+13,3 %

Das Durchschnittsalter der Versicherten lag im Jahr 2011 in der **VBLextra** bei 40,9 (Vorjahr: 40,9) und in der **VBLdynamik** bei 44,3 (Vorjahr: 43,5) Jahren.

Ende des Geschäftsjahres 2011 haben in der freiwilligen Versicherung 5.702 Rentnerinnen und Rentner Leistungen aus der **VBLextra** erhalten. In der **VBLdynamik** haben wir an 38 Berechtigte Leistungen erbracht. Die zusätzliche Absicherung über die freiwillige Versicherung wurde mit dem Produkt **VBLextra** erst ab dem Jahr 2002 eingeführt. Mit der **VBLdynamik** ist dies ab dem Jahr 2003 möglich. Wegen der bislang kurzen Vertragslaufzeiten beträgt die durchschnittliche monatliche Rente 36,36 Euro in der **VBLextra** und 29,53 Euro in der **VBLdynamik**.

Leistungen

Vermögenslage.

Vermögenslage

Die VBL verwaltet Kapitalanlagen einschließlich Geldmarktkonten in Höhe von circa 16,5 Milliarden Euro.

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung
Kapitalanlagen			
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten	517,7	527,6	-1,9 %
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	36,1	58,7	-38,5 %
Sonstige Kapitalanlagen	13.193,2	11.619,7	+13,5 %
	13.747,0	12.206,0	+12,6 %
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	2.728,4	3.017,9	-9,6 %
Gesamt	16.475,4	15.223,9	+8,2 %

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung
Kapitalanlagen			
Sonstige Kapitalanlagen	799,9	564,7	+41,7 %
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	288,0	304,5	-5,4 %
Gesamt	1.087,9	869,2	+25,2 %

Die VBL hat aufgrund ihrer soliden Anlagepolitik die Finanz- und Staatsschuldenkrise bisher sehr gut bewältigt und gute Kapitalanlageergebnisse erwirtschaftet.

Anlagepolitik

Im Mittelpunkt der Anlagepolitik steht die zuverlässige Altersversorgung unserer Kunden. Hierbei wird der Sicherheit höchste Priorität eingeräumt. Die Kapitalanlagen der VBL sind überwiegend in Zinsanlagen sowie in Investmentfonds investiert. Festverzinsliche Papiere stellen sowohl im Direktbestand als auch im indirekten Bestand den größten Teil der Anlagen dar. Kurzfristige Geldanlagen dienen vor allem der Sicherung der monatlichen Rentenzahlungen.

Besonders die Diversifikation in unterschiedliche Asset-Klassen bewirkt einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Gesamtanlagebestands. So setzt die VBL auf Absolute-Return-Fonds, die sich auch in der derzeitigen Finanz- und Staatsschuldenkrise bewährt haben. Das Ziel für den Manager ist hierbei das Übertreffen einer vereinbarten Benchmark unter Einhaltung von Risikovorgaben. Eine Ergänzung des Portfolios durch Investments in reale Werte (Real Assets) wie Immobilien, aber beispielsweise auch kapitalgarantierte Rohstoffinvestments, trug ebenfalls zur positiven Entwicklung bei.

Der Rentenbereich der VBL konnte von den gesunkenen Kapitalmarktzinsen profitieren. Im Aktienbereich hat die VBL nur in geringem Umfang investiert. Dieses Engagement wird vorwiegend über Fonds abgebildet und bei Bedarf durch geeignete Sicherungsinstrumente ergänzt.

Wie während der gesamten Finanzkrise wurde auch im Jahr 2011 am Niederstwertprinzip festgehalten. Dies führte zum Bilanzstichtag, auch unter Berücksichtigung der Wertaufholung von Teilen der Kapitalanlagen, zu einem Abschreibungsbedarf auf den niedrigen Börsen- und Marktwert.

Die VBL nutzt derivative Finanzinstrumente zur Absicherung und Steuerung des Zinsrisikos. Zu diesem Zweck haben wir im Direktanlagebestand Zinssatzswaps eingesetzt.

Die Kapitalanlage in Immobilien erfolgt über Immobilien-Direktanlagen und Immobilien-Spezialfonds. Die Direktanlage beschränkt sich im Wesentlichen auf Wohn- und Sozialimmobilien in Deutschland. Zusätzlich wird über Immobilienspezialfonds in andere Segmente und Länder indirekt investiert.

Immobilien

Die direkt gehaltenen Immobilien werden ganz überwiegend wohnungswirtschaftlich genutzt. Ende 2011 befanden sich insgesamt 295 Immobilien mit 14.126 Wohnungen und 417 gewerbliche Mieteinheiten im Bestand. Es werden rund 980.110 m² Wohn- und Nutzfläche bewirtschaftet. Im Direktanlagebestand gab es im Jahr 2011 weder An- noch Verkäufe. Die indirekten Mandate über Immobilienspezialfonds wurden teilweise stark ausgeweitet.

Änderung der internen Anlagerichtlinie der VBL

Die zulässigen Anlageformen des Vermögens der VBL sowie die Voraussetzungen, nach denen die VBL in diese Anlageformen investieren darf, sind in der allgemeinen Kapitalanlagerichtlinie für die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (Anlagerichtlinie – Anlage-RL) geregelt. Die interne Anlage-RL gilt verbindlich für die gesamte Kapitalanlagetätigkeit der VBL.

Durch die Dritte und Vierte Verordnung zur Änderung der Anlageverordnung von Versicherungsunternehmen vom 29. Juni 2010 (BGBl. I, S. 841) und 11. Februar 2011 (BGBl. I, S. 250) wurde die Anlageverordnung an die seit 2007 eingetretenen Änderungen der Finanzmarktgesetzgebung angepasst. Zudem hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht das Rundschreiben R 15/2005 (VA), welches bisher die Anlageverordnung erläuterte, mit Wirkung zum 1. Juni 2011 aufgehoben und durch das Rundschreiben R 4/2011 (VA) ersetzt.

Diese Änderungen haben eine Anpassung der internen Anlage-RL an die neue Anlageverordnung sowie an das Rundschreiben R 4/2011 (VA) notwendig gemacht. Bei den Änderungen handelt es sich im Wesentlichen um die Konkretisierung der Voraussetzungen für Beteiligungen und Erweiterung der Beteiligungsanlagen, die Ausweitung der Anlagemöglichkeiten in Rohstoffinvestments sowie die Erhöhung der Flexibilität für Anlagen in Immobilien-Gesellschaften.

Die Änderungen der internen Anlage-RL sind am Tag der Beschlussfassung des Verwaltungsrats, am 30. November 2011, in Kraft getreten.

Finanzlage Pflichtversicherung (**VBL**klassik).

Abrechnungsverband West. Versorgungskonto I.

Einnahmen

Im Abrechnungsverband West finanziert die VBL ihre Leistungen über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Ein Deckungsabschnitt dauert fünf Jahre an. Der laufende Deckungsabschnitt endet zum 31. Dezember 2012.

Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der sechs folgenden Monate zu erfüllen. Seit 1. Januar 2002 ist der Umlagesatz auf 7,86 Prozent des zuzusatzversorgungspflichtigen Entgelts festgeschrieben (§ 64 Absatz 2 VBLS).

Hinzu kommen Sanierungsgelder, die der Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs für Ansprüche und Anwartschaften dienen, die vor dem Wechsel vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell entstanden sind (Altbestand). Die Gesamthöhe der Sanierungsgelder beträgt 2 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten im Jahr 2001. Die Summe der Entgelte wird – wie auch die Betriebsrenten – jährlich um 1 Prozent dynamisiert. Die Gesamthöhe der Sanierungsgelder wird im Deckungsabschnitt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens festgesetzt (§ 65 Absatz 2 Satz 1 VBLS).

Das Umlageaufkommen zuzüglich der Sanierungsgelder betrug im Geschäftsjahr 2011 rund 4.541,4 Millionen Euro (Vorjahr rund 4.420,9 Millionen Euro). Aus heutiger Sicht sind Umlage- und Sanierungsgeldsatz ausreichend bemessen, um die Finanzierung bis zum Ende des Deckungsabschnitts sicherzustellen.

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt jährlich die im Abrechnungsverband West erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Da im Umlageverfahren zur Finanzierung der Leistungen kein Kapitalstock aufgebaut und verzinslich angelegt wird, können sich keine tatsächlichen Überschüsse ergeben. Daher wird für die Berechnung von fiktiven Überschüssen die durchschnittliche laufende Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen unterstellt (§ 68 Absatz 2 VBLS). Sie ergibt sich aus dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz jeweils aktuellen Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Im Jahr 2009 lag die durchschnittliche Verzinsung der zehn größten Pensionskassen bei 4,44 Prozent. Hieraus ermittelte der Aktuar für das Jahr 2010 einen rechnerischen Überschuss von rund 544,6 Millionen Euro.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2010

Der Verantwortliche Aktuar schlug zur Verwendung des Überschusses vor, insbesondere wegen der aktuellen Entwicklung am Kapitalmarkt, bei einer Bonuspunkteverteilung vorsichtig zu verfahren. Der Verwaltungsrat fasste in seiner Sitzung am 30. November 2011 auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars daher den Beschluss, für das Jahr 2010 den am 31. Dezember 2011 Pflichtversicherten und beitragsfrei Versicherten im Abrechnungsverband West, die zu diesem Zeitpunkt die Wartezeit von 120 Umlage-/ Beitragsmonaten erfüllt haben, Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2010 erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Abrechnungsverband Ost. Versorgungskonto I.

Einnahmen

Im Abrechnungsverband Ost beträgt der Umlagesatz seit 1. Januar 2004 ein Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (§ 64 Absatz 2 VBL). Das Umlageaufkommen lag bei rund 179,7 Millionen Euro gegenüber rund 176,5 Millionen Euro im Vorjahr.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2010

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt auch hier jährlich die erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Für die Berechnung gelten die gleichen Grundsätze wie im Abrechnungsverband West. Im Abrechnungsverband Ost lag der rechnerische Überschuss für das Jahr 2010 bei rund 68,9 Millionen Euro.

Der Verantwortliche Aktuar schlug im Abrechnungsverband Ost aus den gleichen Erwägungen eine umsichtige Verwendung des Überschusses vor. Entsprechend diesem Vorschlag hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 30. November 2011 beschlossen, den am 31. Dezember 2011 Bonuspunkteberechtigten des Abrechnungsverbandes Ost ebenfalls Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2010 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Abrechnungsverband Beitrag und Gegenwerte. Versorgungskonto II.

Berücksichtigung der biometrischen Risikoverhältnisse

Die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck bilden die biometrischen Risikoverhältnisse der VBL nachweislich nicht mehr ausreichend sicher ab. Daher haben wir für die Handelsbilanz zum 31. Dezember 2010 in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden eine pauschale Stärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Die Höhe der Stärkung wurde auf Basis einer Kontrollrechnung vorgenommen. Dabei wurden die jeweiligen Deckungsrückstellungen der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände sowohl bei Anwendung der Richttafeln 1998 als auch bei Anwendung der Richttafeln „VBL 2010 P“ ermittelt. Die Stärkung der Deckungsrückstellung wurde für den Abrechnungsverband Beitrag und den Abrechnungsverband Gegenwerte in Höhe eines Drittels des Differenzbetrages vorgenommen.

Abrechnungsverband Beitrag. Versorgungskonto II.

Einnahmen

Im Abrechnungsverband Ost wird die Finanzierung seit dem 1. Januar 2004 schrittweise auf ein kapitalgedecktes System umgestellt. Neben der Umlage werden Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen und die in den Abrechnungsverband Beitrag fließen.

Bis zum Jahr 2009 haben unsere beteiligten Arbeitgeber je nach zutreffendem Tarifrecht teilweise unterschiedliche Beitragssätze angewendet. Ab dem Jahr 2010 beträgt der Beitragssatz einheitlich vier Prozent des zuzusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Ab diesem Zeitpunkt sind alle neu hinzu erworbenen Anwartschaften vollständig kapitalgedeckt finanziert.

Das Beitragsaufkommen betrug im Jahr 2011 rund 542,1 Millionen Euro (Vorjahr: rund 524,0 Millionen Euro). Darin enthalten sind auch Altersvorsorgezulagen für Arbeitnehmerbeiträge zur Kapitaldeckung. Im Jahr 2011 hat die zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen Altersvorsorgezulagen in Höhe von rund 34,5 Millionen Euro überwiesen.

Der Verantwortliche Aktuar hat für das Jahr 2010 in der Handelsbilanz im Abrechnungsverband Beitrag einen Bilanzgewinn (§ 67 Absatz 3 VBLS) von rund 12,0 Millionen Euro ermittelt. Er schlug vor, vom Überschuss rund 10,6 Millionen Euro der Verlustrücklage zuzuführen, um die Eigenkapitalausstattung zu stärken.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2010

Im Abrechnungsverband Beitrag besteht zusätzlich die Besonderheit, dass Versicherte für ihre Arbeitnehmerbeiträge Altersvorsorgezulagen nach Abschnitt XI EStG beziehen können. Für Rentenleistungen aus diesen Altersvorsorgezulagen kann ein Gewinnzuschlag in Höhe von bis zu 20 Prozent geleistet werden (§ 82a Absatz 4 VBLS). Der Verantwortliche Aktuar prüft daher jährlich, ob die Finanzierbarkeit dieses Gewinnzuschlages in voller Höhe gesichert ist. Ist dies der Fall, schlägt er die Leistung des Zuschlages vor. Dieser Verfahrensweise folgend schlug der Verantwortliche Aktuar vor, die Leistung des Gewinnzuschlages von 20 Prozent bis zum 31. Dezember 2013 zu verlängern. Zur Finanzierung dieses Gewinnzuschlages und zur Finanzierung zukünftiger Überschusszuteilungen sollte der verbleibende Überschuss in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro der Rückstellung für Überschussverteilung zugeführt werden. Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 30. November 2011 diesen Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars. Bonuspunkte für das Geschäftsjahr 2010 wurden nicht verteilt.

Abrechnungsverband Gegenwerte. Versorgungskonto II.

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn angemeldeten Pflichtversicherungen beendet. Zur Finanzierung der im Abrechnungsverband West oder im Abrechnungsverband Ost hinterlassenen umlagefinanzierten Anwartschaften und Ansprüche hat die VBL gegen den ausgeschiedenen Arbeitgeber einen Anspruch auf Zahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts. Der Gegenwert wird dem kapitalgedeckten Versorgungskonto II zugeführt. Die Gegenwertzahlung ist

Einnahmen

erforderlich, weil im Umlageverfahren nur die laufenden Renten durch die monatlichen Einnahmen finanziert werden. Die Einnahmen aus Gegenwertzahlungen betrugen im Jahr 2011 rund 58,3 Millionen Euro (Vorjahr: rund 7,8 Millionen Euro).

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2010

Aufgrund der pauschalen Stärkung der Deckungsrückstellung hat der Verantwortliche Aktuar im Abrechnungsverband Gegenwerte im Jahr 2010 in der Handelsbilanz einen Bilanzverlust von rund 6,3 Millionen Euro ausgewiesen. Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 30. November 2011 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars, wegen beträchtlicher Finanzierungsrisiken für das Geschäftsjahr 2010 im Abrechnungsverband Gegenwerte keine Bonuspunkte zuzuteilen.

Finanzlage freiwillige Versicherung (VBLextra und VBLdynamik).

Einnahmen

Die Beitragseinnahmen im Bereich der freiwilligen Versicherung haben sich um 4,9 Prozent auf 172,7 Millionen Euro erhöht.

Einnahmen	2011	2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
VBLextra	163,4	155,1	+5,4 %
VBLdynamik	9,3	9,5	-2,1 %
Gesamt	172,7	164,6	+4,9 %

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2010

Der Verantwortliche Aktuar stellt jährlich zum Bilanzstichtag auf der Grundlage einer versicherungstechnischen Bilanz die Überschüsse fest und schlägt eine Verwendung der Überschüsse vor. Am 30. November 2011 entschied der Verwaltungsrat auf diesen Vorschlag hin über die Verwendung der Überschüsse des Jahres 2010.

VBLextra

Eine Risikountersuchung des Verantwortlichen Aktuars ergab, dass die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck auch die Risikoverhältnisse des Versichertenbestandes der freiwilligen Versicherung nicht mehr ausreichend sicher abbilden. In Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde daher die Deckungsrückstellung der beiden Tarife VBLextra 01 und VBLextra 02 gestärkt. Eine zusätzliche Stärkung der Deckungsrückstellung des Tarifs VBLextra 01 erfolgte im Hinblick auf den Rechnungszins in der Rentenbezugsphase von 5,25 Prozent.

Im Geschäftsjahr 2010 verblieb in der **VBL**extra ein Überschuss von rund 11,8 Millionen Euro als Bilanzgewinn. Von diesem Überschuss entfällt ein Anteil in Höhe von rund 2,8 Millionen Euro auf den Tarif **VBL**extra 01 mit Rechnungszins in Höhe von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase zuzüglich einer garantierten Rentendynamisierung von einem Prozent. Auf den Tarif **VBL**extra 02 mit einheitlichem Rechnungszins in Höhe von 2,75 Prozent entfällt ein Überschussanteil in Höhe von rund 9,0 Millionen Euro.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 30. November 2011 den Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars: Im Tarif **VBL**extra 01 werden für das Geschäftsjahr 2010 keine Bonuspunkte zugeteilt. Der auf den Tarif **VBL**extra 01 entfallende Überschuss wurde in Höhe von 2 Millionen Euro der Rückstellung für Überschussverteilung und der verbleibende Anteil in Höhe von rund 0,8 Millionen Euro zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Verlustrücklage zugeführt.

Der auf den Tarif **VBL**extra 02 entfallende Überschussanteil wurde vollständig in die Verlustrücklage eingestellt. Ferner hat der Verwaltungsrat beschlossen, den am 31. Dezember 2011 aktiv und beitragsfrei Versicherten des Tarifs **VBL**extra 02 Bonuspunkte in Höhe von 1 Prozent ihrer bis zum 31. Dezember 2010 erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Für den Tarif **VBL**extra 02 ist vorgesehen, für Betriebsrentenleistungen einen Gewinnzuschlag in Höhe von 20 Prozent zu leisten, wenn der versicherungsmathematische Nachweis der Finanzierbarkeit dieses Zuschlags erbracht wird. Diesem Verfahren folgend hat der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars beschlossen, den Gewinnzuschlag in voller Höhe bis zum 31. Dezember 2013 zu leisten. Der Gewinnzuschlag wird aus dem auf den Tarif **VBL**extra 02 entfallenden Anteil der Rückstellung für Überschussverteilung finanziert.

In der **VBL**dynamik wurde im Geschäftsjahr 2010 ein Überschuss von 640.653,99 Euro im Bilanzgewinn ausgewiesen. Der Verantwortliche Aktuar hat vorgeschlagen, einen Anteil in Höhe von 59.175,29 Euro in die Verlustrücklage einzustellen und den verbleibenden Überschussanteil in Höhe von 581.478,70 der Rückstellung für Überschussverteilung zuzuführen.

VBLdynamik

Dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars folgend fasste der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 30. November 2011 für die **VBL**dynamik den Beschluss, für das Geschäftsjahr 2010 den am 31. Dezember 2011 aktiv und beitragsfrei Versicherten Anteile an Spezialfonds zuzuteilen: Versicherten des Tarifs **VBL**dynamik 01 in Höhe von 1,5 Prozent und des Tarifs **VBL**dynamik 02 in Höhe von 0,9 Prozent ihrer jeweiligen Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2010.

Zuteilung von Bewertungsreserven

Zusätzlich ist in der freiwilligen Versicherung die Zuteilung der Bewertungsreserven zu berücksichtigen. Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der gehaltenen Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Sie sorgen für zusätzliche Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge an den Kapitalmärkten auszugleichen.

Im Jahr 2010 haben wir in der freiwilligen Versicherung erstmals 50 Prozent der zum 31. Dezember 2009 ermittelten Bewertungsreserven zugeteilt (§ 153 Absatz 3 Versicherungsvertragsgesetz). Da auch zum Ende des Jahres 2010 die Bewertungsreserven gestiegen sind, haben Versicherte im Jahr 2011 ebenfalls einen Anspruch auf Zuteilung von 50 Prozent der zum 31. Dezember 2010 ermittelten Bewertungsreserven. Auf der Grundlage des versicherungsmathematischen Gutachtens vom 7. Oktober 2011 wurden die ermittelten Bewertungsreserven fiktiv einzelnen Verträgen der **VBL**extra und der **VBL**dynamik zugeordnet.

Eine Auszahlung der den einzelnen Verträgen zugeordneten Bewertungsreserven erhalten Rentnerinnen und Rentner sowie Versicherte, die ihren Vertrag wegen Einmalkapitalauszahlung, Abfindung oder Portabilität beenden. Insgesamt haben wir für das Jahr 2011 rund 1,2 Millionen Euro an Bewertungsreserven in der **VBL**extra und der **VBL**dynamik ausgezahlt.

Ertragslage der **VBL** gesamt.

Aufwendungen und Erträge	2011 Mio. €	2010 Mio. €	Veränderung
Erträge			
Umlagen, Beiträge ¹	5.454,1	5.311,6	+2,7 %
Kapitalerträge	759,8	945,2	-19,6 %
	6.213,9	6.256,8	-0,7 %
Aufwendungen			
Leistungen ²	4.540,6	4.488,2	+1,2 %
Kapitalaufwendungen	300,6	293,5	+2,4 %
	4.841,2	4.781,7	+1,2 %
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-918,9	-855,7	+7,4 %
Jahresüberschuss	453,8	619,4	-26,7 %

¹ Einschließlich Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge sowie Überleitungen

² Zahlungen für Leistungen einschließlich Überleitungen

Ertragslage der freiwilligen Versicherung.

Aufwendungen und Erträge	2010 Mio. €	2010 Mio. €	Veränderung
Erträge			
Beiträge	172,7	164,6	+4,9 %
Kapitalerträge	63,6	50,8	+25,2 %
	236,3	215,4	+9,7 %
Aufwendungen			
Leistungen	2,6	1,7	+52,9 %
Kapitalaufwendungen	10,4	0,2	+5.100,0 %
	13,0	1,9	+584,2 %
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-207,6	-188,2	+10,3 %
Jahresüberschuss	15,7	25,3	-37,9 %

Die laufende Durchschnittsverzinsung im Geschäftsjahr 2011 betrug hier 9,2 Prozent (Vorjahr: 9,3 Prozent).

Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.

Risikomanagementsystem

Die VBL verfügt über ein dezentrales Gesamtrisikomanagement, bestehend aus einem Risikofrüherkennungssystem, einem Risikocontrolling und einem internen Überwachungssystem, das alle Bereiche der VBL abdeckt. Die Risikomeldeverantwortlichen der jeweiligen Fachbereiche melden alle relevanten Risiken vierteljährlich an das Risikocontrolling. Das Risikocontrolling unterzieht die gemeldeten Risiken einer Plausibilitätsprüfung und erstellt einen Risikobericht für den Risikobeauftragten, den Präsidenten der VBL. Die Risikoüberwachung ist Aufgabe der Revision. Hier wird die Funktionsfähigkeit des Risikocontrollings, der Investitionstätigkeit und des Berichtswesens geprüft.

Zu den einzelnen Risikokategorien können wir Folgendes berichten:

Die laufende Prüfung der Risiken im Jahr 2011 ergab, dass keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind auch in der Zukunft keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Kapitalanlagerisiken

Die VBL wendet auf ihr gesamtes Vermögen die Anlagegrundsätze für das gebundene Vermögen von Versicherungsunternehmen an (§ 54 Versicherungsaufsichtsgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen – AnIV). Danach ist das Vermögen so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Auf eine möglichst große Sicherheit der Kapitalanlage wird besonderer Wert gelegt.

Für die Kapitalanlage besteht hauptsächlich das Risiko von Marktpreisänderungen. Ein Mittel zur Überwachung der Marktpreisrisiken sind Stresstests, die von der VBL monatlich auf die Kapitalanlagen angewendet werden. Mit diesen Stresstests überprüfen wir, ob die VBL trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage wäre, auch ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Die Stresstests sind ein Indikator für die Risikoanalyse. Sie werden regelmäßig auch in ihrer Entwicklungshistorie ausgewertet und ergänzen die anderen Instrumente des Risikomanagements.

Zur Absicherung von Grundgeschäften wurden in den letzten Jahren Zinsswaps abgeschlossen. Je nach Markteinschätzung wurde somit das Zinsänderungs- oder Wertänderungsrisiko bei Darlehen mit variabler bzw. fixer Verzinsung abgesichert. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen, wurden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 Handelsgesetzbuch gebildet.

Adressausfallrisiken werden für Engagements in den Master Fonds der VBL über die Marktpreise der Anleihen abgebildet. Diese spiegeln den aktuellen Kenntnisstand und die Einschätzung aller Marktteilnehmer wider. Darüber hinaus stehen in den Fonds Reserven für die möglichen Verschlechterungen zur Verfügung. Strikte Ratingvorgaben, Diversifikation und ein Schwerpunkt auf besicherte oder öffentlich garantierte Anleihen vermindern das Risiko weiter. Im Direktbestand haben wir vor allem in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen von deutschen Kreditinstituten investiert. Die Steuerung von Ausfallrisiken bei Derivate-Geschäften erfolgt über Kontrahentenlimite. Im Direktbestand wurden im Jahr 2011 wieder Derivate-Geschäfte zu Absicherungszwecken abgeschlossen.

Kapitalanlagen wurden hauptsächlich mit Emittenten aus dem deutschen Bankensektor getätigt.

Liquiditätsrisiken bestehen aufgrund des Umlageverfahrens bei den Abrechnungsverbänden West und Ost und dem jungen Bestand bei der freiwilligen Versicherung und dem Abrechnungsverband Beitrag nicht.

Zur dauerhaften Erfüllbarkeit der Verträge in der freiwilligen Versicherung überdecken unsere Eigenmittel die Solvabilitätsspanne um 111,7 Prozent (Vorjahr 139,5 Prozent).

In dem bei der VBL überwiegend praktizierten Umlageverfahren hängt der Finanzierungsbedarf stark von der Entwicklung des Versichertenbestands und des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab. Der im Bereich des öffentlichen Dienstes anhaltende Trend zu Personalabbau- und Ausgliederungsmaßnahmen kann somit Auswirkungen auf die Finanzierung bei der VBL haben.

Finanzierungsrisiken

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn durchgeführten Pflichtversicherungen beendet. Zum Ausgleich der während der Beteiligung entstandenen Anwartschaften und laufenden Renten der Pflichtversicherten hat der ausgeschiedene Arbeitgeber an die VBL einen sogenannten Gegenwert zu leisten. Der Gegenwert ist der versicherungsmathematische Barwert der dem ausgeschiedenen Arbeitgeber zuzurechnenden Renten und Anwartschaften und wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch einen Sachverständigen errechnet. Für Ausgliederungen sieht die Satzung die Leistung eines anteiligen Gegenwerts vor. Diese Maßnahmen gelten jedoch nur für die Ausgliederung eines „wesentlichen Teils“ der Pflichtversicherten eines Beteiligten. Mehrfache Ausgliederungen eines Beteiligten werden bei der Prüfung des Überschreitens der Wesentlichkeitsgrenze zusammengerechnet. Für Ausgliederungen unterhalb einer Wesentlichkeitsgrenze ist ein Ausgleich bisher nicht vorgesehen.

Die Finanzierungsrisiken, die bei Beendigung der Beteiligung oder bei Ausgliederungen für die Umlagegemeinschaft entstehen können, haben auch die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes anerkannt. Sie haben deshalb im 6. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Altersversorgung vom 24. November 2011 klargestellt, dass in diesen Fällen ein Ausgleich an die VBL geleistet werden muss.

Zinsgarantierisiko

In der **VBL**klassik garantieren wir eine Leistung, die sich ergeben würde, wenn eine Gesamt-Beitragsleistung von vier Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vollständig in ein kapitalgedecktes System eingezahlt würde. Als Verzinsung werden dabei in der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und in der Rentenbezugsphase 5,25 Prozent unterstellt. Zusätzlich werden die Renten jährlich um 1 Prozent erhöht. Diese Rechnungsgrundlagen sind tarifvertraglich festgelegt (§ 8 Tarifvertrag Altersversorgung). Diese hohen garantierten Leistungen werden in den Abrechnungsverbänden West und Ost im Umlageverfahren und in den Abrechnungsverbänden Beitrag und Gegenwerte im Kapitaldeckungsverfahren finanziert. In der Kapitaldeckung werden daher Überschüsse vorrangig zum Aufbau der Verlustrücklage verwendet, die der Fehlbetragsdeckung dient.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung wurde der Rechnungszins für das Neugeschäft ab 2012 auf 1,75 Prozent gesenkt. Für die ab 2004 geschlossenen Verträge beträgt der Rechnungszins noch 2,75 Prozent. Das Zinsgarantierisiko kann für das Neugeschäft in der freiwilligen Versicherung deshalb als geringer eingestuft werden. Im Tarif **VBL**extra 01 besteht da-

gegen ein erhöhtes Zinsrisiko, da hier – wie in der **VBL**klassik – ein Rechnungszins von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase sowie eine zusätzliche Rentendynamisierung von 1 Prozent einkalkuliert wurden. Dem erhöhten Zinsgarantierisiko wirken wir mit dem Aufbau der Verlustrücklage und einer jährlichen Stärkung der Deckungsrückstellung entgegen.

Die Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verwenden als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafel 1998 von Klaus Heubeck. Die Anwendung dieser Richttafel ist tarifvertraglich festgelegt (Anlage 4 zum Tarifvertrag Altersversorgung).

Biometrische Risiken

Die VBL gibt in regelmäßigen Abständen Untersuchungen über die biometrischen Risikoverhältnisse in Auftrag. Eine im Jahr 2009 durchgeführte Risikountersuchung, die auf den Daten aus den Geschäftsjahren 2006 bis 2008 basiert, ergab, dass die Risikoverhältnisse durch die Richttafel 1998 von Klaus Heubeck nicht mehr ausreichend sicher abgebildet werden. Ein versicherungsmathematischer Sachverständiger hat zwischenzeitlich eine VBL-spezifische Periodentafel „VBL 2010 P“ sowie eine VBL-spezifische Generationentafel „VBL 2010 G“ entwickelt. Im Unterschied zu Periodentafeln wird bei Generationentafeln neben Alter und Geschlecht auch das Geburtsjahr berücksichtigt. Ob bei der Tarifikalkulation zukünftig eine VBL-spezifische Richttafel zur Anwendung kommen wird, obliegt der Entscheidung der Tarifvertragsparteien. Wegen der biometrischen Risiken haben wir auf der Grundlage der Periodentafel VBL 2010 P bereits im Jahr 2010 begonnen, in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden die Deckungsrückstellung zu stärken.

Die höheren Ausgaben aufgrund des zu erwartenden längeren Rentenbezugs müssen auch bei Gegenwertberechnungen für ausgeschiedene Arbeitgeber berücksichtigt werden. Aus diesem Grund werden ab dem 1. Januar 2011 die Gegenwerte auf Basis der Richttafel „VBL 2010 G“ berechnet, es sei denn, die Beteiligung endete aufgrund einer fristlosen Kündigung, die bis zum 25. Mai 2011 bei der VBL einging oder von der VBL erklärt wurde. Für die Gegenwertberechnung wurde der Generationentafel der Vorzug gegeben, da auf den Gegenwert zur Ausfinanzierung der hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche keine Nachschusspflicht besteht. Die Änderung des Technischen Geschäftsplans hat das Bundesministerium der Finanzen am 20. Juni 2011 genehmigt.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die überwiegende Zahl der bei der VBL beteiligten Arbeitgeber sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren unzulässig ist. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Beteiligten ist in der überwiegend umlagefinanzierten **VBL**klassik relativ gering. Bei der VBL sind rund 5.400 Arbeitgeber beteiligt. Bisher wurde über das Vermögen von insgesamt 41 beteiligten Arbeitgebern das Insolvenzverfahren eröffnet, davon drei Verfahren im Geschäftsjahr 2011. Dabei waren im Abrechnungsverband West insgesamt 37 Arbeitgeber, im Abrechnungsverband Ost vier Arbeitgeber betroffen.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung ist das Risiko des Forderungsausfalls sehr gering. Hier werden die Versicherungsverträge beitragsfrei gestellt, wenn die Versicherungsnehmerin beziehungsweise der Versicherungsnehmer mit der Beitragszahlung für drei Monate in Verzug ist und den Rückstand nicht innerhalb einer von der VBL gesetzten Frist ausgleicht.

Operationelle Risiken

Unter dem Begriff operationelles Risiko versteht man die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- oder systembedingten Vorfällen. Ebenfalls zu den operationellen Risiken zählen Risiken aus externen Vorfällen und Rechtsrisiken.

Kernprozesse sind abhängig von einer sicheren und zuverlässigen IT. Die VBL verfügt deshalb über ein IT-Sicherheitskonzept im Sinne eines Notfallkonzeptes, das sich nach dem BSI-Standard (IT-Grundschutz) richtet und laufend angepasst wird. Für den Ausfall des Rechenzentrums sind entsprechende Vorsorgen getroffen. Die Voraussetzungen für das Back-up (Rechenzentrum, Hardware, Datensicherung) liegen vor. Funktionstrennungen und Vier-Augen-Prinzipien helfen in den wesentlichen Geschäftsprozessen dabei, das Eintreten von Risiken zu vermeiden.

Rechtliche Risiken birgt in erster Linie die Musterklage gegen die Berechnung der Sanierungsgelder, der sich rund 2.000 Beteiligte angeschlossen haben (Urteil des Landgerichts Mannheim vom 23. April 2010, Az.: 7 O 346/08). Bei einem vollständigen Unterliegen der VBL wäre mit einer Erstattung von Sanierungsgeldern für die Jahre 2002 und 2003 zu rechnen. Dieses Risiko schätzen wir allerdings als äußerst gering ein. Der Bundesgerichtshof hat in drei etwas anders gelagerten Verfahren zum Sanierungsgeld entschieden, dass die ab dem Jahr 2002 eingeführte Grundregelung zur Berechnung des Sanierungsgeldes nach § 65 VBLS in der Fassung vor der 7. und 9. Satzungsänderung nicht gegen höherrangiges Recht verstoße (Urteile vom 20. Juli 2011, Az.: IV ZR 46/09, IV ZR 68/09 und IV ZR 76/09; vorgehend Urteile des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 3. März 2009). In dem Fall, in dem die Rechtmäßigkeit der durch die 7. und 9. Satzungsänderung geänderten Sanierungsgeldberechnung zu prüfen war, hatte das Oberlandesgericht Karlsruhe ebenfalls die Rechtmäßigkeit der Sanierungsgeldregelung bestätigt (Urteil vom 18. Januar 2011, Az.: 12 U 40/10).

Rechtliche Risiken

Ferner ergeben sich Risiken aus den Klageverfahren gegen die Gegenwertforderung der VBL. Bei einem vollständigen oder teilweisen Unterliegen der VBL würden die Gegenwerte nicht oder nicht in voller Höhe erbracht, die zur Ausfinanzierung der in der Umlagefinanzierung hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche ausgeschiedener Arbeitgeber erforderlich sind. Dies könnte eine Unterdeckung im Abrechnungsverband Gegenwerte zur Folge haben. Das Oberlandesgericht Karlsruhe stellte in seinen beiden Berufungsurteilen vom 23. Dezember 2010 (Az.: 12 U 1/10 und 12 U 224/09) allerdings klar, dass ein Ausscheiden aus einem umlagefinanzierten Versorgungssystem nicht zum Nulltarif möglich ist. Außerdem seien die vom ausgeschiedenen Arbeitgeber in der Vergangenheit geleisteten Aufwendungen bei der Berechnung des Gegenwerts nicht mindernd zu berücksichtigen. Der Ausgang der Revisionsverfahren ist offen. Die Tarifvertragsparteien haben inzwischen im 6. Änderungstarifvertrag zum ATV klargestellt, dass beim Ausscheiden eines beteiligten Arbeitgebers aus der VBL die hinterlassenen Rentenanwartschaften und -ansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch einen Gegenwert ausfinanziert werden müssen. Wir gehen auch vor diesem Hintergrund im Ergebnis von einer Werthaltigkeit unserer Gegenwertforderungen aus.

Chancen

Die VBL ist mit ihren Produkten der betrieblichen Altersvorsorge nach wie vor sehr gut aufgestellt. Zusätzlich zu einer Pflichtversicherung können unsere Versicherten mit der freiwilligen Versicherung individuell für das Alter vorsorgen. Dabei bietet die freiwillige Versicherung bereits jetzt die Möglichkeit, die Altersvorsorge jederzeit auf die jeweilige persönliche Lebenssituation anzupassen.

Die flexible Gestaltung der Altersvorsorge gewinnt immer mehr an Bedeutung. Neben persönlichen Veränderungen unterliegt auch das Arbeitsleben ständigem Wandel. Durch das steigende Renteneintrittsalter – schrittweise von 65 auf 67 Jahre im Jahr 2029 – müssen die Menschen länger arbeiten. Einige können jedoch aufgrund einer Krankheit nicht bis zum Renteneintrittsalter im bisherigen Umfang weiterarbeiten. Hinzu kommen noch vielseitige persönliche Veränderungen oder vielleicht sogar Pflegebedürftigkeit naher Angehöriger, die sich auf das Arbeitsleben auswirken. All diese Wandlungen und Veränderungen müssen in der Altersvorsorge bedacht werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat für die gesetzliche Rentenversicherung Änderungsbedarf erkannt und strebt eine Reihe von Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung an, mit denen man den Veränderungsprozessen in den Erwerbsbiografien und Wandlungsprozessen in der Arbeitswelt im System der Alterssicherung Rechnung tragen will. So soll beispielsweise durch die Beseitigung starrer Hinzuverdienstgrenzen eine flexiblere Kombination von vorzeitiger Rente und Teilzeitarbeit ermöglicht werden. Der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand wird künftig fließender sein. Auch auf das höhere Erwerbsminderungsrisiko, das mit steigenden Renteneintrittsalter verbunden ist, soll durch eine stufenweise Anhebung der Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrente Rechnung getragen werden. Arbeitgeber sollen für ihre Beschäftigten zukünftig freiwillige Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen können, auch um das Risiko der Erwerbsminderung besser absichern zu können.

Die stetigen Veränderungen im Arbeitsleben wirken sich auch auf die betriebliche Altersvorsorge aus und bringen neue Chancen mit sich. Um die optimale betriebliche Altersvorsorge für ihre Kunden anbieten zu können, wird die VBL ihre Produkte möglichst flexibel gestalten und an die sich wandelnden Bedürfnisse ihrer Versicherten anpassen müssen.

Vor dem Hintergrund des sich wandelnden Arbeitslebens ist es vor allem für die jüngere Generation wichtig, rechtzeitig die Altersvorsorge zu planen. Für uns besteht hier noch Potenzial, das Interesse der jüngeren Generation für die betriebliche Altersversorgung frühzeitig zu wecken und sie mit den jeweiligen Gestaltungsmöglichkeiten vertraut zu machen. Deshalb werden wir unser Informations- und Serviceangebot weiter ausbauen und dabei verstärkt auf die modernen Medien und E-Government setzen.

Ausblick.

Die Ausgestaltung und Finanzierbarkeit der Alterseinkommen europäischer Bürger ist auch ein wichtiges Thema für die Europäische Union. Im Jahr 2010 hatte die Europäische Kommission ein Grünbuch mit dem Titel „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Rentensysteme“ herausgebracht. Nach Auswertung der hierauf eingebrachten ca. 1.700 Stellungnahmen der Mitgliedstaaten, verschiedener Interessengruppen und Einzelpersonen hat die Kommission in einem sogenannten Weißbuch konkrete Handlungsinitiativen unter anderem in der Form von legislativen Maßnahmen angekündigt.

Entwicklungen auf der europäischen Ebene

So enthält das Arbeitsprogramm der Kommission für 2012 unter anderem die Vorlage eines Entwurfs für eine Neufassung der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, die – erst seit 2004 in Kraft – aufsichtsrechtliche Mindeststandards für die betriebliche Altersvorsorge in Europa festlegt (Pensionsfondsrichtlinie). Auch eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Portabilitätsrichtlinie zur Verbesserung der beruflichen Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union wird vorbereitet.

Einer der Kernpunkte der Diskussion ist immer wieder, inwieweit eine Harmonisierung – das heißt Angleichung – der vielfältigen und ganz unterschiedlichen Rentensysteme in Europa machbar, sinnvoll und wünschenswert ist. Ziel der Kommission ist es dabei, die Finanzierbarkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz insgesamt zu erhöhen. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Systeme ist es aber schwierig, einheitliche Regelungen festzuschreiben. Ein im Moment besonders umstrittenes Beispiel ist die diskutierte Einführung der Eigenkapitalanforderungen (Solvency II) für die betriebliche Altersvorsorge wie sie in der Versicherungswirtschaft gelten. Maßnahmen, die in einem Land vielleicht sehr hilfreich wären, sind in einem anderen Land nicht erforderlich, da es andere Sicherungsmechanismen gibt. Im Gegenteil könnte eine zwingende Einführung solcher Anforderungen die betriebliche Altersversorgung in Deutschland erheblich verteuern und für die Arbeitgeber unattraktiv machen.

Es ist deshalb wichtig, die Entwicklungen zu verfolgen und im Diskussionsprozess mitzuwirken. Die VBL tut dies über ihre Mitgliedschaften in der Arbeitsgemeinschaft betriebliche Altersversorgung (aba) und im Verband der europäischen Versorgungsträger des öffentlichen Sektors (EAPSPI). Der im Rahmen dieser Kontakte gepflegte Austausch und die gemeinsamen fachlichen Stellungnahmen sind für uns unverzichtbar, um zukünftige Chancen und Herausforderungen rechtzeitig zu erkennen und uns entsprechend aufzustellen.

Auf der Grundlage des im März 2012 für den Bereich des Bundes und der Kommunen vereinbarten Tarifabschlusses rechnen wir in den nächsten beiden Jahren mit einer Steigerung des Umlageaufkommens. Zugleich ist wie in den Vorjahren von einer kontinuierlichen Steigerung der Leistungen auszugehen. Im Bereich der freiwilligen Versicherung rechnen wir mit einem steigenden Anlagevolumen in den nächsten beiden Jahren. Insgesamt erwarten wir in den kommenden beiden Geschäftsjahren für die VBL ein positives Ergebnis.

Bestellung des Verantwortlichen Aktuars für die Pflichtversicherung.

Der Verantwortliche Aktuar für die Pflichtversicherung, Herr Dr. Rainer Goldbach, stand mit Ablauf des 30. Juni 2011 für eine Neubestellung nicht mehr zur Verfügung. Der Verwaltungsrat hat auf Vorschlag des Vorstandes Herrn Dr. Georg Thurnes zum 1. Juli 2011 als Verantwortlichen Aktuar für die Pflichtversicherung bestellt.

Anlage zum Lagebericht.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen).

Freiwillige Versicherung	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jah- resrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	117.044	105.510	1.672	1.805	1.433.732	103	43	49	25.515	10.016	1.926
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	15.707	12.593	866	1.103	1.121.869	59	32	68	15.014	11.042	2.222
2. Sonstiger Zugang											
3. Zugang gesamt	15.707	12.593	866	1.103	1.121.869	59	32	68	15.014	11.042	2.222
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	52	23	41	22	16.402	-	-	-	-	-	-
2. Beginn der Altersrente	615	817	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsun- fähigkeit (Invalidität)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wieder- heirat, Ablauf	-	-	5	7	2.845	-	-	29	-	-	882
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufs- werten, Rückgewährbe- trägen und Austrittsver- gütungen	-	-	83	71	163.585	-	-	14	-	-	526
6. Ausscheiden ohne Zah- lung von Rückkaufs- werten, Rückgewährbe- trägen und Austrittsver- gütungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Sonstiger Abgang	-	-	3	-	282	-	-	3	-	-	74
8. Abgang gesamt	667	840	132	100	183.114	-	-	46	-	-	1.482
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	132.084	117.263	2.406	2.808	2.372.487	162	75	71	40.529	21.058	2.666
Davon											
1. Beitragsfreie Anwartschaften	27.138	19.606	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2. In Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-



VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT

Jahresabschluss.

2011

Bilanz zum 31. Dezember 2011.

Aktiva	31.12.2011		31.12.2010	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.288.756,00		3.202.698,24
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	517.720.047,73		527.560.086,88	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00		68.750,00	
2. Beteiligungen	35.981.618,00		58.626.031,90	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile	9.300.638.308,80		7.605.499.668,22	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	197.326.496,52		181.140.604,00	
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	45.011.073,02		70.216.176,69	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.631.681.181,37		1.632.027.086,83	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.018.540.895,42		2.130.817.537,24	
	3.650.222.076,79	13.746.968.370,86	3.762.844.624,07	12.205.955.941,76
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern		20.204.896,23		18.236.255,91
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	951.263.026,03		879.549.327,71	
II. Sonstige Forderungen	21.209.982,04	972.473.008,07	23.947.848,97	903.497.176,68
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	4.440.013,49		3.956.589,52	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	2.982.125.974,87	2.986.565.988,36	3.229.491.089,93	3.233.447.679,45
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	75.568.128,43		73.941.093,43	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	819.384,82	76.387.513,25	1.588.528,86	75.529.622,29
Summe der Aktiva		17.804.888.532,77		16.439.869.374,33

Passiva	31.12.2011		31.12.2010	
	€	€	€	€
A. Rücklagen, Bilanzgewinn				
I. Verlustrücklagen				
1. Pflichtversicherung	360.486.605,00		335.259.748,00	
2. Freiwillige Versicherung	76.199.746,85		58.506.221,56	
	436.686.351,85		393.765.969,56	
II. Bilanzgewinn				
1. Pflichtversicherung	-4.712.683,00		5.763.439,00	
2. Freiwillige Versicherung	7.825.391,26		12.452.211,08	
	3.112.708,26	439.799.060,11	18.215.650,08	411.981.619,64
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I				
1. Abrechnungsverband West	7.978.412.776,68		7.659.746.202,77	
2. Abrechnungsverband Ost	2.164.018.840,87		2.052.444.446,96	
	10.142.431.617,55		9.712.190.649,73	
II. Deckungsrückstellungen				
1. Deckungsrückstellung für				
a) Pflichtversicherung	4.795.632.958,00		4.090.743.585,00	
b) Freiwillige Versicherung	996.436.074,51		788.468.283,72	
	5.792.069.032,51		4.879.211.868,72	
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.045.405.517,74		1.044.620.813,45	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	30.183.200,00		10.649.600,00	
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlagen und Beiträgen	72.920.000,00		66.693.000,00	
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung				
1. Pflichtversicherung	52.664.811,00		51.311.463,00	
2. Freiwillige Versicherung	11.023.820,79		13.751.698,22	
	63.688.631,79		65.063.161,22	
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-	17.146.697.999,59	42.176,14	15.778.471.269,26
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern		20.204.896,23		18.236.255,91
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.453.374,00		6.813.040,00	
II. Sonstige Rückstellungen	23.004.004,00	29.457.378,00	22.582.770,00	29.395.810,00
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	13.092.150,14		3.997.331,43	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	109.616.928,62		108.688.680,26	
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: € 356.616,47 (Vorjahr € 350.501,47)	18.079.520,33	140.788.599,09	61.455.693,57	174.141.705,26
F. Rechnungsabgrenzungsposten		27.940.599,75		27.642.714,26
Summe der Passiva		17.804.888.532,77		16.439.869.374,33

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position B. II. Ziffer 1 und Position C. (Passiva) ausgewiesene Deckungsrückstellung nach den jeweils zuletzt genehmigten Technischen Geschäftsplänen unter zusätzlicher Berücksichtigung eines Drittels des Aufstockungsbedarfs aus einem Übergang auf die neuen VBL-spezifischen biometrischen Rechnungsgrundlagen VBL 2010 P berechnet worden ist.

Pflichtversicherung (B. II. 1. a):
München, 16.04.2012
Der Verantwortliche Aktuar Dr. Thurnes

Freiwillige Versicherung (B. II. 1. b + C.):
Köln, 02.04.2012
Der Verantwortliche Aktuar Engbroks

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011.

(Konsolidiert)	2011		2010	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlagen, Sanierungsgeld und Beiträge	5.435.774.295,60		5.285.931.137,15	
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	18.008.218,24		25.219.825,09	
c) Erträge aus Überleitungen	310.681,00	5.454.093.194,84	493.478,14	5.311.644.440,38
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung		5.356.007,29		586.935,20
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 500.000,00 € (Vorjahr: 461.634,43 €)	500.000,00		461.634,43	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	119.623.005,70		114.228.002,82	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	629.620.807,46		744.344.736,83	
	749.743.813,16		858.572.739,65	
c) Erträge aus Zuschreibungen	2.137.705,70		31.867.502,85	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	7.948.158,00	759.829.676,86	54.254.678,05	945.156.554,98
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		213.938,87		1.350.969,41
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		26.431.183,45		32.554.896,37
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	4.540.409.568,12		4.487.955.719,80	
bb) Verwaltungsaufwendungen	43.998.398,34		41.944.004,32	
	4.584.407.966,46		4.529.899.724,12	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	19.460.600,00		-6.715.400,00	
c) Aufwendungen für Überleitungen	213.148,74	4.604.081.715,20	283.673,04	4.523.467.997,16
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	818.138.848,11		748.637.835,95	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	6.250.558,97	824.389.407,08	3.391.950,95	752.029.786,90
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)		43.998.398,34		52.652.542,41
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	67.174.356,93		73.669.360,01	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	163.960.584,19		34.670.601,11	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	69.442.828,43	300.577.769,55	185.167.060,64	293.507.021,76
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		957.931,51		-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		16.533.808,29		19.200.907,85
12. Versicherungstechnisches Ergebnis		455.384.971,34		650.435.540,26

(Konsolidiert)	2011		2010	
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	9.367.978,57		8.207.619,42	
2. Sonstige Aufwendungen	10.975.003,57	-1.607.025,00	38.161.373,25	-29.953.753,83
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		453.777.946,34		620.481.786,43
4. Außerordentliche Aufwendungen		-		1.089.163,00
5. Außerordentliches Ergebnis		-		-1.089.163,00
6. Jahresüberschuss		453.777.946,34		619.392.623,43
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen		-431.332.761,17		-577.581.370,26
8. Veränderung der Verlustrücklage		-19.332.476,91		-23.595.603,09
9. Bilanzgewinn		3.112.708,26		18.215.650,08



VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT

Anhang.

2011

Alle Versicherungsbereiche der VBL werden in einer konsolidierten Bilanz erfasst. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt. Die VBL arbeitet dabei unter stetiger Anwendung fester Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Aufgrund der laut Satzung geforderten Trennung der Bereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung werden Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung dieser beiden Bereiche in der Berichterstattung getrennt ausgewiesen.

Angaben zur Rechnungslegung.

Satzungsvorschriften

Nach § 71 der Satzung erstellt die VBL jährlich einen Geschäftsbericht einschließlich eines vollständigen Jahresabschlusses und eines Lageberichts.

Jahresabschluss und Lagebericht werden entsprechend den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Die Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formvorschriften der RechVersV unter Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten der VBL.

Innerhalb des Anstaltsvermögens ist für die Aufgabenbereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung jeweils ein gesonderter Abrechnungsverband mit getrennter Verwaltung von Aufwendungen, Erträgen und Kapitalanlagen zu führen (§ 59 VBLS).

Der Bereich Pflichtversicherung ist in einen umlagefinanzierten Bereich (Versorgungskonto I – § 64 Abs. 7 VBLS) und einen kapitalgedeckten Bereich (Versorgungskonto II – § 66 Abs. 3 VBLS) zu unterteilen.

Nach § 61 Abs. 5 VBLS sind im Versorgungskonto I die Aufwendungen und Erträge sowie das Vermögen weiter in die Abrechnungsverbände West und Ost zu unterteilen.

Im Versorgungskonto II werden Ansprüche und Anwartschaften geführt, die auf Beiträgen (§ 66 VBLS) beziehungsweise Gegenwerten (§ 23 Abs. 5 VBLS) beruhen, welche aufgrund der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Satzung neuer Fassung geleistet werden. Da die Gegenwerte bereits Verlustrücklagen und Verwaltungskosten enthalten, diese im

beitragsbezogenen Bereich jedoch erst aus den jährlichen Überschüssen aufgebaut werden müssen, ist das Versorgungskonto II in eine beitragsbezogene beziehungsweise gegenwertsbezogene Kapitaldeckung zu unterteilen.

Auf die freiwillige Versicherung finden ab dem Geschäftsjahr 2005 die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung.

Die Erläuterungen des Anhangs beziehen sich grundsätzlich auf den konsolidierten Abschluss. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt.

Berichterstattung

Um bei der Berichterstattung Klarheit und Übersichtlichkeit zu wahren und zugleich den in der Satzung geltenden Forderungen gerecht zu werden, wird jede Position der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Segmentberichterstattung in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) in die vorstehend genannten Bereiche untergliedert.

Die Verwaltungskosten werden getrennt nach Personal- und Sachausgaben in Anlehnung an die für die Bundesverwaltung geltenden Grundsätze im Verwaltungskostenhaushalt geführt. Haushaltsvoranschlag, Nachtragshaushalte und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder.

Verwaltungskosten

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Seit dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 wird das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften angewandt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben. Als Nutzungsdauer werden in der Regel fünf Jahre zugrunde gelegt.

Grundstücke und Gebäude werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten – vermindert um die planmäßigen nutzungsbedingten Abschreibungen – angesetzt. Die Abschreibungen werden bei Mietwohnobjekten linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, bei (teil-) gewerblich genutzten Anwesen über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren und bei Garagen über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gem. § 341b HGB wie Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zum Börsenkurswert am Bilanzstichtag, höchstens jedoch zu den ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet. Zum 31.12.2011 waren keine Investmentanteile dem Anlagevermögen zugeordnet.

Namensschuldverschreibungen werden nach § 341c HGB zu Nennwerten angesetzt. Agien bzw. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und anteilig über die Restlaufzeit aufgelöst.

Zero-Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Bei Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wurde die Bilanzierungs- und Bewertungsmethode aufgrund des § 341c Abs. 3 HGB geändert. Demnach dürfen Schuldscheindarlehen nicht mehr wie bisher mit ihrem Nominalbetrag angesetzt werden und etwaige Agien oder Disagien als Rechnungsabgrenzungsposten linear abgegrenzt werden. Stattdessen hat die Bewertung gemäß § 341 c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen, etwaige Disagio- und Agiobeträge sind unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit zu amortisieren. Nähere Ausführungen zur Umstellung sind im Anhang unter der Position „Sonstige Ausleihungen“ dargestellt.

Zero-Schuldscheinforderungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern werden mit ihren Zeitwerten bilanziert.

Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert, zweifelhafte Forderungen angemessen wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten nach Abzug planmäßiger Abschreibungen. Als Nutzungsdauer werden fünf Jahre zugrunde gelegt. Geringwertige Wirtschaftsgüter (GwG) mit einem Anschaffungswert bis 150,00 Euro werden im Jahr des Zugangs sofort voll abgeschrieben. Für GwG mit einem Anschaffungswert von über 150,00 Euro bis 1.000,00 Euro wird ein entsprechender Sammelposten gebildet. Die Abschreibung erfolgt jeweils zu einem Fünftel im Anschaffungsjahr und in den darauffolgenden vier Wirtschaftsjahren.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit ihren Nennwerten ausgewiesen.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden noch nicht fällige Zinsforderungen aus Inhaberwertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Zins-Swapgeschäften ausgewiesen. Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen werden in Abhängigkeit der jeweiligen Restforderungen auf die Laufzeit verteilt. Des Weiteren werden im Voraus gezahlte Verwaltungskosten abgegrenzt, soweit sie Aufwand für die Folgejahre darstellen.

Verlustrücklagen sind gemäß den Vorschriften der Satzung und der Technischen Geschäftspläne für alle kapitalgedeckten Bereiche zu bilden. Die Ermittlung der Verlustrücklagen zu den Stichtagen erfolgt durch Gutachten der Aktuarien, entsprechend den Satzungsvorschriften und den von der Aufsicht genehmigten Technischen Geschäftsplänen.

Aus den von den Aktuarien für die kapitalgedeckten Bereiche ermittelten Rohüberschüssen werden zunächst entsprechend den versicherungsmathematischen Gutachten die Verlustrücklagen dotiert. Verbleibende Jahresüberschüsse werden in den Bilanzgewinn eingestellt und entsprechend den durch die Gremien im Folgejahr getroffenen Beschlüssen verwendet.

Die Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I entsprechen den Vermögen, die zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen in Abrechnungsverbänden West und Ost zur Verfügung stehen. Sie werden durch Zuführung bzw. Entnahme der Jahresergebnisse im jeweiligen Abrechnungsverband verändert. Der Wert dieser Rückstellungen darf die erforderliche Kapitaldeckung für Ansprüche und Anwartschaften aus den bis 31. Dezember 1977 geleisteten Beiträgen nicht unterschreiten.

Deckungsrückstellungen – einschließlich eines Barwerts für Verwaltungskosten während der Leistungsphase – sind für das kapitalgedeckte „Versorgungskonto II“ der Pflichtversicherung sowie für die freiwillige Versicherung zu bilden. Die Höhe der jeweiligen Deckungsrückstellung ergibt sich aus den von den Aktuarien zu den Stichtagen erstellten versicherungsmathematischen Gutachten.

Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen nach § 23 Abs. 2 VBLS aus beendeten Beteiligungen im umlagefinanzierten Versorgungskonto I (Gegenwerte) sowie Rückstellungen für anteilige Leistungsverpflichtungen nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS werden anhand versicherungsmathematischer Gutachten gebildet.

Rückstellungen für Leistungen aus übergeleiteten Versicherungen werden gemäß § 2b des Überleitungsabkommens gebildet. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Rentenrestlaufzeit von fünfzehn Jahren bzw. nach versicherungsmathematischen Vorgaben fortgeschrieben.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme bilanziert.

Für zurückzuzahlende Guthaben aus der jährlichen Umlagenabrechnung wird eine Rückstellung in Höhe von 50 Prozent des ermittelten Guthabebetrages bilanziert.

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung wird jährlich, gemäß Beschluss des Verwaltungsrats, aus dem Bilanzgewinn dotiert und steht für Leistungserhöhungen zur Verfügung.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Januar 2012 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,14 Prozent. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 Prozent und Rentensteigerungen von jährlich 2,5 Prozent zugrunde gelegt.

Für die Verpflichtung, Pensionären in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen Beihilfen zu gewähren, wurde eine Rückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte als prozentualer Aufschlag auf die zurückgestellten Pensionsverpflichtungen.

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 4,09 Prozent p.a. und auf der Basis der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden für zum Bilanzstichtag bereits abgeschlossene und zukünftige potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft.

Sonstige Rückstellungen für Prozesskosten, rückständigen Urlaub, Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden noch nicht fällige Zinsverbindlichkeiten, Disagioträge aus Namensschuldverschreibungen sowie im Voraus erhaltene Mietzahlungen abgegrenzt, soweit sie Ertrag für die Folgejahre darstellen.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten A. I.–B. III. zum 31. Dezember 2011	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.203	490	–	–	–	1.404	2.289
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	527.560	7.738	–	–	–	17.578	517.720
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	–	–	–	–	–	69
2. Beteiligungen	58.626	–	–	–	–	22.644	35.982
Summe B. II.	58.695	–	–	–	–	22.644	36.051
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile	7.605.499	6.656.302	–	4.840.714	518	120.967	9.300.638
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	181.141	16.950	–	–	1.620	2.384	197.326
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	70.216	–	–	25.205	–	–	45.011
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	1.632.027	33.927	–	34.273	–	–	1.631.681
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.130.818	25.265	–	137.542	–	–	2.018.541
Summe B. III.	11.619.701	6.732.443	–	5.037.734	2.138	123.351	13.193.198
Insgesamt	12.209.159	6.740.672	–	5.037.734	2.138	164.976	13.749.258

Davon freiwillige Versicherung.

Anlagengitter Entwicklung
der Aktivposten A. I.–B. III.
zum 31. Dezember 2011

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-	-	-	-	-
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	-	-	-	-	-	-	-
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile	372.016	578.666	-	351.981	-	6.232	592.496
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	4.582	-	-	-	33	4.549
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-	-	-	-	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	161.762	8.560	-	-	-	-	170.322
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	30.893	1.651	-	-	-	-	32.544
Summe B. III.	564.671	593.458	-	351.981	-	6.265	799.883
Insgesamt	564.671	593.458	-	351.981	-	6.265	799.883

Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß §§ 54 bis 56 RechVersV.

Die Zeitwerte von Grundstücken sowie grundstücksgleichen Rechten und Bauten entsprechen den Marktwerten zum Zeitpunkt der Bewertung. Die jüngste Bewertung erfolgte per 31. Dezember 2011 nach einem pauschalisierten Verfahren auf Grundlage der Immobilien-Wertermittlungsverordnung (ImmoWertV) im Wesentlichen nach dem Ertragswertverfahren. Für im Bau befindliche Gebäude werden keine Marktwerte bestimmt, sondern die Anschaffungs- und Herstellungskosten berücksichtigt.

Die Zeitwerte von Anteilen an verbundenen Unternehmen entsprechen den Anschaffungskosten. Die Zeitwerte der Beteiligungen werden zum Bilanzstichtag auf Basis des Börsenkurses der Aareal Bank inklusive eines 10 prozentigen Abschlags ermittelt. Die Zeitwerte der Investmentanteile werden mit dem von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt. Die Zeitwertermittlung für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgt anhand des Börsenwertes zum Bilanzstichtag. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sind mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Strukturierte Zinsprodukte sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden nach anerkannten Bewertungsmodellen wie Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White bewertet.

Zeitwerte (Aktiva B. I., II., III.)	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.379.162	517.720	861.442	k. A.	527.560	k. A.
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	69	0	69	69	0
2. Beteiligungen	35.982	35.982	0	58.626	58.626	0
B. III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	13.043.214	9.300.638	3.742.576	11.430.024	7.605.500	3.824.524
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	207.421	197.327	10.095	185.076	181.141	3.935
3. Hypotheken-, Grundschuld und Rentenschuldforderungen	45.011	45.011	0	70.216	70.216	0
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	1.915.782	1.631.681	284.101	1.808.565	1.632.027	176.538
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.192.427	2.018.541	173.886	2.265.648	2.130.818	134.830
Insgesamt	18.819.068	13.746.969	5.072.099	k. A.	12.205.957	k. A.

Davon freiwillige Versicherung	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
B. III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	782.437	592.469	189.968	569.187	372.016	197.172
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.681	4.548	132	0	0	0
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	180.675	170.322	10.353	156.921	161.762	-4.841
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	33.162	32.544	619	29.230	30.893	-1.663
Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen	1.000.955	799.883	201.072	755.338	564.671	190.667

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 767.704 Tsd. € (Vorjahr: 534.437 Tsd. €).

Bewertungsreserven der zum Anschaffungswert bzw. zum Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen:

Sonstige Ausleihungen	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	323.566	218.948	39.465	42.411	+284.101	+176.538
Schuldscheinforderungen und Darlehen	218.863	179.984	44.977	45.154	+173.886	+134.830

Davon freiwillige Versicherung	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	12.535	1.675	2.181	6.516	10.354	-4.841
Schuldscheinforderungen und Darlehen	777	0	158	1.663	619	-1.663

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten C. zum 31. Dezember 2011	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern							
1. Aktienfonds	14.437	2.239	–	1.017	–	958	14.701
2. Rentenfonds	3.799	1.512	–	22	214	–	5.503
Insgesamt	18.236	3.571	–	1.039	214	958	20.204

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um käuflich erworbene Software-Produkte für die im Hause eingesetzte Informationstechnologie. Im Berichtsjahr wurden Programmergänzungen und zusätzliche Lizenzen im Rahmen der informationstechnischen Neuausrichtung beschafft.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Von dem Zugang in Höhe von 7.738 Tsd. Euro entfallen 1.105 Tsd. Euro auf Wohn- und andere Bauten und 6.474 Tsd. Euro auf unfertige Bauten; 159 Tsd. Euro entfallen auf die Verwaltungsgebäude. Bei den Geschäftsbauten handelt es sich um eigengenutzte Verwaltungsgebäude der VBL.

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Geschäftsbauten	9.204	9.501
Wohn- und andere Bauten	495.373	511.356
Unfertige Bauten	13.143	6.703
	517.720	527.560

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen umfassen Beteiligungen an den Servicegesellschaften KaServ GmbH, ppp4its GmbH sowie IT-Additional-Services GmbH. Der Ansatz erfolgte jeweils mit den Anschaffungskosten der Gesellschaftsanteile.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts wurde nach § 290 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Anteilsverzeichnis Firma	Anteil %	Eigenkapital 31.12.2011	Jahresergebnis 2011
		Tsd. €	Tsd. €
KaServ GmbH, Karlsruhe	100	960	+816
IT-Additional-Services GmbH, Karlsruhe	100	231	+123
ppp4its GmbH, Karlsruhe	75	58	-4

Beteiligungen

Die Beteiligungen umfassen eine Beteiligung an der DEPFA Beteiligungs-Holding II GmbH sowie einer Beteiligung an der DEPFA-Beteiligungs-Holding III GmbH. Über beide Beteiligungen ist die VBL über weitere Holding-Gesellschaften mittelbar an der Aareal-Bank AG beteiligt. Die Bewertung zum 31.12.2011 führte zu einer Abschreibung von 22,6 Mio Euro.

Aktien befanden sich zum Bilanzstichtag nicht im Direktbestand. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um Anteile an Publikums- sowie um Anteile an Spezialfonds in Form von Immobilienfonds (Grundstücksfonds) und Wertpapierfonds. Der Buchwert der Investmentanteile beläuft sich auf 9.300.638,3 Tsd. Euro. Die gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften vorzunehmende Bewertung der Investmentanteile mit dem niedrigeren Marktwert am Stichtag führte zu Abschreibungen von 120.966,6 Tsd. Euro.

Aktien, Investmentanteile

Die Investitionen untergliedern sich nach folgenden Anlagezielen:

Fondskategorie und Anlageschwerpunkt	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Mio. €	Ausschüt- tungen Mio. €
A Grundstücksfonds				
Immobilienfonds Das Investment besteht im Wesentlichen aus Grundstücken und Gebäuden.	206	207	+1	19
B Wertpapierfonds				
Aktienfonds Das Anlageuniversum der Aktienfondsanlagen orientiert sich an den etablierten Aktienmärkten. Die Fonds profitieren damit von internationalen Renditechancen, mindert jedoch gleichzeitig das Anlagerisiko durch eine breite internationale Streuung.	863	1.060	+197	50
Rentenfonds Im Rahmen der Rentenfondsanlagen investieren die Fondsmanager in Anlehnung an international ausgerichtete Rentenindizes. Die Anlage erfolgt somit vorzugsweise in festverzinsliche Zinsträger guter bis sehr guter Bonität.	2.022	2.513	+491	170
Mischfonds Die Mischfondsanlagen der VBL dienen, ausgehend vom Rentenbestand in der Direktanlage, der Diversifikation in andere Asset-Klassen. Diese sind als Absolute-Return-Produkte ausgestaltet und haben für den Manager das Ziel, eine vereinbarte Benchmark unter Einhaltung von Risikovorgaben zu übertreffen.	6.200	9.253	+3.053	217
Hedgefonds Die als diversifizierte Dach-Hedgefonds ausgestalteten Hedgefonds-Investitionen der VBL dienen vorrangig dem Zugang zu zukünftigen Investmentopportunitäten.	10	10	0	-

Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe:

Bei den Immobilienfonds unterliegt ein Investment mit einem Marktwert von 94 Mio. Euro einer Rückzahlungsbeschränkung von bis zu 2 Jahren nach Kündigung.

Ein weiterer Immobilienfonds mit Marktwert von 40 Mio. Euro unterliegt einer Rückgabefrist von 30 Tagen.

Die Hedgefondsanteile unterliegen einer beschränkten Rückgabemöglichkeit von maximal 30 Tagen nach vorheriger Anzeige.

Bei allen übrigen Investmentanteilen besteht die Möglichkeit einer täglichen Rückgabe.

Der Buchwert der Investmentanteile in der freiwilligen Versicherung beträgt 592.469,0 Tsd. Euro; der anteilige Abschreibungsbedarf betrug 6.232,0 Tsd. Euro.

Untergliederung nach Anlagezielen – freiwillige Versicherung:

Fondskategorie und Anlageschwerpunkt	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Mio. €	Ausschüt- tungen Mio. €
Immobilienfonds	10	11	+1	2
Aktienfonds	7	7	0	-
Rentenfonds	187	203	+16	12
Mischfonds	388	562	+174	40

Die Anlageschwerpunkte in der freiwilligen Versicherung entsprechen den Beschreibungen zum Gesamtbestand der Investmentanteile.

Die Rückgabefrist der Immobilienfondsanteile beträgt 30 Tage. Bei allen übrigen Investmentanteilen besteht die Möglichkeit einer täglichen Rückgabe.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften vorzunehmende Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere mit dem niedrigeren Marktwert am Stichtag ergab einen Buchwert von 197.326 Tsd. Euro. Die Bewertung führte zu Abschreibungen in Höhe von 2,4 Mio. Euro sowie zu Zuschreibungen in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Der Nominalwert der Wertpapiere lautet auf 192.800 Tsd. Euro.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Zur Finanzierung von Wohngebäuden und sozialen Einrichtungen wurden an Beteiligte der VBL sowie an Versicherte erstrangige, durch Grundpfandrechte abgesicherte Darlehen vergeben. Die Darlehen an Versicherte werden treuhänderisch von der Postbank AG verwaltet. Die Buchwerte entsprechen den fortgeschriebenen Restforderungen.

Sonstige Ausleihungen

Namenschuldverschreibungen wurden zu Nennwerten bilanziert. Agien bzw. Disagien werden in Höhe von 52,2 Tsd. Euro bzw. 3.277,2 Tsd. Euro unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Bilanzierung und Bewertung von Schuldscheinforderungen wurden laut § 341c Abs. 3 HGB im Berichtsjahr geändert. Durch die Umstellung von der Nennwertbilanzierung zur Bilanzierung der Anschaffungskosten zum 1. Januar 2011 wurden aktive Abgrenzungsbeträge aus Agien in Höhe von 1.106.788,48 Euro und passive Abgrenzungsbeträge in Höhe von 426.245,36 Euro aus Disagien in die Anlagebestände umgebucht. Sie werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode amortisiert.

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	1.631.681	1.632.027
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.018.541	2.130.818
	3.650.222	3.762.845

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	170.322	161.762
Schuldscheinforderungen und Darlehen	32.544	30.893
	202.866	192.655

Der Ausweis umfasst Kapitalanlagen der Versicherten der freiwilligen fondsgebundenen Rentenversicherung. Im Bestand befinden sich 110.059,779 Anteile an Aktienfonds in Höhe von 14.700,7 Tsd. Euro und 39.357,966 Anteile an Rentenfonds in Höhe von 5.504,2 Tsd. Euro. Die Bewertung erfolgte jeweils zum Zeitwert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Umlageforderungen aus der Pflichtversicherung	41.598	40.695
Forderungen aufgrund von Überleitungen	54	96
Forderungen aufgrund von Gegenwerten	578.707	513.471
Forderungen nach § 2b des Überleitungsabkommens	-	-
Rentenzahlungsvorschüsse	330.831	324.233
Sonstige Forderungen	72	1.054
	951.263	879.549

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Sonstige Forderungen	6	-
	6	-

Wegen Insolvenz wurden uneinbringliche Forderungen aus Gegenwerten in Höhe von 9,9 Mio. Euro wertberichtigt, gleichzeitig wurden Wertberichtigungen aus Vorjahren in Höhe von 11,3 Mio. Euro ausgebucht.

Die Forderungen aus Rentenvorschüssen betreffen die für den Monat Januar 2012 gezahlten Leistungen.

Die Laufzeiten der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft liegen durchweg unter einem Jahr.

Sonstige Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Erstattung Kapitalertragsteuer	232	232
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	5.357	7.203
Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	1.743	2.244
Fällige Mietforderungen	4.038	2.429
Personaldarlehen für Wohnraumbeschaffung	23	47
Personalvorschüsse	131	152
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	441	519
Verschiedenes	9.245	11.122
	21.210	23.948

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	2	2
Verschiedenes	29	-
	31	2

Erstattungsansprüche für Kapitalertragsteuer resultieren aus den Ansprüchen ausländischer Quellensteuer-Rückerstattungen.

Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken resultieren aus endfälligen Darlehensforderungen sowie aus Zinsforderungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Rückständige Mietforderungen in Höhe von 4.952,6 Tsd. Euro wurden um 816,0 Tsd. Euro pauschal wertberichtigt.

Bei den Personaldarlehen handelt es sich um Grundschnuldforderungen mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent; die vereinbarten Laufzeiten betragen durchschnittlich 25 Jahre.

Die Personalvorschüsse enthalten vorfinanzierte Job-Tickets, die im Folgejahr ratierlich einbehalten werden sowie im Voraus bezahlte Bezüge.

Die Erstattungsansprüche aus Versicherungen beinhalten Forderungen noch nicht abgerechneter Gebäudeschäden an vermieteten Immobilien.

Die Position Verschiedenes enthält im Wesentlichen Forderungen noch nicht ausgekehrter Tilgungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Die Laufzeiten der übrigen sonstigen Forderungen betragen durchweg weniger als 1 Jahr.

Der Ausweis umfasst die beweglichen Vermögens- und Einrichtungsgegenstände des Verwaltungsbetriebs und der Mietimmobilien. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Außerdem enthält die Position den in den vermieteten Objekten vorhandenen Bestand an Heizöl. Die Bewertung erfolgt zum Niederstwertprinzip.

Sachanlagen und Vorräte

Laufende Guthaben
bei Kreditinstituten

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	253.754	211.628
Geldmarktkonten	2.728.372	3.017.863
	2.982.126	3.229.491

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	5.888	5.155
Geldmarktkonten	287.946	304.470
	293.834	309.625

Die Position enthält kurzfristige Gelder in Höhe von 2.728,4 Tsd. Euro, die auf höherverzinslichen Geldmarktkonten mit täglicher Fälligkeit angelegt wurden.

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	74.608	72.997
Noch nicht durchgeführte Betriebskostenabrechnungen aus dem Grundstücksbereich	960	944
	75.568	73.941

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	397	271
	397	271

Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, Zinsswaps, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden anteilig abgegrenzt.

Sonstige
Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich im Wesentlichen um mit Aufschlägen angeschaffte Namensschuldverschreibungen.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).

In den kapitalgedeckten Bereichen des Versorgungskontos II und der freiwilligen Versicherung sind gemäß VBL-Satzung zur Deckung von Fehlbeträgen Verlustrücklagen in Höhe von 10 Prozent der Deckungsrückstellung zu bilden. Die Rücklagen werden durch Beschluss der Vertretungsorgane auf der Grundlage von Gutachten und Vorschlägen der Aktuarien aus den jährlichen Überschüssen dotiert. Im Versorgungskonto II wird die Verlustrücklage außerdem im Rahmen der Berechnung von Gegenwertforderungen bei Ausscheiden von Beteiligten aus der VBL erhöht.

Rücklagen – Verlustrücklage

Entwicklung der Verlustrücklage	VBLextra	VBLdynamik	Freiwillige Versicherung Gesamt	Abrechnungsverband Gegenwerte	Abrechnungsverband Beitrag	Versorgungskonto II Summe	VBL Gesamt
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Stand 31.12.2010	55.086	3.421	58.506	258.280	76.979	335.259	393.766
Entnahmen 2011				6.258		6.258	6.258
Zuführungen 2011	16.903	791	17.694	9.851	21.634	31.485	49.178
Stand 31.12.2011	71.988	4.212	76.200	261.873	98.613	360.487	436.686

Der Bilanzgewinn des Jahres 2010 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurde gemäß Verwaltungsratsbeschluss vom 30. November 2011 wie folgt verwendet:

Rücklagen – Bilanzgewinn

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde der Bilanzverlust in Höhe von 6.257,7 Tsd. Euro vollständig durch eine Entnahme aus der Verlustrücklage in derselben Höhe ausgeglichen.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbands Beitrag wurde in Höhe von 1.400 Tsd. Euro der Rückstellung für Überschussbeteiligung und in Höhe von 10.621,2 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbandes **VBLextra** der freiwilligen Versicherung wurde in Höhe von 9.811,6 Tsd. Euro in die Verlustrücklage und in Höhe von 2.000,0 Tsd. Euro in die Rückstellung für Überschussbeteiligung eingestellt.

Im Abrechnungsverband **VBLdynamik** der freiwilligen Versicherung wurde der Bilanzgewinn in Höhe von 581,5 Tsd. Euro der Rückstellung für Überschussbeteiligung und in Höhe von 59,2 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt.

Aus den Jahresergebnissen 2011 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurden im Abrechnungsverband Beitrag 9.243,0 Tsd. Euro und in der freiwilligen Versicherung **VBL**extra 7.019,2 Tsd. Euro bzw. **VBL**dynamik 806,2 Tsd. Euro dem Bilanzgewinn zugeführt.

Aufgrund der zusätzlichen Stärkung der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband Gegenwerte ergab sich hier ein Bilanzverlust in Höhe von 13.955,7 Tsd. Euro.

Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I

Die Rückstellung im umlagefinanzierten Bereich der Pflichtversicherung (Versorgungskonto I) ergibt sich aus der Differenz zwischen tatsächlich vorhandenen Vermögenswerten und den übrigen nicht auf künftigen Rentenleistungen beruhenden Verbindlichkeiten. Die Rückstellung muss gemäß § 61 Abs. 2 VBLS mindestens dem Deckungskapital für Ansprüche und Anwartschaften entsprechen, soweit diese auf den bis Dezember 1977 geleisteten Beiträgen beruhen.

Die Jahresergebnisse der Abrechnungsverbände West und Ost erhöhten die Rückstellungen für Pflichtleistungen im Abrechnungsverband West um 318,7 Mio. Euro und im Abrechnungsverband Ost um 111,6 Mio. Euro auf 7.978,4 Mio. Euro bzw. 2.164,0 Mio. Euro.

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Stand am Ende des Vorjahres	9.712.191	9.131.923
Rückführung aus / Übertrag auf Versorgungskonto II	-1.092	2.687
Zuweisung aus dem Überschuss	431.333	577.581
Stand am Ende des Geschäftsjahres	10.142.432	9.712.191

Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr war die Deckungsrückstellung im Versorgungskonto II Abrechnungsverband Gegenwerte unter Berücksichtigung von unterjährig in Rechnung gestellter Gegenwertforderungen gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31. Dezember 2011 um 127,0 Mio. Euro auf 2.562,7 Mio. Euro zu erhöhen. Im Abrechnungsverband Beitrag erfolgte gemäß versicherungstechnischer Bilanz eine Erhöhung um 577,9 Tsd. Euro auf 2.232,9 Mio. Euro.

Im Versicherungsbereich **VBL**extra erhöhte sich die Deckungsrückstellung um 200,6 Mio. Euro auf 954,1 Mio. Euro und im Bereich **VBL**dynamik um 7,4 Mio. Euro auf 42,4 Mio. Euro.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden Gegenwerte und Beitrag der Pflichtversicherung sowie für die Versicherungsbereiche der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL**dynamik und des Punktemodells **VBL**extra der freiwilligen Versicherung werden auf der Grundlage der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Technischen Geschäftspläne getrennt und für alle Versicherten und Rentner individuell berechnet. Innerhalb jedes Versicherungsbereiches der freiwilligen Versicherung wird wiederum für den Tarif AVB01 und für den ab 1. Januar 2004 eingeführten Tarif AVB02 getrennt gerechnet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden grundsätzlich die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck mit einem Pensionierungsalter von 65 Jahren verwendet.

Eine im Jahr 2009 durchgeführte Analyse der biometrischen Risikoverhältnisse hat gezeigt, dass die geschäftsplanmäßigen biometrischen Rechnungsgrundlagen „Richttafeln 1998“ die tatsächlichen Risikoverhältnisse bei der VBL nicht mehr zutreffend abbilden. Infolgedessen sind im Jahr 2010 die VBL-spezifischen biometrischen Rechnungsgrundlagen „VBL2010 P“ entwickelt worden. Werden diese bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen verwendet, ergibt sich gegenüber der Ermittlung auf Basis der „Richttafeln 1998“ jeweils ein Aufstockungsbedarf.

Im Rahmen eines schrittweisen Übergangs auf die VBL-spezifischen biometrischen Rechnungsgrundlagen „VBL2010 P“ wurde wie in 2010 im Jahresabschluss 2011 eine Stärkung der Deckungsrückstellung der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände Gegenwerte und Beiträge sowie der freiwilligen Versicherung um ein weiteres Drittel des jeweiligen Aufstockungsbedarfs vorgenommen. Im Abrechnungsverband **VBL**extra wurde die Deckungsrückstellung darüber hinaus zur Stärkung der Rechnungsgrundlage Zins um zusätzliche 2,3 Mio. Euro erhöht (kumuliert 9,8 Mio. Euro). Zudem beinhaltet die Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband **VBL**extra eine Rückstellung für zukünftige Eintrittsverluste in Höhe von 4,2 Mio. Euro. Diese Rückstellung wird gebildet, um der biometrischen Entwicklung Rechnung zu tragen, die bei nach bisherigen Rechnungsgrundlagen eingehenden Beiträgen zu Verlusten führen könnte.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte des Versorgungskontos II wird bei der Berechnung der Netto-Deckungsrückstellung als Rechnungszins zur Ermittlung der Renten- und Anwartschaftsbarwerte während der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und während des Rentenbezuges 5,25 Prozent zugrunde gelegt. Als künftige jährliche Erhöhung der

Betriebsrenten wird der Anpassungssatz nach § 39 VBLs berücksichtigt. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 2,2 Prozent der Netto-Deckungsrückstellung.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Beitrag wird der Rechnungszins bei der Ermittlung der Netto-Deckungsrückstellung in Höhe von 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalles angesetzt. Die in § 39 VBLs vorgesehene jährliche Anpassung der laufenden Renten ist implizit bei der Festsetzung des Rechnungszinses für die Zeit nach Eintritt des Versorgungsfalles bereits berücksichtigt worden. Demzufolge ergibt sich ab Eintritt des Versorgungsfalles eine erforderliche Verzinsung von rund 6,3 Prozent jährlich. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 1 Prozent der Netto-Deckungsrückstellung.

Die Deckungsrückstellung für die Altersvorsorgezulagen im Abrechnungsverband Beitrag wird zu den Bedingungen des Tarifs AVB02 der **VBL**extra berechnet.

Im Versicherungsbereich **VBL**extra der freiwilligen Versicherung wird im Tarif AVB01 und im Tarif AVB02 die Berechnung der Deckungsrückstellung für alle Versicherten und für alle Rentner einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung der zukünftigen Verwaltungskosten durchgeführt. Als Netto-Deckungsrückstellung gilt im Tarif AVB01 der größere der nach den folgenden zwei Ansätzen sich ergebende Wert:

Ansatz A: Der Rechnungszins beträgt 3,25 Prozent für die gesamte Dauer der Versicherung. Die Dynamisierung der laufenden Renten ab Rentenbeginn um 1 Prozent pro Jahr wird berücksichtigt. Einbezogen werden die garantierten Leistungen von 75 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen.

Ansatz B: Der Rechnungszins beträgt 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalles. Bewertet werden 100 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen. Künftige Erhöhungen der laufenden Renten bleiben dabei unberücksichtigt. Im Tarif AVB02 beträgt der Rechnungszins für die Zeit vor und für die Zeit nach Eintritt des Versorgungsfalles 2,75 Prozent.

Zur Deckung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind in beiden Tarifen 2 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 1 Prozent der Deckungsrückstellung für Renten und Anwartschaften der Anwärter. Im Versicherungsbereich der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL** dynamik erfolgt die Ermittlung der Garantie-Deckungsrückstellung einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus den eingezahlten Beiträgen. Für den Tarif AVB01 wird die Berechnung der Garantie-Deckungsrückstellung mit einem Rechnungszins von 3,25 Prozent durchgeführt, für den Tarif AVB02 wird mit einem Rechnungszins von 2,75 Prozent gerechnet. Zur Deckung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind 3 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen. Die Verwaltungskostenrückstellung bis zum Rentenbeginn wird einzelvertraglich aus den eingezahlten Beiträgen berechnet.

Für Gegenwerte von bis zum 31. Dezember 2001 ausgeschiedenen Beteiligten, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt wurden, waren im Versorgungskonto I Rückstellungen zu bilden und fortzuschreiben.

Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge

Hatte eine andere Zusatzversorgungskasse Versicherte der VBL unter den Voraussetzungen des § 2b des Überleitungsabkommens übernommen, hatte die übernehmende Zusatzversorgungskasse einen Ausgleichsbetrag für die bei der VBL verbliebenen Rentenlasten zu entrichten. Diese Ausgleichsbeträge wurden im Versorgungskonto I als Rückstellung eingestellt und werden dort jährlich ergebniswirksam aufgelöst.

Nach § 22 Abs. 3 Satz 3 VBLS zur Abwendung einer Kündigung, nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS zu berechnende anteilige Gegenwerte sowie nicht vollständig einbringliche Gegenwerte sind im Versorgungskonto I in eine Rückstellung einzustellen und jährlich nach versicherungsmathematischer Fortschreibung aufzulösen.

Für am Bilanzstichtag unerledigte Leistungsanträge ist eine Rückstellung von durchschnittlich 6 Monatsrenten in Höhe von 30,2 Mio. Euro zu bilden. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 183,2 Tsd. Euro.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Rückstellung für Beitrags- erstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen

Für eventuell zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge ist eine Rückstellung in Höhe von 71,6 Mio. Euro zu bilden. Bemessungsgrundlage bildet der aufgrund der Jahresrechnung entstandene durchschnittliche Rückzahlungsbetrag der letzten fünf Jahre; die Rückstellung wurde mit 50 Prozent dieses Wertes angesetzt.

Für Beitragserstattungen ist eine weitere Rückstellung in Höhe von 1,3 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Anfang 2012 für das Vorjahr gezahlten Aufwendungen zu bilden.

Rückstellung für Überschussbeteiligung

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung dient der Verbesserung oder Erhöhung von Leistungen. Sie wird auf Vorschlag der Aktuare aus dem Bilanzgewinn dotiert. Über ihre Verwendung entscheiden Vorstand und Verwaltungsrat auf weiteren Vorschlag der Aktuare.

Entwicklung der Rück- stellung der Beitrags- rückerstattung	VBLextra	VBLdynamik	Freiwillige Versiche- rung Gesamt	Abrech- nungs- verband Gegenwerte	Abrech- nungs- verband Beitrag	Versor- gungs- konto II Summe	VBL Gesamt
	€	€	€	€	€	€	€
Bilanzwerte 31.12. 2010	13.333.896	417.802	13.751.698	45.654.275	5.657.188	51.311.463	65.063.161
Entnahmen 2011							
Erhöhung Deckungs- rückstellung durch Bonuspunkte	4.071.803	–	4.071.803	–	–	–	4.071.803
Auszahlungen für Gewinnzuschläge	1.226.952	10.601	1.237.553	–	46.652	46.652	1.284.205
Gutgeschriebene Überschussanteile	–	–	–	–	–	–	–
Summe Entnahmen 2011	5.298.755	10.601	5.309.356	–	46.652	46.652	5.356.008
Zuführungen 2011							
Aus Überschuss des Geschäftsjahres	–	–	–	–	–	–	–
Aus Bilanzgewinn Vorjahre	2.000.000	581.479	2.581.479	–	1.400.000	1.400.000	3.981.479
Summe Zuführungen 2011	2.000.000	581.479	2.581.479	–	1.400.000	1.400.000	3.981.479
Bilanzwerte 31.12. 2011	10.035.141	988.679	11.023.821	45.654.275	7.010.536	52.664.811	63.688.632
§ 28 VIII 2. a) RechVersV für Gewinnzuschläge bis zum 31.12.2013 gebunden	600.000	–	600.000	–	375.000	375.000	975.000
§ 28 VIII 2. a) RechVersV für noch nicht zugeteilte Bonus- punkte gebunden	–	401.719	401.719	–	–	–	401.719
§ 28 VIII 2. h) RechVersV ungebundener Teil RfB	9.435.141	586.960	10.022.102	45.654.275	6.635.536	52.289.811	62.311.913

Das zum 1. September 1994 vom Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein übernommene Vermögen zur Erfüllung der zugleich übernommenen Leistungsverpflichtungen wurde im ersten Quartal 2011 vollständig aufgezehrt. Die verauslagten Leistungen werden seitdem halbjährlich von der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein erstattet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Rentenversicherung in der freiwilligen Versicherung wird nach der retrospektiven Methode aus den Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden zum Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet.

Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern

Die Rückstellung wird gebildet für Pensionsanwartschaften von Vorstandsmitgliedern und von zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubten Beamten sowie für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die durch frühere Dienstverhältnisse von zur VBL beurlaubten Beamten begründet sind. Die Bewertung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung der Richttafeln 2005 G der Firma Heubeck AG. Als Einkommens- und Rententrend wurden 2,50 Prozent zugrunde gelegt. Die Abzinsung wurde mit dem von der Bundesbank veröffentlichten Marktzinssatz (5,14 Prozent) bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren vorgenommen. Die Bewertung zum 31. Dezember 2011 führte zu einer Verminderung der Rückstellung um 262,9 Tsd. Euro.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellung für die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an (zukünftige) Pensionäre belief sich im Berichtsjahr auf 616,8 Tsd. Euro. Die Berechnung wurde aus den an Versorgungsempfänger gezahlten Beihilfen im Verhältnis zu den Versorgungsbezügen abgeleitet.

Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellung für Prozesskosten war im Berichtsjahr zu erhöhen, während die Rückstellungen für rückständige Urlaubsverpflichtungen, Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen und Jubiläumsgewährungen sowie noch nicht verteilte Leistungszulagen jeweils zu niedrigeren Ansätzen führten oder auf Vorjahresniveau lagen.

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	3.538	3.491
Im Voraus erhaltene Umlage und Beiträge	73	283
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Versicherungsfällen ¹	9.481	223
	13.092	3.997

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2011	31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	438	132
	438	132

¹ Einschließlich 9.387 Tsd. Euro gegenüber Krankenkassen

Umlagen- und Sanierungsgeldguthaben aus der Jahresrechnung 2010 sind auf Anforderung der beteiligten Arbeitgeber in Höhe von 3,1 Mio. Euro zurückzuzahlen. Im Bereich der freiwilligen Versicherung bestehen Verbindlichkeiten aus überzahlten Beiträgen in Höhe von 438,3 Tsd. Euro.

Für das Abrechnungsjahr 2012 im Voraus erhaltene Umlagenzahlungen waren mit 72,7 Tsd. Euro abzugrenzen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zur Finanzierung von Finanzanlagen wurden Repo-Kredite in Höhe von 102.186 Tsd. Euro aufgenommen. Daraus resultierende Zinsverbindlichkeiten wurden mit 7.431 Tsd. Euro abgegrenzt. Die Rückzahlung erfolgt aus satzungsmäßigen Beitragszahlungen.

Zusammensetzung	31.12.2011	31.12.2010	Sonstige Verbindlichkeiten
	Tsd. €	Tsd. €	
Langfristige Baudarlehen	36	39	
Aufwendungsdarlehen	682	864	
Mieterkautionen und -darlehen	14	14	
Bebauung von Grundstücken	154	62	
Instandhaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundstücken	2.560	4.166	
Nebenkostenvorauszahlungen aus Vermietungen	1.375	1.343	
Sicherheiten für Gewährleistungen	89	123	
Im Voraus erhaltene Zins- und Tilgungsleistungen	195	298	
Verbindlichkeiten aus der freiwilligen Versicherung	1.781	877	
Verschiedenes	11.195	53.670	
	18.080	61.456	
Davon freiwillige Versicherung			
	Tsd. €	Tsd. €	
Verbindlichkeiten für nicht zuordenbare Beitrags- und Zulagezahlungen	1.781	877	
	1.781	877	

Bei den langfristigen Baudarlehen handelt es sich um zinsverbilligte öffentliche Mittel, die im Rahmen von Grundstücksankäufen übernommen wurden.

Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms wurde der VBL außerdem ein Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes in Höhe von ursprünglich 2.935 Tsd. Euro gewährt; der derzeitige Stand der Verbindlichkeit beträgt 681,5 Tsd. Euro.

Die Position „Verschiedenes“ enthält Verbindlichkeiten aus der erhaltenen Anzahlung eines Immobilienverkaufs in Höhe von 4.000 Tsd. Euro. Des Weiteren bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 776 Tsd. Euro aus im Voraus bezahlten Ausgleichsbeträgen und Teil-Gegenwerten sowie Verbindlichkeiten aufgrund kreditorischer Debitoren in Höhe von 73,1 Tsd. Euro.

Steuern in Höhe von 357 Tsd. Euro (Vorjahr 350 Tsd. Euro) sowie Verbindlichkeiten für Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 5.913 Tsd. Euro (Vorjahr 5.238 Tsd. Euro) wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Die grundpfandrechtl. abgesicherten Verbindlichkeiten belaufen sich insgesamt auf 717 Tsd. Euro (Vorjahr 903 Tsd. Euro).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 65,5 Tsd. Euro (Vorjahr 80,8 Tsd. Euro); sie wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Die in der freiwilligen Versicherung ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten betragen 1.780,5 Tsd. Euro. Es handelt sich um Beitragszahlungen die wegen fehlender oder unvollständiger Vertragsangaben am Bilanzstichtag keinem Vertrag zuzuordnen waren.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten- spiegel 2011	Gesamt- betrag	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahren	Restlaufzeit über 5 Jahre
	€	€	€	€
E.I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	13.092.150,14	13.092.150,14	-	-
E.II. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	109.616.928,62	109.616.928,62	-	-
E.III. Sonstige Verbindlichkeiten - langfristige Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen - Übrige sonstige Verbind- lichkeiten	717.444,66	197.034,90	500.698,65	19.711,11
	17.362.075,67	17.362.075,67	-	-
	18.079.520,33	17.559.110,57	500.698,65	19.711,11
Insgesamt	140.788.599,09	140.268.189,33	500.698,65	19.711,11

Rechnungsabgrenzungsposten

Zinsverbindlichkeiten aus noch nicht fälligen Zinsswaps wurden in Höhe von 23.630 Tsd. Euro abgegrenzt.

Disagien aus Namensschuldverschreibungen betragen zum Bilanzstichtag 3.277 Tsd. Euro. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beläuft sich auf 372 Tsd. Euro.

Die im Voraus erhaltenen Mieten betragen 1.034 Tsd. Euro.

Sonstige Erläuterungen zur Bilanz.

Zur Sicherung von bilanziellen Grundgeschäften (Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen) wurden Zinsswaps eingesetzt.

Sonstige Angaben

Den Umfang und die Zusammenstellung zeigt folgende Übersicht:

Derivative Finanzinstrumente in Tsd. Euro.

VBL Gesamt	Anzahl		Nominalwert		Buchwert				Marktwert				Bilanz- position	
	2011	2010	2011	2010	Aktiva		Passiva		positiv		negativ			
					2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010		
Zinsbezogene Geschäfte														Aktiva: F. I. Passiva: F.
Receiver- und Payer-Swaps	59	56	2.349.300	2.278.800	28.216	26.102	23.629	22.514	151.909	118.335	-100.300	-49.694		
davon freiwillige Versicherung														
Zinsbezogene Geschäfte														Aktiva: F. I. Passiva: F.
Receiver- und Payer-Swaps	4	3	8.000	6.000	197	168	24	14	688	566	0	0		

Der Bewertung liegen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White) zugrunde. Nennenswerte Einflussgrößen der Bewertungsmodelle sind unter anderem Zinssätze, Swaprates, Swaptions, implizite Volatilitäten, Wechselkurse, Rohstoffpreise (Quelle: Bloomberg).

Bewertungseinheiten

Die VBL ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Zinsrisiken ausgesetzt. Deren Absicherung erfolgt durch den Einsatz von OTC-Zinsswaps. Ihr Einsatz erfolgt nach einheitlichen Richtlinien, unterliegt strengen internen Kontrollen und bleibt mit wertmäßig geringen Ausnahmen auf die Absicherung des operativen Geschäfts der VBL sowie der damit verbundenen Geldanlagen und Finanzierungsvorgänge beschränkt. Zur Absicherung von Grundgeschäften werden Zinsswaps auf Mikro- und Macro-Hedge-Basis eingesetzt. Je nach Markteinschätzung wurde somit das Zinsänderungs- oder Wertänderungsrisiko bei Darlehen mit variabler bzw. fixer Verzinsung abgesichert. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, werden Bewertungseinheiten i. S. d. § 254 HGB gebildet. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die sogenannte Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet. Die in die Bewertungseinheiten zusammengefassten Grundgeschäfte weisen hochgradig homogene Risiken auf. Entsprechend ist zu erwarten, dass sich die gegenläufigen Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte in der Zukunft für das jeweils gesicherte Risiko nahezu vollständig ausgleichen und die Sicherungsbeziehungen hoch effektiv sind (Critical Term-Matching).

Es wurden Bewertungseinheiten in folgenden Größenordnungen gebildet:

Nominal		Marktwert Sicherungsgeschäft		Marktwert Grundgeschäfte		Marktwert Sicherungsgeschäft und Grundgeschäfte		Zu bildende Drohverluste ohne Bewertungseinheiten (Swaps mit negativen Bewertungseinheiten)	
2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
1.153,30	1.082,80	81,67	84,22	129,16	139,68	210,83	223,90	-100,30	-49,69

Aufgrund einer Gebietsreform wurde der bei der VBL beteiligte Landkreis Hannover zum 1. November 2001 aufgelöst. Die dort bisher pflichtversicherten Arbeitnehmer sind auf die bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) beteiligte „Region Hannover“ übergegangen. Außerdem sind in diesem Zusammenhang weitere bisher bei der VBL beteiligte Arbeitgeber zum 1. Januar 2003 auf bei der ZVK beteiligte Einrichtungen übergegangen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Anstelle einer Verpflichtung nach § 2b des bis 31. Dezember 2001 geltenden Überleitungsabkommens zur Erstattung eines Barwertes für künftige Renten in Höhe von rund 118 Mio. Euro wurde mit der ZVK für diese Fälle eine jährliche Erstattung der von der VBL verauslagten Rentenleistungen vereinbart. Die sich hieraus ergebende Restverpflichtung beträgt rund 23,1 Mio. Euro.

Zur Sicherung von Kreditaufnahmen für die Finanzierung von Kapitalanlagen wurden Wertpapierpensionsgeschäfte abgeschlossen. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Inhaberschuldverschreibungen belaufen sich zum 31.12.2011 auf 114.744 Tsd. Euro.

Haftungsverhältnisse

Zur Sicherung von Verbindlichkeiten einer Kapitalanlagegesellschaft wurden Schuldscheinforderungen in Höhe von 116,0 Mio. Euro (Vorjahr 116,0 Mio. Euro) verpfändet bzw. abgetreten.

Aus heutiger Sicht wird mit einer Inanspruchnahme aufgrund der Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten nicht gerechnet.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Übersicht über die Positionen der versicherungstechnischen Rechnung.

Umlagen und Beiträge

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Pflichtversicherung		
Umlagen Abrechnungsverband West (einschließlich Sanierungsgeld)	4.541.354	4.420.855
Umlagen Abrechnungsverband Ost	179.695	176.482
Beiträge Abrechnungsverband Ost	542.068	524.008
Pflichtversicherung gesamt	5.263.117	5.121.345
Freiwillige Versicherung		
Beiträge aus VBL extra	163.387	155.118
Beiträge aus VBL dynamik	9.270	9.468
Freiwillige Versicherung gesamt	172.657	164.586
Insgesamt	5.435.774	5.285.931

Der im umlagefinanzierten Abrechnungsverband West erhobene Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 7,86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,0 Prozent der jährlich um 1 Prozent dynamisierten zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten des Jahres 2001. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1 Prozent.

Seit dem 1. Januar 2004 werden im Abrechnungsverband Ost neben der Umlage Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben. Der Beitragssatz betrug im Jahr 2010 4,0 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

Die Fortschreibung zurückgestellter Gegenwerte und Ausgleichsbeträge führte zu einer Auflösung der Rückstellungen in Höhe von 18,0 Mio. Euro.

Erträge aus Beteiligungen

Im Berichtsjahr wurden Ausschüttungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von brutto 500,0 Tsd. Euro vereinnahmt. Anzurechnende Kapitalertragsteuern und Solidaritätsbeiträge werden in Höhe von 79,1 Tsd. Euro bei den Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen.

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus der Vermietung des Grundvermögens der VBL		
Fremdverwaltete Objekte	104.079	98.967
Eigenverwaltete Objekte	13.369	13.084
Mieterträge für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude	2.175	2.177
	119.623	114.228

Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten

Ausgewiesen werden die Brutto-Mieterträge aus vermieteten Immobilienobjekten. Die Mieten für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude werden aus dem Verwaltungskostenhaushalt finanziert.

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	461.408	571.075
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.977	6.472
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.207	5.094
Namenschuldverschreibungen	60.091	62.283
Schuldscheinforderungen und Darlehen	97.938	99.421
	629.621	744.345

Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Davon freiwillige Versicherung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	53.930	40.669
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84	–
Namenschuldverschreibungen	7.535	7.880
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.651	1.943
	63.200	50.492

Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Veräußerung von Grundstücken	-	6.294
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	7.948	47.960
	7.948	54.254

Davon freiwillige Versicherung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	381	115
	381	115

Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen

Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen ergeben sich aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern.

Sonstige versicherungstechnische Erträge

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Zinsen für Gegenwerte	5.575	1.674
Zinsen für nachrichtete und zu spät gezahlte Umlage	10.812	3.614
Erträge im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	179	189
Übrige Erträge	9.865	27.078
	26.431	32.555

Bei den übrigen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um im Geschäftsjahr erhobene Gegenwertforderungen in Höhe von 9.863 Tsd. Euro, die wegen Insolvenz in vollem Umfang wertberichtigt wurden.

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	3.979.747	3.936.874
An Hinterbliebene	548.830	538.901
	4.582.577	4.475.775
Sterbegelder	15	15
Abfindungen	5.469	6.554
Beitrags- und Umlageerstattungen	6.778	5.982
	4.540.839	4.488.326
Abzüglich Erträge aus Schadensersatzansprüchen (§ 50 VBLS)	430	370
	4.540.409	4.487.956

Zahlungen für Versicherungsfälle

Davon freiwillige Versicherung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	2.459	1.579
An Hinterbliebene	75	44
	2.534	1.623
Todesfallleistungen	–	12
Abfindungen	15	60
Rückerstattung des Deckungskapitals	2	5
	2.551	1.700

Aufgrund gestiegener Anzahl der Leistungsbezieher und jährlicher Renten Anpassung von 1 Prozent, erhöhten sich die Rentenleistungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,2 Prozent.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden waren unter Einbeziehung zusätzlicher Stärkungen zur Anpassung an aktuelle biometrische Risiken laut versicherungsmathematischer Gutachten um insgesamt 818.138,8 Tsd. Euro zu erhöhen. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 209.936,4 Tsd. Euro.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen resultiert zum einen aus der Erhöhung der Rückstellung für zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge in Höhe von 6.300 Tsd. Euro sowie aus der Auflösung der Rückstellung für den Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung um 49 Tsd. Euro.

Aufwendungen für
den Versicherungsbetrieb

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Verwaltung von Versicherungsfällen, von Versicherungsverträgen und von Kapitalanlagen zuzuordnen. Bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb handelt es sich somit um den über die Kostenrechnung ermittelten Anteil, der auf die Führung der Versicherungskonten entfällt. Die übrigen Anteile werden unter Aufwendungen für Versicherungsfälle beziehungsweise Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen. Wegen der Differenzierung nach Abrechnungsverbänden und Versorgungskonten wird auf die Segmentberichterstattung verwiesen.

Aufwendungen für die
Verwaltung von Kapitalanlagen,
Zinsaufwendungen und
sonstige Aufwendungen
für Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen für Immobilien		
Bewirtschaftung der Mietwohngrundstücke	34.492	33.116
Modernisierung der Mietwohngrundstücke	4.789	6.630
Instandhaltung der Mietwohngrundstücke	19.224	26.191
Abschreibungen auf Einrichtungen bei Mietobjekten	160	167
	58.665	66.104
Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen		
Zinsen und Kosten für Bau- und Aufwendungsdarlehen	1.054	546
Leistungsentgelte für die Verwaltung von Kapitalanlagen	371	569
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Investmentteilen und Beteiligungen	206	87
	1.631	1.202
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	6.878	6.363
	67.174	73.669

Davon freiwillige Versicherung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Investmentteilen und Beteiligungen	57	–
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	200	170
	257	170

Zusammensetzung	2011	2010	Abschreibungen auf Kapitalanlagen
	Tsd. €	Tsd. €	
Grundstücke	17.578	11.647	
Finanzanlagen	145.995	22.593	
Niederschlagungen bzw. Ausbuchungen von Forderungen aus dem Bereich der Grundstücksverwaltung aus Vorjahren	388	431	
	163.961	34.671	
Davon freiwillige Versicherung			
	Tsd. €	Tsd. €	
Finanzanlagen	6.265	4	
	6.265	4	

Die linearen Abschreibungen auf Gebäude betragen 17,6 Mio. Euro.

Investmentanteile wurden mit 120,9 Mio. Euro auf den niedrigeren Zeitwert am Bilanzstichtag abgeschrieben.

Aus dem Verkauf von Fondsanteilen waren im Berichtsjahr Verluste in Höhe von 69.442,8 Tsd. Euro zu verzeichnen; der Anteil in der freiwilligen Versicherung beträgt 3.843,0 Tsd. Euro.

Verluste aus dem Abgang
von Kapitalanlagen

Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen ergeben sich aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern.

Nicht realisierte Verluste
aus Kapitalanlagen

Sonstige versicherungstechnische
Aufwendungen

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	12.229	12.099
von der VBL geleistete Beträge gemäß § 2b des Überleitungsabkommens	3.203	64
Versorgungsaufwendungen an Versorgungseinrichtungen	95	184
Sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich	1.007	6.854
	16.534	19.201

Davon freiwillige Versicherung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	-	16
	-	16

In den sonstigen Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich sind Wertstellungszinsen aus der Rückerstattung einer vorläufig gezahlten Abschlagszahlung in Höhe von 216,6 Tsd. Euro enthalten.

Positionen der nichtversicherungstechnischen Rechnung.

Zusammensetzung	2011	2010	Sonstige Erträge
	Tsd. €	Tsd. €	
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	6.288	5.246	
Erträge aus der Verminderung der Urlaubsrückstellung	114	126	
Erträge aus der Verminderung der Pensionsrückstellung	565	59	
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Altersteilzeit	1.045	302	
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Jubiläumswendungen	7	–	
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Überstunden	214	–	
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Beihilfe	97	–	
Erträge aus der Verminderung sonstiger Rückstellungen	–	143	
Erträge aus der Verminderung der Forderungen aus der Grundstücks- und Vermögensverwaltung	180	–	
Erträge aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	286	292	
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	195	212	
Übrige Erträge	377	1.828	
	9.368	8.208	
Davon freiwillige Versicherung			
	Tsd. €	Tsd. €	
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	364	304	
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	80	13	
	444	317	

Die Position „Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung“ enthält Zinserträge aus Geldmarktkonten in Höhe von 6,3 Mio. Euro (Vorjahr 5,2 Mio. Euro).

Sonstige Aufwendungen

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Ueinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich aus Vorjahren	10.072	37.241
Aufwendungen aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	178	122
Übrige Aufwendungen	725	798
	10.975	38.161

Die Position „Ueinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich“ beinhaltet wertberichtigte Gegenwertforderungen infolge Insolvenz in Höhe von 9,9 Mio. Euro (Vorjahr 31,7 Mio. Euro).

Zinsanteile aus der Veränderung der Pensionsrückstellungen und der Altersteilzeitrückstellungen sind mit 302 Tsd. Euro bzw. 337 Tsd. Euro in den übrigen Aufwendungen enthalten.

Jahresüberschuss

Die Ergebnisse nach Versicherungszweigen werden in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen

Die versicherungstechnische und nicht versicherungstechnische Rechnung führten im Versorgungskonto I zu einem Überschuss in Höhe von 431.332,8 Tsd. Euro. Der Überschuss wurde den Rückstellungen für Pflichtleistungen zugeführt. Auf den Abrechnungsverband West entfallen dabei 319.758,4 Tsd. Euro und auf den Abrechnungsverband Ost 111.574,4 Tsd. Euro. (siehe Segmentberichterstattung).

Segmentberichte.

Zielsetzung der Segmentberichterstattung.

Die VBL erstellt über alle Versicherungsbereiche eine konsolidierte Bilanz. Um der in der VBLS geforderten Trennung in die Bereiche „Pflichtversicherung“ beziehungsweise „freiwillige Versicherung“ auch in der Berichterstattung gerecht zu werden, erfolgt hier der Ausweis der einzelnen Zahlen getrennt nach Pflicht- und freiwilliger Versicherung und innerhalb der Pflichtversicherung getrennt nach den Versorgungskonten I und II. Bei den Versorgungskonten I beziehungsweise II wird durch separate Gewinn- und Verlustrechnungen noch nach den Abrechnungsverbänden West und Ost beziehungsweise Gegenwerte und Beitrag differenziert.

Segmentberichte.

Bilanzpositionen der Aktivseite	Pflichtversicherung Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.288.756,00	3.202.698,24	–	–	–	–
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	517.720.047,73	527.560.086,88	–	–	–	–
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00	68.750,00	–	–	–	–
2. Beteiligungen	35.981.618,00	58.626.031,90	–	–	–	–
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	6.067.982.814,20	4.816.365.454,28	1.212.912.437,94	1.177.071.920,95	1.427.274.021,99	1.240.046.397,20
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	95.181.452,00	88.380.000,00	92.442.264,00	92.760.604,00	5.154.368,00	–
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	45.011.073,02	70.216.176,69	–	–	–	–
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	690.688.182,55	687.898.995,12	417.558.885,00	417.975.833,14	353.112.178,74	364.390.350,03
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.326.856.959,36	1.441.300.000,00	539.140.309,85	538.624.456,41	120.000.000,00	120.000.000,00
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	–	–	–	–	–	–
D. Forderungen						
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	378.956.989,61	369.745.337,32	571.282.783,04	509.172.207,07	1.017.521,01	631.783,32
II. Sonstige Forderungen						
1. Sonstige Forderungen	16.142.864,31	16.859.463,70	25.352,90	76.308,61	5.010.739,06	7.009.888,01
2. Interne Verrechnungen						
a) Forderung VK I an VK II	8.285.590,58	27.073.356,23	–	–	–	–
b) Forderung VK I an freiwillige Vers.	–	–	–	–	–	–
c) Forderung VK II an VK I	–	–	–	–	–	–
d) Forderung Beitrag an Gegenwerte	–	–	–	–	–	–
e) Forderung freiwillige Vers. an VK I	–	–	–	–	–	–
E. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte	4.440.013,49	3.956.589,52	–	–	–	–
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	2.123.469.150,87	2.750.426.094,10	15.286.858,71	41.034.744,11	549.536.156,70	128.405.052,89
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	57.218.546,79	56.636.691,47	14.752.934,88	14.496.811,17	3.199.486,54	2.536.881,45
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	796.040,93	601.346,05	23.343,89	987.182,81	–	–
Summe der Aktiva	11.371.088.849,44	10.918.917.071,50	2.863.425.170,21	2.792.200.068,27	2.464.304.472,04	1.863.020.352,90

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
€	€	€	€	€	€	€	€
-	-	2.288.756,00	3.202.698,24	-	-	2.288.756,00	3.202.698,24
-	-	517.720.047,73	527.560.086,88	-	-	517.720.047,73	527.560.086,88
-	-	68.750,00	68.750,00	-	-	68.750,00	68.750,00
-	-	35.981.618,00	58.626.031,90	-	-	35.981.618,00	58.626.031,90
592.469.034,67	372.015.895,79	9.300.638.308,80	7.605.499.668,22	-	-	9.300.638.308,80	7.605.499.668,22
4.548.412,52	-	197.326.496,52	181.140.604,00	-	-	197.326.496,52	181.140.604,00
-	-	45.011.073,02	70.216.176,69	-	-	45.011.073,02	70.216.176,69
170.321.935,08	161.761.908,54	1.631.681.181,37	1.632.027.086,83	-	-	1.631.681.181,37	1.632.027.086,83
32.543.626,21	30.893.080,83	2.018.540.895,42	2.130.817.537,24	-	-	2.018.540.895,42	2.130.817.537,24
20.204.896,23	18.236.255,91	20.204.896,23	18.236.255,91	-	-	20.204.896,23	18.236.255,91
5.732,37	-	951.263.026,03	879.549.327,71	-	-	951.263.026,03	879.549.327,71
31.025,77	2.188,65	21.209.982,04	23.947.848,97	-	-	21.209.982,04	23.947.848,97
-	-	8.285.590,58	27.073.356,23	8.285.590,58	27.073.356,23	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
131.511,28	112.452,85	131.511,28	112.452,85	131.511,28	112.452,85	-	-
-	-	4.440.013,49	3.956.589,52	-	-	4.440.013,49	3.956.589,52
293.833.808,59	309.625.198,83	2.982.125.974,87	3.229.491.089,93	-	-	2.982.125.974,87	3.229.491.089,93
397.160,22	270.709,34	75.568.128,43	73.941.093,43	-	-	75.568.128,43	73.941.093,43
-	-	819.384,82	1.588.528,86	-	-	819.384,82	1.588.528,86
1.114.487.142,94	892.917.690,74	17.813.305.634,63	16.467.055.183,41	8.417.101,86	27.185.809,08	17.804.888.532,77	16.439.869.374,33

Bilanzpositionen der Passivseite	Pflichtversicherung Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
I. Verlustrücklage	–	–	261.873.127,00	258.280.221,00	98.613.478,00	76.979.527,00
II. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	–	–	-13.955.722,00	-6.257.720,00	9.243.039,00	12.021.159,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen						
1. Abrechnungsverband West	7.978.412.776,68	7.659.746.202,77	–	–	–	–
2. Abrechnungsverband Ost	2.164.018.840,87	2.052.444.446,96	–	–	–	–
II. Deckungsrückstellungen						
1. Deckungsrückstellung	–	–	2.562.707.021,00	2.435.733.804,00	2.232.925.937,00	1.655.009.781,00
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.045.405.517,74	1.044.620.813,45	–	–	–	–
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	29.152.727,00	10.600.000,00	587.357,00	–	259.916,00	–
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen	71.603.000,00	65.382.000,00	17.000,00	11.000,00	1.300.000,00	1.300.000,00
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	45.654.275,00	45.654.275,00	7.010.536,00	5.657.188,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	–	42.176,14	–	–	–	–
C. Versicherungstechnische Rückstel- lungen soweit das Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern	–	–	–	–	–	–
D. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.453.374,00	6.813.040,00	–	–	–	–
II. Sonstige Rückstellungen	23.004.004,00	22.582.770,00	–	–	–	–
E. Andere Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	12.630.330,95	3.861.447,96	–	–	23.494,86	3.405,28
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	93,50	–	–	–	109.616.835,12	108.688.680,26
III. Sonstige Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	16.298.761,83	29.254.694,01	79,59	31.324.085,44	138,93	0,73
2. Interne Verrechnungen						
a) Verbindlichkeiten VK II gegenüber VK I	–	–	3.854.776,74	24.564.256,20	4.430.813,84	2.509.100,03
b) Verbindlichkeiten freiwillige Versicherung gegenüber VK I	–	–	–	–	–	–
c) Verbindlichkeiten VK I gegenüber VK II	–	–	–	–	–	–
d) Verbindlichkeiten VK II Gegen- werte gegenüber VK II -Beitrag	–	–	–	–	–	–
e) Verbindlichkeiten VK I gegenüber FV	131.511,28	112.452,85	–	–	–	–
F. Rechnungsabgrenzungsposten	23.977.911,59	23.457.027,36	2.687.255,88	2.890.146,63	880.283,29	851.511,60
Summe der Passiva	11.371.088.849,44	10.918.917.071,50	2.863.425.170,21	2.792.200.068,27	2.464.304.472,04	1.863.020.352,90

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
€	€	€	€	€	€	€	€
76.199.746,85	58.506.211,56	436.686.351,85	393.765.969,56	-	-	436.686.351,85	393.765.969,56
7.825.391,26	12.452.211,08	3.112.708,26	18.215.650,08	-	-	3.112.708,26	18.215.650,08
-	-	7.978.412.776,68	7.659.746.202,77	-	-	7.978.412.776,68	7.659.746.202,77
-	-	2.164.018.840,87	2.052.444.446,96	-	-	2.164.018.840,87	2.052.444.446,96
996.436.074,51	788.468.283,72	5.792.069.032,51	4.879.211.868,72	-	-	5.792.069.032,51	4.879.211.868,72
-	-	1.045.405.517,74	1.044.620.813,45	-	-	1.045.405.517,74	1.044.620.813,45
183.200,00	49.600,00	30.183.200,00	10.649.600,00	-	-	30.183.200,00	10.649.600,00
-	-	72.920.000,00	66.693.000,00	-	-	72.920.000,00	66.693.000,00
11.023.820,79	13.751.698,22	63.688.631,79	65.063.161,22	-	-	63.688.631,79	65.063.161,22
-	-	-	42.176,14	-	-	-	42.176,14
20.204.896,23	18.236.255,91	20.204.896,23	18.236.255,91	-	-	20.204.896,23	18.236.255,91
-	-	6.453.374,00	6.813.040,00	-	-	6.453.374,00	6.813.040,00
-	-	23.004.004,00	22.582.770,00	-	-	23.004.004,00	22.582.770,00
438.324,33	132.478,19	13.092.150,14	3.997.331,43	-	-	13.092.150,14	3.997.331,43
-	-	109.616.928,62	108.688.680,26	-	-	109.616.928,62	108.688.680,26
1.780.539,98	876.913,39	18.079.520,33	61.455.693,57	-	-	18.079.520,33	61.455.693,57
-	-	8.285.590,58	27.073.356,23	8.285.590,58	27.073.356,23	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	131.511,28	112.452,85	131.511,28	112.452,85	-	-
395.148,99	444.028,67	27.940.599,75	27.642.714,26	-	-	27.940.599,75	27.642.714,26
1.114.487.142,94	892.917.690,74	17.813.305.634,63	16.467.055.183,41	8.417.101,86	27.185.809,08	17.804.888.532,77	16.439.869.374,33

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Pflichtversicherung Versorgungskonto I – gesamt		Versorgungskonto I – West	
	2011	2010	2011	2010
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	4.721.049.612,98	4.597.337.060,90	4.541.354.129,15	4.420.855.017,76
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	18.008.218,24	25.219.825,09	19.045.023,31	26.384.010,16
c) Erträge aus Überleitungen	310.681,00	493.478,14	310.558,68	491.842,46
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	-	-	-	-
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	500.000,00	461.634,43	500.000,00	461.634,43
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	119.623.005,70	114.228.002,82	119.623.005,70	114.228.002,82
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	374.673.517,80	470.808.276,92	374.673.517,80	470.808.276,92
c) Erträge aus Zuschreibungen	1.620.000,00	31.062.708,14	1.620.000,00	31.062.708,14
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	5.573.166,10	45.852.172,31	5.573.166,10	45.852.172,31
e) Verrechnungskonto West – Ost	-	-	-102.840.568,00	-131.849.896,28
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	-	-	-	-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	10.365.447,90	27.033.704,73	10.354.716,62	27.028.041,91
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Leistungen	4.430.645.950,69	4.394.462.900,93	4.274.140.915,97	4.247.967.991,03
bb) Verwaltungsaufwendungen	40.398.551,73	38.735.427,38	35.794.666,28	34.541.513,61
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	18.473.727,00	-6.739.000,00	15.333.643,00	-6.336.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	161.528,92	220.261,54	161.528,92	220.261,54
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	-	-	-	-
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	6.250.558,97	3.591.950,95	6.450.558,97	3.991.950,95
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	36.528.020,23	45.889.327,25	31.322.494,08	40.913.680,74
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	65.211.143,86	72.386.152,31	64.444.401,60	71.690.668,21
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	146.474.267,33	28.838.221,27	146.474.267,33	28.838.221,27
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	56.856.312,81	113.125.378,66	56.856.312,81	113.125.378,66
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	-	-	-	-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	16.065.343,13	12.072.629,52	15.845.414,71	11.704.964,17
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+434.658.245,05	+609.913.613,67	+323.389.345,69	+458.663.180,45
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	7.637.829,66	6.913.692,25	7.331.654,20	6.861.099,68
2. Sonstige Aufwendungen	10.963.313,54	38.156.772,66	10.962.632,63	38.156.620,59
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	+431.332.761,17	+578.670.533,26	+319.758.367,26	+427.367.659,54
4. Außerordentliche Aufwendungen	-	1.089.163,00	-	1.089.163,00
5. Außerordentliches Ergebnis	-	-1.089.163,00	-	-1.089.163,00
6. Jahresüberschuss	+431.332.761,17	+577.581.370,26	+319.758.367,26	+426.278.496,54
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-431.332.761,17	-577.581.370,26	-319.758.367,26	-426.278.496,54
8. Veränderung der Verlustrücklage	-	-	-	-
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-	-	-	-

Pflichtversicherung Versorgungskonto I – Ost		Versorgungskonto II – gesamt		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
€	€	€	€	€	€	€	€
179.695.483,83	176.482.043,14	542.067.904,09	524.008.177,17	-	-	542.067.904,09	524.008.177,17
-1.036.805,07	-1.164.185,07	-	-	-	-	-	-
122,32	1.635,68	-	-	-	-	-	-
-	-	46.651,16	31.597,64	-	-	46.651,16	31.597,64
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	191.747.153,93	223.044.155,30	107.114.785,78	114.829.611,49	84.632.368,15	108.214.543,81
-	-	517.705,70	569.227,07	-	-	517.705,70	569.227,07
-	-	1.994.523,47	8.287.946,01	1.243.281,22	7.476.514,10	751.242,25	811.431,91
102.840.568,00	131.849.896,28	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
10.731,28	5.662,82	16.065.735,55	6.589.565,22	16.063.148,55	6.588.546,14	2.587,00	1.019,08
156.505.034,72	146.494.909,90	107.212.478,50	91.793.220,18	96.336.338,25	81.656.387,03	10.876.140,25	10.136.833,15
4.603.885,45	4.193.913,77	3.403.799,97	2.959.950,13	831.592,95	731.843,43	2.572.207,02	2.228.106,70
3.140.084,00	-403.000,00	853.273,00	5.000,00	593.357,00	5.000,00	259.916,00	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	608.202.417,00	560.504.989,00	30.286.261,00	26.090.497,00	577.916.156,00	534.414.492,00
-200.000,00	-400.000,00	-	-200.000,00	-	-	-	-200.000,00
5.205.526,15	4.975.646,51	5.114.460,39	4.769.239,96	1.063.086,97	1.003.350,12	4.051.373,42	3.765.889,84
766.742,26	695.484,10	1.706.282,95	1.113.087,96	202.681,27	184.133,28	1.503.601,68	928.954,68
-	-	11.220.983,59	5.828.329,84	5.198.127,85	3.113.388,10	6.022.855,74	2.714.941,74
-	-	8.743.558,28	72.003.122,25	3.232.017,96	15.288.960,13	5.511.540,32	56.714.162,12
-	-	-	-	-	-	-	-
219.928,42	367.665,35	468.461,54	8.180.378,26	449.459,73	7.976.467,45	19.001,81	203.910,81
+111.268.899,36	+151.250.433,22	+5.513.958,68	+15.573.350,83	-13.771.707,43	-7.155.354,81	+19.285.666,11	+22.728.705,64
306.175,46	52.592,57	1.286.355,24	976.883,15	313.656,66	523.613,08	972.698,58	453.270,07
680,91	152,07	3.312,92	2.748,98	779,23	940,27	2.533,69	1.808,71
+111.574.393,91	+151.302.873,72	+6.797.001,00	+16.547.485,00	-13.458.830,00	-6.632.682,00	+20.255.831,00	+23.180.167,00
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
+111.574.393,91	+151.302.873,72	+6.797.001,00	+16.547.485,00	-13.458.830,00	-6.632.682,00	+20.255.831,00	23.180.167,00
-111.574.393,91	-151.302.873,72	-	-	-	-	-	-
-	-	-11.509.684,00	-10.784.046,00	-496.892,00	+374.962,00	-11.012.792,00	-11.159.008,00
-	-	-4.712.683,00	+5.763.439,00	-13.955.722,00	-6.257.720,00	+9.243.039,00	+12.021.159,00

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Freiwillige Versicherung

	2011	2010
	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Umlageaufkommen		
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	172.656.778,53	164.585.899,08
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	–	–
c) Erträge aus Überleitungen	–	–
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	5.309.356,13	555.337,56
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	–	–
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	–	–
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	63.200.135,73	50.492.304,61
c) Erträge aus Zuschreibungen	–	235.567,64
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	380.468,43	114.559,73
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	213.938,87	1.350.969,41
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	–	–
6. Aufwendungen für Leistungen		
a) Leistungen		
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	2.551.138,93	1.699.598,69
bb) Verwaltungsaufwendungen	196.046,64	248.626,81
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	133.600,00	18.600,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	51.619,82	63.411,50
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	209.936.431,11	188.132.846,95
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	–	–
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	2.355.917,72	1.993.975,20
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	256.930,12	170.119,74
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	6.265.333,27	4.050,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.842.957,34	38.559,73
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	957.931,51	–
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	3,62	16.273,65
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+15.212.767,61	+24.948.575,76
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	443.793,67	317.044,02
2. Sonstige Aufwendungen	8.377,11	1.851,61
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	+15.648.184,17	+25.263.768,17
4. Außerordentliche Aufwendungen	–	–
5. Außerordentliches Ergebnis	–	–
6. Jahresüberschuss	+15.648.184,17	+25.263.768,17
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	–	–
8. Veränderung der Verlustrücklage	-7.822.792,91	-12.811.557,09
9. Bilanzgewinn	+7.825.391,26	+12.452.211,08

Summen Segmentberichte		Konsolidierte Beträge				Konsolidiert	
2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
€	€	€	€	€	€	€	€
5.435.774.295,60	5.285.931.137,15	-	-	5.435.774.295,60	5.285.931.137,15		
18.008.218,24	25.219.825,09	-	-	18.008.218,24	25.219.825,09		
310.681,00	493.478,14	-	-	310.681,00	493.478,14		
5.356.007,29	586.935,20	-	-	5.356.007,29	586.935,20		
500.000,00	461.634,43	-	-	500.000,00	461.634,43		
119.623.005,70	114.228.002,82	-	-	119.623.005,70	114.228.002,82		
629.620.807,46	744.344.736,83	-	-	629.620.807,46	744.344.736,83		
2.137.705,70	31.867.502,85	-	-	2.137.705,70	31.867.502,85		
7.948.158,00	54.254.678,05	-	-	7.948.158,00	54.254.678,05		
-	-	-	-	-	-		
213.938,87	1.350.969,41	-	-	213.938,87	1.350.969,41		
26.431.183,45	33.623.269,95	-	1.068.373,58	26.431.183,45	32.554.896,37		
4.540.409.568,12	4.487.955.719,80	-	-	4.540.409.568,12	4.487.955.719,80		
43.998.398,34	41.944.004,32	-	-	43.998.398,34	41.944.004,32		
19.460.600,00	-6.715.400,00	-	-	19.460.600,00	-6.715.400,00		
213.148,74	283.673,04	-	-	213.148,74	283.673,04		
818.138.848,11	748.637.835,95	-	-	818.138.848,11	748.637.835,95		
6.250.558,97	3.391.950,95	-	-	6.250.558,97	3.391.950,95		
43.998.398,34	52.652.542,41	-	-	43.998.398,34	52.652.542,41		
67.174.356,93	73.669.360,01	-	-	67.174.356,93	73.669.360,01		
163.960.584,19	34.670.601,11	-	-	163.960.584,19	34.670.601,11		
69.442.828,43	185.167.060,64	-	-	69.442.828,43	185.167.060,64		
957.931,51	-	-	-	957.931,51	-		
16.533.808,29	20.269.281,43	-	1.068.373,58	16.533.808,29	19.200.907,85		
+455.384.971,34	+650.435.540,26	-	-	+455.384.971,34	+650.435.540,26		
9.367.978,57	8.207.619,42	-	-	9.367.978,57	8.207.619,42		
10.975.003,57	38.161.373,25	-	-	10.975.003,57	38.161.373,25		
+453.777.946,34	+620.481.786,43	-	-	+453.777.946,34	+620.481.786,43		
-	1.089.163,00	-	-	-	1.089.163,00		
-	-1.089.163,00	-	-	-	-1.089.163,00		
+453.777.946,34	+619.392.623,43	-	-	+453.777.946,34	+619.392.623,43		
-431.332.761,17	-577.581.370,26	-	-	-431.332.761,17	-577.581.370,26		
-19.332.476,91	-23.595.603,09	-	-	-19.332.476,91	-23.595.603,09		
+3.112.708,26	+18.215.650,08	-	-	+3.112.708,26	+18.215.650,08		

Zusammen- setzung der Zah- lungen für Leistungen	Pflichtversicherung										Freiwillige Versicherung	
	Konsolidiert		Versorgungskonto I				Versorgungs- konto II Konsolidiert					
			Konsolidiert		Abrechnungs- verband West				Abrechnungs- verband Ost			
	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Leistungen aus der Versicherung												
Betriebsrenten												
An Versicherte	3.977.289	3.935.295	3.877.819	3.851.050	3.724.498	3.708.239	153.321	142.811	99.470	84.245	2.459	1.579
An Hinter- bliebene	548.756	538.857	541.289	531.598	538.112	527.965	3.177	3.633	7.467	7.259	75	44
	4.526.045	4.474.152	4.419.108	4.382.648	4.262.610	4.236.204	156.498	146.444	106.937	91.504	2.534	1.623
Sonstige Leistungen												
Sterbegelder	15	3	16	0	16	-1	0	1	-1	3	0	12
Abfindungen	5.453	6.494	5.199	6.224	5.156	6.173	43	51	254	270	15	60
Beitrags- und Umlageerstat- tungen	6.775	5.977	6.745	5.954	6.741	5.941	4	13	30	23		0
Rückerstattung des Deckungs- kapitals	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	4
Brutto- Leistungen	4.538.288	4.486.626	4.431.068	4.394.826	4.274.523	4.248.317	156.545	146.509	107.220	91.800	2.551	1.700
Abzüglich Erträge aus Schadensers- satzansprüchen ¹	430	370	423	363	383	349	40	14	7	7	0	0
Abzüglich Entnahme RfB für Gewinnzuschlag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Netto- Leistungen	4.537.858	4.486.256	4.430.645	4.394.463	4.274.140	4.247.968	156.505	146.495	107.213	91.793	2.551	1.700

¹ § 50 VBLS bzw. § 18 AVBextra

Im Jahresdurchschnitt waren bei der VBL beschäftigt:

Mitarbeiter

Zusammensetzung	2011	2010
	Anzahl	Anzahl
Vorstandsmitglieder und zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubte Beamte	3	4
Beschäftigte	914	900
	917	904

Die Personalkennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Zusammensetzung		Stand	Stand
		31.12.2011	31.12.2010
Personalbestand	Anzahl	955	929
Davon: Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	170	159
Altersteilzeitbeschäftigte	Anzahl	93	109
Darunter Auszubildende	Anzahl	27	28
Durchschnittsalter	Jahre	45,6	45,4
Anteil der weiblichen Mitarbeiter	%	55,08	53,71
Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiter	%	7,33	7,21

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Löhne und Gehälter	34.021	33.121
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	6.712	6.588
Aufwendungen für Altersversorgung	2.512	2.457

Personalaufwendungen

Zusammensetzung	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	130	130
sonstige Leistungen	246	92
	376	222

Honorare für Abschlussprüfer

Organe

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und die nebenamtlichen Mitglieder des Vorstands erhalten lediglich Ersatz ihrer Aufwendungen. Die hauptamtlichen Mitglieder des Vorstands werden nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vergütet.

Die nach § 285 Nr. 9a HGB anzugebenden Gesamtbezüge im Jahr 2011 betragen 290,3 Tsd. Euro für den Vorstand und 4,6 Tsd. Euro für den Verwaltungsrat. Die nach § 285 Nr. 9b HGB anzugebenden Rückstellungsbeträge belaufen sich zum 31. Dezember 2011 auf 4.365 Tsd. Euro. Die Bezüge nach § 285 Nr. 9b HGB belaufen sich in 2011 auf 343 Tsd. Euro.

Verwaltungsrat.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, Bundesministerium des Innern, Berlin, Vorsitzende – ab 22. Februar 2012 im Verwaltungsrat und ab 1. April 2012 Vorsitzende
- Dr. Günter Bochmann, Senatsrat, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin
- Ernst Bürger, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Norbert Eisenmann, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ralf Gaumann, Leitender Ministerialrat, Hessisches Sozialministerium, Wiesbaden
- Dr. Wolf Heinrichs, Stadtrat, Stadt Münster, Münster – ab 15. November 2011
- Manfred Hoffmann, Hauptgeschäftsführer, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Frankfurt am Main
- Michael Holst, Ministerialrat, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
- Katrin Kammann, Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover – ab 1. April 2012
- Susanne Oetzmann, Leitende Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
- Volker Oye, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin, Kommunaler Arbeitgeberverband Berlin, Berlin
- Bernd Pieper, Vorsitzender des Vorstands, Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

- Peter Rupprecht, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Mainz
- Karin Sachse, Ministerialrätin, Thüringer Finanzministerium, Erfurt
- Annette Salomon-Hengst, Referatsleiterin, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
- Wolfgang Söller, Senatsrat, Die Senatorin für Finanzen, Bremen
- Judith Steiner, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
- Antje Wedepohl, Regierungsdirektorin, Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Hartmut Möllring, Finanzminister Niedersachsen, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover, Vorsitzender – bis 31. März 2012 –
- Dr. Emil Vesper, Hauptgeschäftsführer, Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal – bis 14. November 2011 –
- Dr. Franz-Eugen Volz, Ministerialrat, Bundesministerium der Finanzen – bis 25. März 2012

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Erhard Ott (ver.di), Mitglied Bundesvorstand ver.di, Berlin, Vorsitzender – ab 1. Februar 2012
- Matthias Berends (ddb tarifunion), dbb tarifunion Geschäftsbereich Tarif, Berlin
- Karl-Heinz Böhmländer (ver.di), Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, Ansbach
- Siegfried Damm (dbb tarifunion), VDStr.-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, Köln
- Siglinde Hasse (dbb tarifunion), dbb tarifunion, Berlin
- Andreas Hemsing (dbb tarifunion), Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen - ab 30. März 2012
- Hans-Jürgen Immerthal (ver.di), Jade Hochschule, Fachhochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth, Wilhelmshaven
- Ralf Kiefer (ver.di), Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg
- Cornelia Küchenthal (ver.di), Stadt Bochum, Bochum
- Gisela Kullack (ver.di), Berlin
- Kristina Prast (ver.di), Universitätsklinik Jena, Jena – ab 1. Februar 2012

- Detlef Raabe (ver.di), ver.di Bundesverwaltung, Berlin – ab 15. November 2011
- Jens Reichel (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Chemnitz - ab 1. Februar 2012
- Peter Rügner (ver.di), Zentrum für Psychiatrie Weinsberg – ZfP Weinsberg –, Weinsberg
- Werner Schwemer (ver.di), Stadt Lüneburg, Lüneburg
- Bernd Wolf (ver.di), Straßenbauamt Nordthüringen, Leinefelde-Worbis
- Dagmar Zeppa (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
- Ilona Ziesche-Grosse (ver.di), Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – Hauptstelle Rostock –, Pinneberg

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Kurt Martin (ver.di), Vorsitzender – bis 31. Januar 2012 –
- Jürgen Albinus (ver.di) – bis 31. Januar 2012 –
- Axel Jahnz (ver.di) – bis 31. Januar 2012 –
- Karl-Heinz Leverkus (dbb tarifunion) – bis 14. März 2012 –
- Peter Neumann (ver.di) – bis 14. November 2011 –
- Petra Stech (ver.di) – bis 14. März 2012 –

Vorstand.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Präsident Richard Peters, Vorsitzender – Geschäftsbereich Personal, Organisation, Haushalt, Risikocontrolling und Revision – ab 1. April 2012 (bis 31. März 2012 hauptamtliches Vorstandsmitglied)
- Georg Geenen, hauptamtliches Vorstandsmitglied – Geschäftsbereich Finanzanlagen und IT – ab 1. April 2012
- Thomas Kersting, hauptamtliches Vorstandsmitglied – Geschäftsbereich Versicherung und Leistung – ab 1. Mai 2012
- Knut Bredendiek, Geschäftsführer, Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Berlin
- Werner Brommund, Ministerialdirigent, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Dr. Bernhard Langenbrinck, Hauptgeschäftsführer Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal
- Veit Mössler, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart

- Kerstin Rudolph, Ministerialrätin, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
- Dr. Franz-Eugen Volz, Ministerialrat, Bundesministerium der Finanzen, Berlin – ab 26. März 2012

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Ralf Barthel (ver.di), Hessische Bezügestelle, Kassel
- Peter Bepperling (ver.di), Wehrtechnische Dienststelle für Kraftfahrzeuge und Panzer, Trier-Grüneberg
- Karl-Heinz Leverkus (dbb tarifunion), Finanzamt Mönchengladbach, Mönchengladbach – ab 15. März 2012
- Petra Stech (ver.di), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin – ab 15. März 2012
- Rüdiger Steinig (ver.di), Stadtwerke Kiel AG, Kiel – ab 1. April 2012
- Hildegard Thor (ver.di), Bezirksregierung Arnberg, Arnberg
- Michael Wiese (ver.di), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ulrich Wolters (ver.di), Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg, Cottbus

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Wolf R. Thiel, Vorsitzender – bis 31. März 2012 –
- Prof. Dr. Hans Hofmann, Ministerialdirektor, Bundesministerium des Innern, Berlin – vom 19. Oktober 2011 bis 25. März 2012 –
- Anton Lieven, Ministerialdirektor, Bundesministerium des Innern, Berlin – bis 18. Oktober 2011 –
- Wolfgang Feldmann (ver.di) – bis 31. März 2012 –
- Helmut Overbeck (dbb tarifunion) – bis 14. März 2012 –
- Norbert Stiral (ver.di) – bis 14. März 2012 –

Karlsruhe, 27. April 2012

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder

Peters

Geenen

Bestätigungsvermerk.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 4. Mai 2012 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (VBL) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des hauptamtlichen Vorstands der VBL. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der VBL sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung,

Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des hauptamtlichen Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VBL. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VBL und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Karlsruhe, den 4. Mai 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dieter Wißfeld ppa. Beate Heubrock
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin



VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT

Beschlüsse.

2011

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 der VBL wurde hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis geprüft. Die Organe der VBL billigen den vorgelegten Bericht.



Beschluss des Vorstands.

Der Vorstand billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2011.

Berlin, 20. November 2012

Der Vorsitzende des Vorstands

Präsident Richard Peters

Beschluss des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2011.

Berlin, 21. November 2012

Die Vorsitzende des Verwaltungsrats

Cornelia Rogall-Grothe





VBL. DER GESCHÄFTSBERICHT

Schiedsgerichtsbarkeit.

2011

Schiedsgericht.

Erste Kammer.

- Klaus Fiebig, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, München, Vorsitzender
- Dr. Isabella Schayan, Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, München, Beisitzerin
- Herbert Zue (ver.di), Straßen- und Wasserbauamt, Pfarrkirchen, Beisitzer
- Dr. Michael Brokamp, Richter am Oberlandesgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Stephan Necknig, Richter am Amtsgericht, München, stellvertretender Beisitzer
- Claudia Rahn (dbb tarifunion), dbb tarifunion, Berlin, stellvertretende Beisitzerin

Zweite Kammer.

- Rolf Rainer Rühling, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht a. D., Mering, Vorsitzender
- Dr. Harald Hesral, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Beisitzer
- Reinhard Henning (ver.di), Infanterieschule, Hammelburg, Beisitzer
- Hans Peter Spiegl, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Ricarda Ziestler, Verwaltungsoberärztin, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd – Standort München, München, stellvertretende Beisitzerin
- Marion Bayer-Horn (ver.di), Stadt Herne, Herne, stellvertretende Beisitzerin

Oberschiedsgericht.

- Hans-Joachim Dose, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Vorsitzender – ab 1. Januar 2012
- Dr. Andreas Holzwarth, Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, Stuttgart, Beisitzer – ab 1. März 2012
- Joachim Schäfer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe a. D., Plankstadt, Beisitzer
- Dr. Marco Deichmann, Richter am Oberlandesgericht, Frankfurt am Main, Beisitzer
- N. N.
- Bettina Gammel-Hartmann (ver.di), Amtsgericht München, München, Beisitzerin
- Klaus Hilpert (ver.di), Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt, Würzburg, Beisitzer
- Anette Schmidt, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Mainz, stellvertretende Vorsitzende – ab 15. März 2012
- N.N.
- N.N.
- Johannes Rautert, Präsident des Sozialgerichts Trier a. D., Kasel, stellvertretender Beisitzer
- Michael Frey (ver.di), Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein, Kiel, stellvertretender Beisitzer
- N. N.
- N. N.

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Prof. Dr. Thomas Wagenitz, Richter am Bundesgerichtshof a. D., Vorsitzender – bis 31. Dezember 2011
- Bernd Heß, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe a. D., Beisitzer – bis 3. April 2011



VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
Anstalt des öffentlichen Rechts.
Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe.
Telefon 0721 155-0, Telefax 0721 155-666, info@vbl.de, www.vbl.de

VBL

**Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe**